

SS-20761-1

Vernichtungen
von Dr. Best
am 3., 4., 11., 28.
August 1945.

Auszüge!

Institut für Zeitgeschichte

dgl. in
englisch

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZEUGENSCHRIFTUM

Name:	ZS Nr.	Bd.	Vermerk:
Best, Werner Dr. SS-Ogruf. (+ 23.6. 1989)	207	I IV	diverse Manuskripte B's s. Ms 478/1-5
katalogisiert Seite: 1-10			
Sachkatalog: FührereIX		Personen:	
		Elser, Georg. Schreinerer	
		Huber, Franz Josef. GenMaj. d. Pol. KrinDir.	
		Best, Werner Dr. SS-Ogruf.	
[Achtung! Durch Zusammenfassen verschiedener ZS-Mappen bzw. Umsignierung ist die angegebene Seitenabfolge nicht mehr gewährleistet]			
katalogisiert Seite: 13-32			
Sachkatalog:		Personen:	
SS II-1. RSHA (A)		Best, Dr. Werner. SS-Ogruf.	
SS III - uk-Stellung		Canaris, Dr. Constantin I	
Sipo u. SD II - Beauftr. d. CdS Paris (A)		Canaris, Dr. Constantin II-Heydrich,	
" III- Gefangenenbehandlung		Reinhard	
Nachkriegsproz. B III - Belgien		Canaris, Dr. Constantin II-Himmler,	
		Heinrich	
		Heydrich, Reinhard II-Canaris, Dr.	
		Constantin	
		Thomas, Dr. Max. SS-Gruf.	
katalogisiert Seite: 33 - 34			
Sachkatalog:		Personen:	
Sipo u. SD IV - 1		Best, Werner Dr. MinDir, SS-Ogruf. I	
" II - SD-HA		Rasch, Otto Dr. Dr., SS-Brif.	
" II - IdS		Heydrich, Reinhard II - Rasch	
" IV - 2		Himmler, Heinrich I	
" IV - 3		Heydrich, Reinhard I	
SS III - Organisation			
Eins. Gr. I			
Gen. Couv. I			
katalogisiert Seite: 35 - 39			
Sachkatalog:		Personen:	
Einsatzgruppen II		Heydrich, Reinhard. SS-Ogruf.	
" III - C - 1		Rasch, Otto. SS-Brif.	
" IV - 1			
SS II - 1. RSHA			
SS IV - 1			

Eidesstattliche Erklärung.~~Vertraulich~~

Ich, Dr. jur. Werner B e s t , geboren am 10.7.1903 in Darmstadt, bis 1945 Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt und deutscher Reichsbevollmächtigter in Daenemark mit Amtssitz in Kopenhagen, z. Zt. im Nuernberger Gerichtsgefängnis, sonst in Kopenhagen, Nytorvs Faengsel, bin zunächst darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich mich strafbar mache, wenn ich eine falsche eidesstattliche Erklärung abgebe. Ich erkläre an Eidesstatt, dass meine Aussage der Wahrheit entspricht und gemacht wurde, um als Beweismaterial dem Militärgerichtshof IV im Justizpalast zu Nuernberg, Deutschland, vorgelegt zu werden.

Am 3.5.1945 fand vormittags in der Marineschule in Flensburg-Muerwik bei dem Staatschef Grossadmiral Doenitz eine Besprechung statt, an der teilnahmen:

Der Reichsaussenminister Graf Schwerin von Krosigk, der Chef des OKW, Generalfeldmarschall Keitel, der Reichsminister fuer Bewaffnung und Munition, Speer, der Reichskommissar fuer die besetzten norwegischen Gebiete, Terboven, der Wehrmachtbefehlshaber Norwegen, General Boehme, der Wehrmachtbefehlshaber Daenemark, Generaloberst Lindemann, der Chef des Wehrmachtfuehrungsstabes, Generaloberst Jodl, der Gauleiter Wegener und einige andere Personen, sowie der Unterzeichnete.

Der Grossadmiral Doenitz stellte die Frage zur Erörterung, ob der Krieg in Daenemark und Norwegen von den dort stehenden intakten deutschen Truppen fortgesetzt werden koenne und solle. Der Reichskommissar Terboven erklarte, dass in Norwegen der Krieg fortgesetzt werden koenne und forderte nachdruecklich den Kampf bis zum letzten Mann und zur letzten Patrone. Die beiden Wehrmachtbefehlshaber Norwegen und Daenemark legten die Dislokation ihrer Truppen und ihre Munitiousausstattung dar und erklarten, dass sie zum Kampf in der Lage und bereit seien. Der Generalfeldmarschall Keitel und der Generaloberst Jodl befuehworteten die Fortsetzung des Krieges in Daenemark und Norwegen.

Als ich um meine Meinung gefragt wurde, erklarte ich, dass in Daenemark nicht gekämpft werden koenne und duerfe aus den folgenden Gruenden:

1. An den deutschen Truppen hingen etwa 300 000 Ostfluechtlinge und Verwundete, die von den Truppen versorgt wuerden;
2. beim Beginn des Kampfes werde im Ruecken der deutschen Truppen ein nach Zehntausenden zaehlender Aufstand losbrechen;
3. der schwedische Ministerpraesident Per Albin Hansson habe mir mitteilen lassen, dass Schweden einen "frivolen" Kampf in Daenemark und Norwegen nicht dulden, sondern bewaffnet eingreifen werde.

Als einziger Besprechungsteilnehmer ist der Reichsaussenminister Graf Schwerin von Krosigk entschieden an meine Seite getreten und hat gefordert, dass auf eine Fortsetzung des Krieges in Daenemark und Norwegen verzichtet werde. Er begruendete diese Forderung zusaetzlich damit, dass ein sinnloser Kampf in Daenemark und Norwegen und die durch ihn verursachten Verwuestungen dieser Laender dem deutschen Volke als Schuld angerechnet werden wuerden.

Er erklarte, dass Daenemark und Norwegen in die Kapitulation gegenueber den Westmaechten einbezogen werden muessten.

Der Grossadmiral Doenitz behielt sich seine Entscheidung vor. Nach der Besprechung sagte mir der Reichsaussenminister Graf Schwerin von Krosigk, er werde noch einmal mit dem Grossadmiral Doenitz sprechen und ihm zur Entscheidung im Sinne unserer Auffassung -also gegen die Fortsetzung des Krieges in Daenemark und Norwegen- raten.

Am folgenden Tage wurde Daenemark in die Kapitulation einbezogen; die Kapitulation der deutschen Truppen in Norwegen folgte nach einigen Tagen.

Nuernberg, den 28.April 1948.

Dr. Werner Best.

Die obenstehende Unterschrift des Herrn Dr. Werner Best, dessen Personenlichkeit durch den unterzeichneten Rechtsanwalt Dr. Paul Ratz, festgesetzt wurde, wird hiermit beglaubigt und von mir bezeugt.

Nuernberg, den 28.April 1948.

Dr. Paul Ratz

Rechtsanwalt.

des früheren Bevollmächtigten des Deutschen Reiches

in Dänemark, Dr. Werner Best, im Kastell.

Kopenhagen, den 3. August 1945.

Pag. 12

... General von Hanneken war es, der auf eigene Initiative die Regierung absetzte, und er war es ebenfalls, der ohne den Komparenten die Zustimmung des Oberkommandos dazu einholte, das dänische Militär aufzulösen, zu entwaffnen und zu internieren.

Pag. 13

... dass im Oberkommando der Gedanke entstand, das Militär nach Deutschland in eigentliche Kriegsgefangenenlager zu bringen, teils als eine Sicherheitsmassnahme, und teils weil man anscheinend auf Eingebung Himmlers an die Möglichkeit dachte, dass man durch ordentliche Behandlung und dadurch, dass man Einfluss auf dasselbe ausübte, erreichen könnte, Freiwillige unter den Internierten zu werben.

Vernehmung am 4. August 1945.

Pag. 15

Anfang September erfuhr der Komparent jedoch vom Auswärtigen Amt, dass deutsche Kreise mit Plänen um Einschreitungen gegen die Juden umgingen. Welche Personen in Berlin hinter diesen Gedanken standen, weiss der Komparent nicht, indem er nur wegen dieser Frage telegrafisch mit Berlin in Verbindung gewesen ist, er vermutet aber, dass es wie üblich die Leute in der Parteikanzlei, im Reichssicherheitshauptamt und möglicherweise auch Rosenberg gewesen sind.

Pag. 16

... Es war der damalige Leiter der Sicherheitspolizei, Dr. Wildner, der die praktische Durchführung der Aktion hatte, doch möglicherweise mit Beistand von einem Herrn Eichmann vom

Reichssicherheitshauptamt. Es ist dem Komparenten bekannt, dass Dr. Wildner auch persönlich nicht für die Aktion eintrat, sondern auch dagegen war und Vorstellungen im Reichssicherheitshauptamt in Berlin gemacht hat. Zu der Zeit war ein Herr Müller dort Leiter der Abteilung, die sich mit der Aktion befasste, Amt IV.

Vernehmung am 28. August 1945.

...

Pag. 44/45

Hinsichtlich der Besprechung bei Hitler am 30. Dezember 1943 äussert sich der Komparent im wesentlichen in Übereinstimmung mit Pancke, und zwar dass er gegen den Vorschlag Hitlers, Terroristen oder Nicht-Terroristen ohne Gerichtsverfahren zu erschliessen, protestierte, weil sich dies in einem Land wie Dänemark, wo auf Gerichtsverfahren viel Wert gelegt wurde, ungünstig auswirken würde. Der Komparent erinnert nicht, dass Hitler, der viel redete, in Bezug auf Mord eine Bewerkstelligung der Aktionen im Verhältnis 5 - 1 erwähnte. Himmler und Kaltenbrunner haben Hitler beigepflichtet, während die übrigen Anwesenden, von denen der Komparent dieselben wie Pancke erwähnt, sich kaum geäussert haben mögen. Das Auswärtige Amt war nicht vertreten, und Sonnleithner nahm somit an der Besprechung nicht teil.

Nach dieser Besprechung hatte der Komparent allein eine Unterhaltung mit von Ribbentrop, dem er die Ereignisse auseinandersetzte, und Ribbentrop war mit einem Protest gegen ein solches Vorgehen einig, an sich konnte man aber nichts dabei machen.

25-20711-6

Protokoll der
Versammlung
des Bundes und
General Panche
am 7. 7. 46

[Übers. a. d. dänischen]

Institut für Zeitgeschichte

Auszug aus dem Gerichtsprotokoll des Kopenhagener
Stadtgerichts, Abteilung für Vernehmungen m.m.
laut Verfassung.

Jahr 1946, am 7. Januar, um 13⁰⁰ Uhr, wurde das
Gericht im Lokal des Stadtgerichts im Polizeipräsidium vom
kst. Amtsrichter Sachs eröffnet.

Gerichtsschreiber war Sekretär Riis.

Die Sitzung war öffentlich.

Es erfolgte

Vernehmung der alliierten Kriegsgefangenen

1. Karl Rudolf Werner B E S T und

2. Günther Friedrich Wilhelm Ludvig P A N C K E.

Für die Anklagebehörde war Polizeiinspekteur Kudsk
erschienen.

Der Polizeiinspekteur beantragte wegen des Charak-
ters der Sache Ausschliessung der Öffentlichkeit.

Der R i c h t e r verkündete solautonden

B E S C H L U S S :

Die Behandlung der vorliegenden Sache hat gemäss Par.
29 des Rechtspfloggesetzes, Absatz 2 und Absatz 4, Nr. 2,
unter Ausschliessung der Öffentlichkeit zu erfolgen.

Die Ausschliessung der Öffentlichkeit fand um 13⁰⁵
Uhr statt.

Dann erschien:

Karl Rudolf Werner Best,

der angibt, am 10. Juli 1903 in Darmstadt geboren zu sein.

Polizeiadvokat Kudsk führt aus, dass eine Vernehmung
des Komparenten erwünscht ist u.a. mit Rücksicht auf etwaige
Anklage wegen Verbrechen, die unter dänische Strafgerichts-
barkeit fallen.

Der Komparent wird hiermit bekannt gemacht.

Der Komparent wird damit bekannt gemacht, dass er, falls er wie erwähnt angeklagt wird, zur Aussage nicht verpflichtet ist, erklärt sich aber hierzu bereit.

Aus demselben Grunde wurde Landgerichtsanwalt Niels Klerk, der anwesend und dazu bereit war, als Verteidiger bestellt.

Der Komparent erkennt den vorgelegten Rapport vom 1' August 1945 betreffend die von dem Polizeiinspekteur vorgenommenen Vernehmungen an mit späteren Kontinuationen vom 2', 3', 4', 6', 7', 8', 28' und 31' August, 4' und 7' September sowie die ebenfalls vorliegenden Aenderungen, die der Komparent in dem ihm unterbreiteten Text eigenhändig vorgenommen hat.

Der Komparent erklärt, mit den somit gemachten, vereinzelt aufgezählten Aenderungen den vorgelegten Rapport gutheissen zu können.

Aus demselben werden besonders Seite 44-45 mit dazu gehöriger Aenderung Nr. 13 vorgelesen.

Ferner wird der später während der Sitzung vorgelegte Rapport betreffend Günther Pancke, Seite 6-8, vorgelesen.

Der Komparent erkennt die Darstellung seiner eigenen Aussagen an und erkennt ferner, dass die Erklärung Panckes im wesentlichen eine richtige Wiedergabe der Ereignisse ist, jedoch bemerkt der Komparent, dass in seiner Gegenwart an Pancke kein eigentlicher Befehl gegeben worden ist, er war sich aber darüber im klaren, dass ein solcher Befehl erteilt wurde.

Der Komparent erkennt die ihm vorgelesene Kalendernotiz vom 30' Dezember 1943 betreffend die am fraglichen Tage bei Adolf Hitler anwesenden Personen an.

Ferner werden die Seiten 49 bis 53 des Rapports vorgelesen.

Der Komparent erklärt, dass die Darstellung mit der

unter Nr. 16 angeführten Aenderung richtig ist, und der Komparent hat weiterhin nichts anderes zu sagen als die im Rapport enthaltene Aussage.

Der Polizeinspekteur hat, wie er erklärt, keine weiteren Fragen zu stellen.

Der Komparent erklärt, dass er nichts weiteres anzuführen hat.

Der Verteidiger hatte nichts zu bemerken.

Die vorgelegten Rapporte, von denen Dr. Best während der ganzen Sitzung Durchschläge gehabt hat, worden von ihm unterschrieben.

Alsdann erschien:

Günther Friedrich Wilhelm Ludvig Pancke,

der angibt, am 1. Mai 1899 in Gneesen geboren zu sein.

Polizeinspekteur Kudsk führt aus, dass eine Vernehmung des Komparenten erwünscht ist u.s. mit Rücksicht auf etwaige Anklage wegen Verbrechen, die unter dänische Strafgerichtsbarkeit fallen.

Der Komparent wird hiermit bekannt gemacht.

Der Komparent wird damit bekannt gemacht, dass er, falls er wie erwähnt angeklagt wird, zur Aussage nicht verpflichtet ist, erklärt sich aber hierzu bereit.

Aus demselben Grunde wurde Landgerichtsanwalt Sig. Bruun, der anwesend und dazu bereit war, als Verteidiger bestellt.

Dr. Bests Aenderung Nr. 14 wurde Pancke vorgelesen. Dieser erklärt, dass die Aussage im wesentlichen mit den faktischen Verhältnissen übereinstimmt.

Näher befragt erklärt der Komparent, dass er am 12. September 1944 im Laufe einer Unterhaltung mit Dr. Best eine Bemerkung fallen liess, dass er von Berlin Genehmigung zur Bewerksstelligung der "Aktion" erhalten hatte, und von einer "Aktion" gegen die Polizei war so oft früher die Rede gewesen, dass der Komparent nicht bezweifelt, Best müsse darüber klar sein, worauf es sich bezog.

./././

Wie der Komparent jedoch sagt, hatte er den Eindruck, dass Dr. Best erstaunt wurde und die Mitteilung möglicherweise nicht ernst nahm jedenfalls in dem Sinne, dass er sich vielleicht eine so schnelle Aktion wie die tatsächlich erfolgte nicht für möglich vorgestellt hatte.

Auf Veranlassung von Dr. Best erklärt der Komparent, bestimmt nicht zu glauben, dass Best, Bovensiepen und er selbst bei der Erörterung von Objekten für Gegensabotage alle versammelt gewesen sind.

Der Komparent selbst hat nur an den Besprechungen betreffend Tivoli und den Odinsturm teilgenommen, und ihm ist nicht bekannt, dass Dr. Best bei der diesbezüglichen Erörterung zugegen war.

Der Komparent meint jedoch, Tivoli, aber wohl nicht den Odinsturm mit Dr. Best besprochen zu haben, ist sich jedoch dessen nicht ganz sicher.

Dr. Best wird abgeführt.

Der Rapport vom 14' August 1945 betreffend die vom Polizeiinspekteur Kudsk vorgenommene Vernehmung des Komparenten mit Kontinationen vom 23', 24' und 31' August sowie 21' September wird in extenso mit den vom Komparenten vorher gewünschten Änderungen vorgelesen.

Der Komparent möchte nur einzelne Bemerkungen machen, z.B. Seite 6 unten. Der Komparent gibt an, sich nicht erinnern zu können, inwieweit ein Vertreter des Auswärtigen Amtes zugegen war.

Zu Seite 7a oben bemerkt der Komparent, dass der erteilte Befehl für alle 3 Anwesenden, jedoch zur Ausführung durch ihn bestimmt war, und Dr. Best war noch anwesend.

Zu Seite 8 Mitte wünscht der Komparent nach "Gegenord" "und Gegensabotage" hinzugefügt.

Zu Seite 10 unten wurden den Komparenten dessen anfangs gemachten Bemerkungen betreffend diesen Punkt anlässlich der Frage Dr. Bests vorgehalten.

./././

00007

Der Komparent hält an der Wiedergabe seiner Aussagen im Rapport fest, indem er bemerkt, was sich ereignet hat, ist dies, dass erfolgte Sabotageakte in Gegenwart sowohl von Bovensiepen als auch von Dr. Best besprochen worden sind, und bei Erörterung von Gegenaktionen hat dann eine Erwähnung der fraglichen Objekte stattgefunden, ohne dass eine endgültige Entscheidung hinsichtlich konkreter Objekte während seiner Anwesenheit getroffen worden ist.

Zu Seite 12 ist eine kleine Aenderung im Original-exemplar vorgenommen.

Zu Seite 12, 16, 19 und 25 sind einzelne kleine Aenderungen im Original vorgenommen.

Polizeiinspekteur Kudsk erklärt, weitere Fragen an den Komparenten nicht zu haben.

Der Verteidiger hat nichts zu bemerken.

Der Komparent wird abgeführt.

Landgerichtsanwalt N. Klerk wurde eine Gebühr in Höhe von 40 Kronen und Landgerichtsanwalt Sigurd Bruun eine Gebühr in Höhe von 100 Kronen zuerkannt, die vorläufig aus öffentlichen Mitteln entrichtet werden.

Die Ausschliessung der Öffentlichkeit wurde um 16¹⁵ Uhr aufgehoben.

Ende der Vernehmung.

Die Erschienenen abgetreten.

Die Verhandlung wurde geschlossen.

Sachs

kst.

/ Riis.

./././.

Einlassl. Erkel.

V. 28.6.46

78-20711-12

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Eidesstattliche Erklärung.Institut für Geschichte
München

1309/54

Belehrt darüber, dass meine Erklärung zur Vorlage an den Internationale
Militärgerichtshof bestimmt ist und belehrt über die strafrechtlichen
Folgen jeder Eidesverletzung, erkläre ich hiermit an Eides statt folgendes

- 1.) Ich war im Auswärtigen Amt als Ministerialdirektor tätig und von 5.11.1941 bis zum Ende des Krieges Reichsbevollmächtigter in Dänemark mit dem Sitz in Kopenhagen. Als solcher hatte ich die Funktion eines Gesandten und eines politischen und wirtschaftlichen Repräsentanten oder Besatzungsmacht wenn ich auch den Titel Gesandter nicht führte.
- 2.) Im Auswärtigen Amt bestand eine Abteilung "Deutschland" die die Beziehung des Auswärtigen Amtes zu den übrigen Reichsministerien zu bearbeiten hat. Diese Abteilung hat sich auch mit der Behandlung von Juden in den besetzten Gebieten befasst.

Im ersten Halbjahr 1943 erhielt ich von dieser Abteilung die Anfrage, ob die Judenfrage in Dänemark nicht ähnlich wie in den übrigen besetzten Ländern gelöst werden könne. Ich habe daraufhin in mehreren ausführlichen Berichten mich dagegen gewandt mit der Begründung, dass infolge der geringen Zahl der dänischen Juden, ihrer geringen politischen Bedeutung und der Rechtsauffassung der Dänen eine solche Massnahme eine ausserordentlich schädigende Wirkung in Dänemark, sowie auch in Schweden haben müsse. Mein Motiv für diese Stellungnahme war meine - in meiner ganzen Politik verwirklichte - Auffassung, dass im Hinblick auf die Zusage der Souveränität und Integrität gegenüber Dänemark ein solcher Eingriff nicht zu rechtfertigen sei, der die getroffenen Vereinbarungen verletzen würde.

Ich selbst habe die Judenfrage immer so beurteilt, dass das jüdische Volkstum gleich jedem anderen Volkstum zu achten und deshalb bei einer Symbiose mit einem anderen Volk nach Minderheitspolitischen und Minderheitenrechtlichen Gesichtspunkten zu behandeln ist. Ich war daher gegen jedes Auswärtigen der Juden, wie es während des Krieges erfolgte.

3.) Zwischen dem Auswaertigen Amt und mir bestand die Gewohnheit, dass in allen Dingen, in denen es mit meinem Standpunkt nicht einverstanden war, dies mir mitgeteilt wurde. Umgekehrt konnte ich aus dem Stillschweigen auf wichtige Vorlagen und Berichte ohne weiteres mit Sicherheit annehmen, dass der Inhalt und die Stellungnahme dieser Vorlagen und Berichte von Herrn v. Ribbentrop gebilligt wurden.

Auf alle meine Berichte und Vorlagen, die ich wegen der angeregten Loesung der Judenfrage an das Auswaertige Amt erstattet habe, bekam ich niemals irgendeine kritisierende Weisung des Auswaertigen Amtes. Ich konnte und kann daher auch mit Sicherheit annehmen, dass v. Ribbentrop meinen Standpunkt billigte.

4.) Bis zum August 1943 bestand ein denkbar gutes Verhaeltnis zwischen mir und der daenischen Regierung. Die Feindseite hat sogar von Daenemark in dieser Beziehung als vom "Musterprotektorat" gesprochen. Dieses gute Verhaeltnis wollte nach meiner Auffassung die Feindseite stoeren, um auch Daenemark an ihre Seite zu bekommen. Die Feindseite glaubte, durch von ihr in Daenemark inszenierten Sabotage- und Terrorakte Unruhe im Fuehrerhauptquartier erregen und dadurch Hitler zu Massnahmen veranlassen zu koennen, die die daenische Bevoelkerung gegen Deutschland aufbringen und die Deutschland in den Augen der Welt schaedlich sein wuerden. Das "Musterprotektorat" sollte zerstoeert werden.

Ich habe mich, da ich die Dinge durchschaute, gegen eine Vergeltungspolitik gewendet. V. Ribbentrop stand hierbei ganz auf meiner Seite; denn er bezeichnete selbst Daenemark als sein "Paradenfeld" und wollte in Daenemark nicht geschehen lassen, was seine aussenpolitische Linie zu stoeren geeignet war. Ich halte es fuer ausgeschlossen, dass er von sich aus so schwerwiegende Massnahmen wie die Judenevakuierung und Gegenterrorakte wuenschte.

5.) Am 29.8.1943 wurde in Daenemark infolge der Sabotageakte, ueber die der Wehrmachtsbefehlshaber an das Fuehrerhauptquartier berichtet hatte, auf Befehl Hitlers der militaerische Ausnahmezustand verhaengt. Damit war meine Taetigkeit voruebergehend ausgeschaltet. Bis zu diesem Zeitpunkt war noch nichts von einem Befehl bezueglich der Evakuierung der Juden bekannt. Der Befehl zur Evakuierung kam dann im

September 1943 ueber Himmler. Bis zu Uebernahme der vollziehenden Gewalt durch die Wehrmacht am 29.8.1943 bestand in Daenemark keine deutsche Exekutive. Zur Durchfuehrung der Judenaktion hat Himmler einen eigenen Leiter aus der Dienststelle Eichmann - Guenther- von Berlin nach Kopenhagen kommen lassen. Vor seinem Eintreffen habe ich nochmals in einem Telegramm an das Auswaertige Amt auf meine Bedenken gegenueber einer solchen Massnahme hingewiesen und dabei zum Ausdruck gebracht, dass wenn der Befehl ueberhaupt durchgefuehrt werden sollte, der Ausnahmezustand nicht vor Durchfuehrung der Aktion aufgehoben werden duerfte, weil vielleicht sogar Unruhen entstehen koennten. Vor dem festgesetzten und mir bekannt gegebenen Termin der Aktion habe ich den Erfolg der beabsichtigten Judenaktion sabotiert, indem ich rechtzeitig gewissen daenischen Politikern die bevorstehende Massnahme und den Zeitpunkt mitteilen liess, mit der Folge, dass von den daenischen Juden etwas 6 000 nach Schweden sich begeben und nur 4 - 500 Juden in Daenemark noch verhaftet werden konnten. Ich glaubte, damit im deutschen Interesse und im Sinne der wahren Auffassung meines Ministers von Ribbentrop zu handeln.

.) Nach alledem halte ich es fuer ausgeschlossen, dass ich die in den Affidavit Milder erwahnte Aeusserung getan habe. Es kann sich hier nur um ein Missverstaendnis handeln. Zweifelloes habe ich mich manchmal abfaellig geaussert, dass v. Ribbentrop gegenueber Hitler nicht erfolgreich genug unsere aussenpolitischen Gesichtspunkte durchsetzte. Ob ich gegenueber Dr. Milder eine solche Aeusserung getan habe, erinnere ich mich nicht mehr.

Die bereits genannten Terrorakte in Daenemark waren Anlass einer Besprechung am 30.12.1943 in Hitlers Hauptquartier, zu der ich befohlen wurde. Ausser mir waren mehrere Vertreter der Wehrmacht und der Polizei anwesend. V. Ribbentrop lag krank im Steinort und nahm an der Besprechung nicht teil. Hitler hat damals die daenischen Verhaeltnisse als unhaltbar bezeichnet und erkluert, dass er sich entschlossen habe, nunmehr in Kleinkrieg genau so zu handeln wie die Gegner und Sabotage mit Sabotage und Ueberfaelle auf Deutsche mit solchen

auf Daenen zu beantworten. Die Feindseite hat die später als "Clearing-Morde" bezeichnet. Ich habe dem widersprochen mit dem Hinweis, dass die Verhältnisse in Daenemark gar nicht so schlecht laegen und von der Feindseite in Scene gesetzt seien. Ich verlangte damals normale gerichtliche Verfahren. Hitler lehnte dies ab. Ich erstattete im Anschluss an die Unterredung Ribbentrop Bericht, der meiner Auffassung beitrug.

Ich bat ihn gegen diese Anordnung Hitlers auch seinerseits vorstellig zu werden, was er mir sagte, Er bat mich, ihm laufend Berichte zu geben, damit er Unterlagen in die Hand bekomme.

Muenberg, den 28. Juni 1946

gez. Dr. Werner B o s t

Die Echtheit vorstehender, in meiner Anwesenheit vollzogenen Unterschrift des Ministerialdirektors Dr. Werner B o s t wird hiermit beglaubigt.

Muenberg, den 28. Juni 1946.

gez. Froeschmann

Dr. Georg Froeschmann
Verteidigungsanwalt des
Angeklagten v. Ribbentrop

gez. Dr. Martin Horn
Dr. Martin H o r n
Verteidigungsanwalt des
Angeklagten v. Ribbentrop

Interview v. 19.9.46
Lütz

26-2074-42

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

1948/56

Auszug aus der

Vernehmung des Werner BEST
vom 19.9.1946, 1400 - 1520
durch Mr. Peiser und Mr. Fahl

.....

35. F. Haben Sie Herrn Diels gekannt ?

A. Ja.

36. F. Er war wohl urspruenglich Mitglied der Volkspartei.

A. Ich glaube er war in der demokratischen Partei.

37. F. In welcher Weise arbeiteten Sie mit ihm zusammen ?

A. Das kann man nicht sagen.

38. F. Er war Polizei-Referent im Innen-Ministerium ?

A. Wann er dahin kam, weiss ich nicht. Erstmals habe ich ihn 1933 gesehen, als ich nach Berlin kam, um verschiedene Fragen zu besprechen, da habe ich ihn einmal gesprochen. Später war er wohl Regierungspraesident in Koeln.

39. F. Hat Diels wiederholt die politische Stellung gewechselt ?

A. 1933 ist er doch in die Partei eingetreten ?

A. Ich weiss, dass er in der Organisation war, doch nicht ob er in die Partei eingetreten. Ich weiss nur, dass er 1933 oder 1934 die SS Uniform trug, darin habe ich ihn gesehen.

.....

2. Newy v. 30.11.46

76-5031A-40

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Interrogation Nr.

Requested by: Mr. Fenstermacher

Vernehmung des Werner BEST am 30. 11. 1946
von 10 Uhr - 11.15 durch Mr. Walter H. RappStenographin: Kuniberta Zeilmann

1. F. Sie sind Herr Werner BEST?
A. Jawohl.
2. F. Bitte stehen Sie auf, erheben Sie Ihre rechte Hand und sprechen Sie mir nach:
A. Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sage, nichts verschweigen und nichts hinzufügen werde, so wahr mir Gott helfe.
3. F. In welchem Jahr waren Sie der juristische Berater des RSHA?
A. Von 1935 bis Mai 1940.
4. F. Wer war Ihr Nachfolger?
A. Bruno STRECKENBACH.
5. F. In Amt I?
A. Jawohl.
6. F. Haben Sie Amt I gehabt, vorher?
A. Jawohl.
7. F. Wo ist STRECKENBACH jetzt?
A. Das weisse ich nicht, er war zuletzt Kommandeur einer Brigade oder Division im Osten in der Waffen-SS.
8. F. War STRECKENBACH vorher Ihr Untergebener?
A. Er war in Hamburg im Aussendienst.
9. F. Können Sie mir irgendwelche Leute angeben, die sozusagen Ihre rechte Hand waren und nach Ihrem Weggang im Amt I geblieben sind?
A. Das Amt ist unverändert geblieben, nur ich ging weg.
10. F. Wer war Ihre rechte Hand auf dem Rechtsgebiet und blieb in dieser Position?
A. Das war in Gruppen oder Abteilungen aufgeteilt. Es blieben alle

RESTRICTED

RESTRICTED

- 2 -

Herren da.

11. F. Hat es nicht einen Mann gegeben, der sozusagen Fachmann auf allen Gebieten war, obwohl er zu einer bestimmten Gruppe oder Abteilung gehoert hat, einen Mann, dem Sie und STRECKENBACH aufgrund seiner Kenntnisse besonderes Vertrauen geschenkt haben?
- A. Nein, das waren alles nebeneinanderstehende Abteilungs- oder Gruppenleiter, die ihr Sachgebiet bearbeitet haben.
12. F. Wer war auf juristischem Gebiet waehrend Ihrer und Streckenbachs Periode dort geblieben?
- A. Die eigentlichen Justizialgeschaeftte hat ein Herr MYLIUS wahrgenommen, der zuletzt Oberregierungsrat oder so etwas war.
13. F. Welches war Ihr letzter Dienstgrad in der SS?
- A. Waehrend meiner Dienstzeit im RSHA hatte ich den Beamtendienstgrad Ministerialdirigent und in der SS Brigadefuehrer.
14. F. Und beim Zusammenbruch?
- A. Als Ehrenfuehrer in der Allgemeinen SS wurde ich zum Obergruppenfuehrer befoerdert.
15. F. Ich moechte mich heute mit Ihnen ueber einen bestimmten Fragenkomplex unterhalten und zwar ueber die disziplinar-befehlsmassige und taktische Unterstellung der Einsatzgruppen in die Armee. Wissen Sie darueber Bescheid?
- A. Jawohl, diese Dinge sind mehrfach durchexerziert worden beim Einsatz in Oesterreich, im Sudetenland, in der Tschechoslowakei und spaeter beim Polenfeldzug. Bis dahin habe ich es miterlebt, nicht aber die spaeteren Vorbereitungen fuer Russland.
16. F. Haben Sie von der beruehmten Zusammenkunft zwischen Oberquartiermeister WAGNER und HEYDERICH Kenntnis gehabt?
- A. Ich glaube die hat nach meinem Ausscheiden stattgefunden. Ich hoerte spaeter davon, dass das ein Streitpunkt geworden waere. Ich glaube nicht, dass eine entscheidende Zusammenkunft zwischen WAGNER und HEYDERICH waehrend meiner Dienstleistung im RSHA stattgefunden hat. Ich selbst habe mit WAGNER verschiedentlich verhandelt, da er in der Mobilmachungsabteilung des OKH als Oberst taetig war.

RESTRICTED

- 3 -

17. F. Sie wissen, dass waehrend des Russland-Feldzuges mit den verschiedenen Heeresgruppen, Einsatzgruppen mit ins Feld gezogen sind? Heeresgruppe A oder Heeresgruppe Nord, hatte Einsatzgruppe A, Heeresgruppe B oder Heeresgruppe Mitte, hatte Einsatzgruppe B, usw. Diese Einsatzgruppen haben in 2 Sparten operiert. Die einen haben sich mit der Befriedung des Landes innerhalb des rueckwaertigen Heeresgebietes befasst, also des Gebietes, das spaeterhin unter die Reichs-sog. Kommissariate getreten ist. Diese Gebiete haben Hoehere Polizeifuhrer gehabt, denen die Einsatzgruppencheffe sozusagen doppel-dienstlich unterstanden haben, d.h. mit einem Fuss haben sie dem Hoeheren Polizeifuhrer und mit dem anderen Fuss dem Reichsfuehrer SS unterstanden. Von dieser Sparte spreche ich nicht.

Ich spreche von d e n Einsatzkommandos, die im Heeresoperationsgebiet operiert haben, d.h. also oestlich der rueckwaertigen Linie der Heeresgruppe. Diese Einsatzgruppenfuhrer haben selbstverstaendlich Ihre Befehle vom RSHA, oder direkt von HIMMLER erhalten, sie haben, aber durch die vollziehende Gewalt der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe oder Armee, in gewissem Sinn diesen Leuten unterstanden. Im ersten Prozess haben es alle Militaerleute abgelehnt, dass die Einsatzgruppen ihnen in irgendeiner Weise anders unterstanden haetten, als verpflegungsmaessig.

OHLENDORF hat diese Leute gewissermassen einer Luege bezichtigt. Nun kann das Gericht im Hinblick auf die Vergangenheit OHLENDORFs und im Hinblick auf den zugegebenen Mord an 90 000 Menschen, kein grosses Gewicht auf seine Aussage legen. Aus Gruenden, die nicht ganz durchsichtig sind, waren wir niemals in der Lage, Leute zu haben, die eine einflussreiche Taetigkeit innerhalb der Einsatzgruppen gehabt haben und als solche intelligent genug sind, vor einem Gericht auszusagen. Sie wissen ja selbst als Jurist, nicht jeder ist als Zeuge geeignet.

Es dreht sich also darum, herauszubekommen, wie weit sich die Vereinbarung zwischen Wagner auf der einen Seite und dem RSHA auf der anderen Seite auf diesen Einsatz bezogen hat und wie weit die

RESTRICTED

00031

RESTRICTED

- 4 -

Oberbefehlshaber, zu mindestens aber ihre I c oder I cAO ueber die Taetigkeit der Einsatzgruppen Bescheid gewusst haben, besonders ueber die Exekution von Juden, Zigeunern und russischen Kommisaren und 2., nachdem sie Bescheid gewusst haben, wie weit sie die Autoritaet gehabt haetten, das zu stoppen, wenn sie wollten. Meine persoenliche Ansicht ist, dass sie die Macht gehabt haetten, denn entweder man hat die vollziehende Gewalt oder man hat sie nicht. Es ist fuer mich unerklaerlich, dass ein hoeherer deutscher Offizier, im Range eines Generals, Berufssoldat 1941 einen Vertrag mit Hitler schliesst, in dem die Autoritaet von Feldmarschaellen dahingehend beschnitten wird, dass, obwohl sie der oberste Kriegsherr in ihrem Operationsgebiet sind, Leute in dem Operationsgebiet herumfahren koennen und ganz bedeutende Machenschaften durchfuehren koennen, ohne dass er entweder darueber Bescheid weiss, oder die Gewalt hat, sie rauszuschmeissen, wenn sie ihm nicht passen. Vom deutschen Standpunkt der Befehlsgewalt aus, erscheint mir das nicht nur etwas eigentuemlich, sondern beinahe unglaubwuerdig. Militaerisch gesehen hat die Einsatzgruppe oft ueber 6 - 800 Mann verfuegt und wurde bei verschiedenen Gelegenheiten noch durch Schutzpolizeibataillone verstaerkt. Von Nachschub- und Operationsgesichtspunkten aus kann man nicht 800 Mann in der Gegend herumflitzen lassen, wenn man einen Angriff plant. Man muss da doch zu mindestens wissen, ob die Wege offen sind, oder ob durch eine Gruppe von 800 Mann nicht ploetzlich der Vormarsch gehindert werden kann. Das sind Fragen, die Jemand, der schon einmal beim Militaer war, absurd klingen.

Wie weit sind diese Fragen schon beim Einmarsch in die Tschechoslowakei und spaeterhin beim Polenfeldzug in Ihrem Buero bearbeitet worden?

A. Diese Fragen sind bis einschliesslich Polenfeldzug mit dem OKW und OKH besprochen worden. Ich weiss formal nicht mehr welche Stelle ...

18. F. Oberquartiermeister

A. Es hat jedenfalls auch mit dem OKH zu tun gehabt, jedenfalls sind ein

RESTRICTED

00032

RESTRICTED

- 5 -

eingehende Besprechungen gefuehrt worden mit diesen militaerischen Stellen ueber die Unterstellung der Einsatzgruppen unter die Befehlshaber der zustaendigen Heeresseinheiten. Das Ergebnis war, soweit ich es jetzt aus einer Allgemeinerinnerung wiedergeben kann, dass waehrend des Vormarsches und im unmittelbaren Operationsgebiet der Truppe diese Gruppen eindeutig den Truppenbefehlshabern unterstanden. Das war ja auch gar nicht anders moeglich, weil sie damals noch in Bewegung waren und eine andere Unterstellung praktisch nicht durchgefuehrt werden konnte. Sie konnten keine Weisungen von Berlin oder irgend einem polizeilichen Vorgesetzten bekommen, so dass ueberhaupt nur diese Unterstellung moeglich war. Ich erinnere mich, dass z.B., auch eine Unterstellung unter die Gerichtsbarkeit dieser Truppenkommandeure feststand. Wenn ein Angehoeriger einer solchen Einsatzgruppe sich irgend einer strafbaren Handlung schuldig machte, wurde er von einem Feldgericht des betreffenden Kommandeurs abgeurteilt.

19. F. Spaeterhin hat sich das wohl wesentlich geaendert, denn wie ich von Guenther REINECKE hoerte, war ich nicht einmal moeglich, Angehoerige der Waffen-SS, selbst wenn sie innerhalb eines Wehrmachtsverbandes gekaempft haben, von dem Oberbefehlshaber einer Militaereinheit abzuurteilen, sondern das musste direkt ueber HIMMLER gehen.

A. Die Waffen-SS hatte eigene Gerichtsherren, d.h. soweit hoehere Polizeifuehrer vorhanden waren. Solange keine hoeherer SS- und Polizeifuehrer existierte, konnte ein SS- und Polizeigericht in einem solchen Gebiet nicht taetig sein.

20. F. Hatte es im Operationsgebiet keine SS- und Hoeheren Polizeifuehrer gegeben?

A. Nein.

21. F. Also wuerden Sie sagen, dass Angehoerige des SD, soweit sie im Operationsgebiet eingesetzt waren und Angehoerige der Einsatzgruppen, solange sie im Operationsgebiet eingesetzt waren, disziplini-

RESTRICTED

00033

RESTRICTED

- 6 -

naer dem Oberbefehlshaber der eingesetzten Heeresgruppe unterstanden.

A. Ja, aber mit 2 Einschränkungen, die ich wahrnehmen muss: zeitlich weiss ich das nur bis Polenfeldzug einschliesslich ...

22. F. Also sagen wir bis 39.

A. Ende 39, und räumlich müssen wir den Begriff Operationsgebiet etwas genauer definieren, weil der ja selbst im Reich angewandt wurde, gemeint ist Kampfgebiet der Truppe, in dem die Verhältnisse noch nicht stationär geworden sind.

23. F. Nehmen Sie an, oder ist das nur eine Spekulierung, dass sich das wesentlich geändert hat während des weiteren Verlaufes des Krieges?

A. Das glaube ich nicht.

24. F. Würden Sie sagen, dass ein Mann wie OHLENDORF, der die Einsatzgruppe Süd geführt hat und infolgedessen einem Mann wie RUNDSTEDT unterstanden hat, dass der disziplinar nicht HIMMLER sondern RUNDSTEDT unterstanden hat?

A. Soweit er im Kampfgebiet der Truppe tätig wurde. Das ist ein Schluss von mir aus der Zeit, die ich erlebt habe. Ich will vorsichtig sein und nicht über meine Wissensgrenze hinausgehen.

25. F. STRECKENBACH musste von da ab alles wissen?

A. Ja, denn er war meines Wissens ein Jahr lang in dieser Position, oder vielleicht auch 1 1/2 Jahre. In dieser Zeit müssen die Russland-angelegenheiten vorbereitet worden sein.

26. F. Warum wurde Ihr Amt oder auch STRECKENBACHS Amt zu diesen Dingen herangezogen?

A. Weil die allgemeinen Mobilmachungsangelegenheiten in diesem Amt bearbeitet wurden. Damals waren ja Mobilmachungsfragen rein innerdienstlicher Art, das betraf Geheimhaltungsfragen, Erlasse, betraf die Abgabe von Personal für die Geheime Feldpolizei und verschiedene Dinge, die rein verwaltungsmässiger Art waren, während ja Dinge auf dem Gebiet der Exekutive zunächst fast nicht praktisch wurden. Dann kam der Moment, wo man an solche Einsatzgruppen dachte und auch das wurde in erster Linie wieder vom

RESTRICTED

00034

RESTRICTED

- 7 -

personellen Gesichtspunkt her gesehen, weil man ja die Leute herauslösen musste aus den verschiedenen Behörden, und deshalb blieb es bei der Verwaltung.

27. F. Was wurde Ihnen gesagt, oder was wussten Sie vom Zweck oder der Aufgabe der Einsatzgruppen während dem Einmarsches in die Tschechoslowakei und vor allem zu Anfang des Polenfeldzuges?

A. Das waren eindeutig die beiden Zwecke: den Rücken der Truppe zu decken und die Ordnung und Sicherheit in dem von der Truppe besetzten Gebiet aufrecht zu erhalten.

28. F. Sind Sie der Ansicht - das ist wiederum eine persönliche Ansicht - dass der wahre Zweck der Einsatzgruppen, als das was sie sich später in Russland entpuppt haben, vor der Armee geheim gehalten worden war und dass Leute wie OHLENDORF unter Geheimbefehlen gearbeitet haben, oder dass auf der höchsten Planungsbasis, Leute wie Vertreter des OKW und OKH darüber Bescheid gewusst haben, z.B. ueber die Liquidierung von unerwünschten Elementen?

A. Meine rein persönliche Ansicht, dass sie es gewusst haben müssen.

29. F. Worauf basiert diese Auffassung? Sagen sie das intuitiv oder aufgrund der Art und Weise wie das RSHA gearbeitet hat? Mit anderen Worten, basieren Sie Ihre Auffassung auf einer rationalen Grundlage, weil man früher nie die höchsten Stellen uninformiert liess, oder sagen Sie das vollkommen gefuehlsmaessig?

A. Aus meiner Erfahrung kann ich sagen, dass jedenfalls bis zum Kriegsbeginn, bis Polenfeldzug einschliesslich, die Wehrmacht sehr energisch gefordert hat, dass sie ueber alles Bescheid weiss, was Wehrmacht fremde, zusätzliche Kräfte im Rahmen der Wehrmachtszuständigkeit tun sollten. Da war die Wehrmacht ausserordentlich subtil und auch sehr energisch in diesen Forderungen.

30. F. Nun will ich annehmen, ich glaube das ist auch Tatsache, dass 99 % des deutschen Volkes als solches und vielleicht 99 % der SS als solche, von der Aufgabe der Einsatzgruppen nicht Bescheid gewusst haben. Da bleibt dann 1 % uebrig und dieses eine Prozent war unter den paar fuehrenden Persoenlichkeiten innerhalb des RSHA ver-

RESTRICTED

- 8 -

teilt, nur wurde es wahrscheinlich bewusst von HIMMLER vertuscht. Ich weiss gar nicht einmal, wie weit HITLER darueber Bescheid gewusst hat, obwohl ich ja der Ansicht bin, dass sich HIMMLER von HITLER Rueckendeckung geholt hat, oder auch Befehle bekommen hat.

- A. Eindeutige Befehle. Ich weiss, dass das vom Ausland schlechterdings nicht begriffen wird und doch ist es so, dass weitaus der grösste Teil aller Greuelfaelle aufgrund von Befehlen HITLERs ausgefuehrt wurden, dass sowohl die Geiselerchiessungen in Frankreich, wie auch der scheussliche Gegenterror in Daenemark von HITLER persoenlich gekommen ist.

31. F. Ueber Himmler?

- A. Die ersten Dinge ueber die Wehrmacht.

32. F. Sie meinen die Geiselerchiessungen?

- A. Ja. Jedenfalls lag in diesen Faellen die Initiative eindeutig bei HITLER und, soweit ich HITLERs Entwicklung kennengelernt habe, glaube ich sagen zu koennen, dass auch die anderen Dinge, vor allem in Russland, wo HITLER sich selbst - soweit ich allgemein informiert bin - alle Entscheidungen vorbehalten hat, von HITLER stammen. HIMMLER ist nur das willfaehige Werkzeug gewesen, wie immer.

33. F. Um unseren Faden nicht zu verlieren, - sodass die Sache doch ziemlich geheim gehalten wurde.

- A. Ja.

34. F. Wie weit hat man dann der Wehrmacht klaren Wein eingeschenkt, ganz abgesehen davon, wie sehr sie gerne klaren Wein wollte. Mit anderen Worten, es ist eine Sache fuer sich, Sie zu fragen, mich alle Ihre Absichten wissen zu lassen und es ist eine 2. Sache, ob Sie das tun, ohne mich wissen zu lassen dabei, dass Sie es nicht tun. Anders ausgedrueckt, dass die Wehrmacht darauf bestanden hat, alles zu wissen, schliesst nicht ein, dass sie deshalb alles erfahren hat.

- A. Ich verstehe, was Sie sagen wollen. Es ist aber noch ein Gesichts-

RESTRICTED

00030

RESTRICTED

- 9 -

die sich
punkt zu beachten. Bei Handlungen im Macht- oder Kampfgebiet der Wehrmacht unmittelbar abgespielt haben, vor allen Dingen in einer relativen Oeffentlichkeit, wenn es nicht Dinge waren, die in Lagern usw. vorkamen, waren das ja Vorgaenge, die die Truppenbefehlshaber automatisch erfahren mussten, weil ihr eigener Nachrichtenapparat solche Dinge ja feststellen musste. Die I c-Abteilungen saemtlicher Instanzen, die sog. Abwehrinstanzen, hatten ja gerade die Aufgabe, jedes besondere Vorkommen in ihrem Gebiet nach oben zu melden, sodass also die Tatsachen als solche auf jeden Fall zur Kenntnis der Kommandeure kommen musste. Die Abwehrinstanzen haben sich aus einem bestimmten Abwehrgefuehl heraus bemueht, alles was die Polizei tat, schnellstens zur Kenntnis ihrer Vorgesetzten zu bringen. Eine andere Moeglichkeit waere natuerlich, dass sich diese Dinge in geschloesenen Lagern abgespielt haben und nach aussen hin geheim gehalten worden sind.

35. F. Ist es nicht Tatsache, dass die Einsatzgruppen ihren eigenen Nachrichtenapparat gehabt haben, der ueberhaupt nicht auf die Nachrichtenanlage des Heeres gestuetzt war?

A. Ich meinte Nachrichtendienst jetzt eben nicht technisch, Telegraphenleitungen, Funkapparate und dergleichen, sondern ich meinte den Berichterstattungsdienst.

36. F. Halten Sie es nicht fuer moeglich, dass, wenn der technische Nachrichtenapparat in den Haenden der Einsatzgruppen war, dass da sehr oft, nicht nur Dinge in Lagern vorgenommen werden konnten, sondern auch Massenexekutionen und dergleichen, die sich vollkommen der Beobachtung der I c und I cAO entzogen? Besonders wenn Sie an die Gebiete wie Russland denken, wo Heeresgruppen viele Tausende von Kilometern von Land wohl erobert haben, aber eine Besetzung aus Mangel an Menschen und in Anbetracht der Groesse des Raumes, physisch unmoeglich war?

A. Das ist richtig, aber schon der einfache Stadtkommandant musste ja besondere Eragnisse aus seinem Bereich seinem Vorgesetzten melden.

RESTRICTED

00037

RESTRICTED

- 10 -

37. F. Vielleicht hat der eben wo anders hingeguckt.

A. -Das ist von mir ein allgemeiner Schluss, doch soweit ich die Wehrmacht kenne, weiss ich, dass vom Stadtkommandanten aufwaerts ueber die Kreiskommandanten oder Feldkommandanten, wie man diese Leute nannte, dass diese Leute verpflichtet waren, besondere Ereignisse in ihrem Gebiet nach oben zu melden. Wenn welche Organe derartige Dinge beobachtet haben, sind sie nach meiner Auffassung verpflichtet gewesen, das auch zu melden.

38. F. Wem haben sie das gemeldet?

A. Auf dem Dienstwege.

39. F. Zum OKH oder OKW?

A. d.h. die mobilen Truppen an ihre Herren Kommandeure, Bataillone, Regimente, Divisionen und die Instanzen der Verwaltung, also Ortskommandant, Kreiskommandant und Chef der gesamten Militaerverwaltung. Das war verschieden.

STRECKENBACH koennte Ihnen sicher einen Mann nennen, der ueber diese Dinge sehr genau Bescheid weiss. Nach meinem Ausscheiden habe ich die Besetzung der einzelnen Stellen nicht mehr beachtet. Ich will mir einmal ueberlegen, wer 40 oder 41 diese Besprechung noch mitgemacht haben koennte.

40. F. Von wann bis wann waren Sie in Frankreich?

A. Ich bin am 1. August 1940 dorthin gekommen und bin Ende Juli 42 weggegangen.

41. F. Was war, wie Sie zuerst hinkamen, Ihr offizieller Titel und Ihre Aufgabe?

A. Ich war Abteilungsleiter im Verwaltungsstab des Militaerbefehlshabers Frankreich, von STUELPNAGEL und fuehrte den Titel "Kriegsverwaltungschef", der spaeter in "Militaerverwaltungschef" umgeaendert wurde. Das war keine Chefstellung, sondern ich war Abteilungsleiter. Ueber mir war der Chef des Verwaltungsstabes, das was Staatsminister Dr. SCHMID aus Stuttgart, der auch den Titel Kriegsverwaltungschef fuehrte, darueber stand General von STUELPNAGEL.

RESTRICTED

- 11 -

42. F. Was war Ihre Aufgabe?

A. Meine Aufgabe war die Verhandlung mit den franzoesischen Instanzen ueber alle Angelegenheiten die die nicht wirtschaftlichen Verwaltungszweige der franzoesischen Verwaltung im besetzten Gebiet betrafen und die entsprechende bueromaessige Bearbeitung im Verwaltungsstab, also beispielsweise Polizei, Justiz, Kulturverwaltung, Strassenbau, Schoene Kuenste usw.

43. F. Wann kam der Befehl ueber die Geisellerschiessung in Frankreich und an wen?

A. Das waren Einzelbefehle, die vom Hauptquartier kamen ...

44. F. An STUELPNAGEL?

A. An STUELPNAGEL, wenn er Attentate auf deutsche Wehrmachtsangehoerige meldete.

45. F. Was war gewoehnlich der Vergeltungs-Ratio, also die ungefaehre Anzahl, 50 : 1 ?

A. Das wurde gesteigert, es fing an mit 15 oder 20, dann erinnere ich mich an 2 Faelle, die ich konkret angeben kann, wo es 50 waren und ich hoerte, dass nach meinem Weggang noch hoehere Ziffern in Frage gekommen sind, bis man bei gegen 100 stoppte und die ganze Methode aufgab.

46. F. Wo waren die Geiseln, die erschossen worden sind, vorher? Waren die schon sowieso im Gefaengnis oder im Konzentrationslager, waren es manchmal Familienangehoerige, oder waren die vorher frei und sind aufgegriffen worden, wo die Exekution stattfinden sollte?

A. Der Oberbefehlshaber hatte bekanntgegeben, dass alle in Haft befindlichen Personen als Geiseln haften und in der vorkommenden Faellen wurden die Leute aus den Haftlagern ausgewaehlt und wurden erschossen.

47. F. Wer hat die Leute ausgewaehlt?

A. Die zustaeendigen Lokalinstanzen, wohl die Feldkommandanten.

48. F. Wer hat darueber entschieden, in welcher Gegend von Frankreich die Geiseln zu erschliessen sind? War das abhaengig davon, wo

RESTRICTED

- 12 -

das Attentat auf deutsche Wehrmachtsangehoerige unternommen worden war?

A. Das ist regelmaessig so gemacht worden, in dem betreffenden Bereich.

49. F. Hat die geheime Feldpolizei etwas damit zu tun gehabt?

A. Ob sie praktisch herangezogen wurde, um die Leute im einzelnen festzustellen, weiss ich nicht. Der Militaerbefehlshaber hatte mehrere Staebe und Organe nach unten, den Kommandostab-rein militaerisch und den Verwaltungsstab-rein verwaltungsmaessig und in den Bezirken einen Bezirkschef mit einem Kommandostab und einem Verwaltungsstab, einen Feldkommandanten mit einer Verwaltungsgruppe und einer Kommandogruppe. Diese ganzen Dinge liefen auf dem Kommandowege, d.h. auf dem militaerischen Wege. Es ist moeglich, dass die Abwehrorgane, zu denen ja die Geheime Feldpolizei zaehlte, dazu verwendet wurde.

50. F. Haben Sie waehrend Ihrer Taetigkeit als Kriegsverwaltungschef eine Doppelfunktion fuer das RSHA oder den SD ausgeuebt?

A. Nein, ich war vollkommen ausgeschieden dort.

51. F. Das heisst, wie Sie das Amt I verlassen haben, sind Sie nach Frankreich gegangen?

A. Ja, d.h. ich bin erst Soldat geworden 2 Monate in einem Ersatzabataillon als Rekrut. Ich wollte Soldat bleiben, bin aber dann vom OKH herausgeholt worden und wurde zum Verwaltungsbeamten im Heer gemacht.

52. F. Sie hatten niemals mehr geheime Verbindungen zum RSHA gehabt?

A. Nein, im Gegenteil, es hatte sich da ein sehr starker Gegensatz zwischen HEYDRICH und mir entwickelt und von dieser Seite aus stand man mir persoendlich sehr ablehnend gegenueber.

53. F. War KNOCHEN damals schon in Frankreich?

A. Ja, von Anfang an.

54. F. Hat der Militaerbefehlshaber von STUELPNAGEL eine juristische Abteilung gehabt?

A. Wenn man so will, im Kommandostab die Gerichtsabteilung und im

RESTRICTED

00040

RESTRICTED

- 13 -

Verwaltungsstab die Justizabteilung.

55. F. Hat er sich an eine von beiden gewandt, um sich dort ueber die Gesetzmaessigkeit der Geisellerschiessung zu orientieren, oder hat er lediglich angenommen, dass Befehl, Befehl ist?

A. Ob er sich an einen der Staabe gewandt hat, weiss ich nicht. Ich habe ihm jedenfalls von mir aus meine Stellungnahme mitgeteilt, die der General Otto von STUELPNAGEL vollkommen billigte. Ich habe das Interesse gehabt, die Zusammenarbeit mit den fran-zoesischen Stellen nach Moeglichkeit zu erleichtern und sah in diesen Gewaltmassnahmen eine Erschwerung der Zusammenarbeit und habe deshalb alle Argumente, die dagegen sprachen gesammelt und dem Militaerbefehlshaber vorgelegt. General Otto von STUELPNAGEL stand an sich auf meinem Standpunkt, hat aber die Befehle voll-zogen, weil er sie bekam. Er ist auch spaeter nervoes zusammengebrochen, aufgrund der staendigen Auseinandersetzungen. Er hatte mit MEITEL Anfang 1942 eine sehr scharfe Auseinandersetzung und im Anschluss daran erlitt er einen Nervenzusammenbruch.

56. F. Was ist aus STUELPNAGEL geworden?

A. Das weiss ich nicht. Ich habe von Otto von STUELPNAGEL nichts mehr gehoert. Sein Nachfolger war General Heinrich von STUELPNAGEL.

57. F. War das sein Bruder?

A. Nein, ein Vetter von ihm.

58. F. Der, von dem Sie sprechen, war Otto G..

A. General der Infanterie Otto von STUELPNAGEL.

59. F. Wer war damals Militaerbefehlshaber von Paris, SCHOLTITZ?

A. Nein, ein Teil der Zeit war es General SCGAUMBURG, dann war es ein General GOELDNER, ich glaube GOELDNER war der Name, jedenfalls ganz aehnlich. An diese beiden erinnere ich mich.

60. F. War waehrend dieser Zeit, RUNDSTEDT damals schon in Frankreich?

A. In den 2 Jahren, die ich dort war, wechselte der Oberbefehlshaber-West 1 oder 2mal. Am Anfang war es WITZLIEBEN und am Schluss dann RUNDSTEDT.

RESTRICTED

00041

RESTRICTED

- 14 -

61. F. War STUELPNAGEL, RUNDSTEDT unterstellt?

A. STUELPNAGEL unterstand dem Oberquartiermeister des Heeres, dem OKH, waehrend RUNDSTEDT dem OKW unterstand. Die zentrale Instanz fuer die Militaerverwaltung war der Oberquartiermeister des Heeres.

62. F. Als Jurist, wuerein sahen Sie - wenn ueberhaupt - eine Gesetzeswidrigkeit in der Geiselausschiessung, ganz abgesehen vom psychologischen Standpunkt?

A. Ich habe meine Stellungnahme etwa wie folgt begruendet:

Die Geiselausschiessung ist rechtlich deshalb nicht einwandfrei, weil nicht Handlungen, die aus der Bevoelkerung kommen, abgewehrt werden, sodass man sich damit sichert gegenueber der Bevoelkerung, sondern weil es feststeht, dass das vom Gegner organisierte Gruppen sind, ein Kleinkrieg vom Gegner organisiert, dass die Bevoelkerung - wie sich das aus den einzelnen Feststellungen auch ergeben hat - an sich nicht beteiligt war. Das ist mein Standpunkt vom juristischen Gesichtspunkt aus.

63. F. Wollen wir uns darueber weiter als Juristen unterhalten. Wurde bekannt gegeben, dass Geiseln zu erschossen sind, im Falle, dass solche Attentate nicht aufhoeren?

A. Das war eine Bekanntmachung des Militaerbefehlshabers, wo er mitteilte - das war wahrscheinlich nach dem ersten Attentat - dass solche Dinge vorgekommen seien und dass, um das zu verhindern, in Haft befindliche franzoesische Staatsangehoerige als Geiseln zu betrachten seien, und dass man sich gegebenenfalls an ihnen schadlos halten wuerde.

64. F. Waren diese in Haft befindlichen franzoesischen Gefangenen an und fuer sich zum Tod verurteilt, oder waren das lediglich sich in Schutzhaft befindliche Personen?

A. Das war an sich ganz gemischt. Man hat weitgehend - das muss ~~ich~~ ich anerkennen, solche Leute genommen, die entweder von Gerichtens schon zum Tod verurteilt waren - die hat man angerechnet - oder solche bei denen die Verurteilung sicher war/

RESTRICTED

00042

RESTRICTED

- 15 -

65. F. Hiess es in dem Internationalen Gesetz, dass Geiseln Leute sein muessen, die schon vorher sozusagen dem Tod geweiht waren?

A. Nein, im Gegenteil, richtige Geiseln muessten ja nach altem Kriegsbrauch eigentlich die Honorationen eines bestimmten Gebietes oder eines bestimmten Ortes sein, durch deren Festnahme man sich sichern will, gegen Taten der Bevoelkerung. Das ist die alte Form gewesen.

66. F. Wie Sie vorhin schon richtig angedeutet haben, standen die Geiseln in keinerlei physischer oder psychischer Verbindung zu den Attentaetern.

A. Diese Verbindung konstruierte man dadurch, dass man solche Leute auswahlte, die als Aktivisten auf irgend einem Gebiet und zwar griff man in erster Linie auf Kommunisten zurueck, bekannt waren, indem man, ich weiss nicht, ob man unterstellte oder wusste, dass zum grossen Teil kommunistische Organisationen die Taeter gewesen seien, sodass man also eine politische oder gesinnungsmaessige Verbindung konstruierte.

67. F. Was sagt das Kriegsgebrauchsrecht und Internationale Gesetz ueber das Verhaeltnis. Ist es Ihrer Ansicht nach erlaubt, die Anzahl der Geiseln im Verhaeltnis 50 : 1 zu bestimmen ? Es sollte doch eigentlich das Verhaeltnis 1 : 1 sein?

A. Das ist mir nicht bekannt. Ich habe als ein Vernunftsargument dagegen angefuehrt, dass schon der Anfang einer solchen Methoden, wenn es eben nicht einmalig ist, ein Zwang liegt, zur Steigerung, die Schraube fester anzuziehen. Dabei rennt man sich dann sehr schnell fest.

68. F. Das ist vernunftsmaessig richtig, aber lassen Sie uns die Sache vom juristischen Standpunkt aus weiterbetrachten. Konkrete Regeln sind Ihnen da nicht bekannt?

A. Nein, konkrete Regeln sind mir da nie bekannt gewesen.

69. F. Dadurch, dass es keine zahlenmaessige Regel gab, sind Sie nicht auch der Ansicht, dass man es als selbstverstaendliche Voraussetzung ansah, dass die Anzahl der Geiseln bedingt ist

RESTRICTED

00043

RESTRICTED

- 16 -

durch die Anzahl der Opfer. Sah man das nicht als eine so logische Folgerung an, dass man niemals ueberhaupt in Erwae-gung zog, das Verhaeltnis der Geiseln festzulegen. Dass sich darueber solche Leute wie OPPENHEIM, BRUHNS gar nicht den Kopf zerbrochen haben, weil ihnen das so klar war.

70. F. Da kommen wir nun wieder auf die Logik und auf die Vernunft. Ich habe in Frankreich versucht, Unterlagen zu finden, denn ich habe waehrend meines Studiums auch Voelkerrecht studiert. Ich glaube, dass nirgends etwas ausgesprochen war, hinsicht-lich der Zahlenverhaeltnisse.
71. F. Was wuerden Sie mir in diesem Falle raten, dass ich fuer Nachforschungen anstellen soll auf diesem Gebiet, soweit Rechtsbuecher existieren. Ich kenne LIST, ich kenne OPPENHEIM, ich kenne BRUHNS.
72. F. Gibt es da nicht Monographien ueber das Geiselnrecht. Da muess-te man nachsehen, ob darueber geschrieben worden ist. Und dann spielt da ~~man~~ auch die Frage der Praxis eine grosse Rolle, wie es z.B. vor dem ersten Weltkrieg gehandhabt wor-den ist.
- Darf ich vielleicht noch folgendes sagen: Mein Hauptargument mit ist auch noch das gewesen, dass damit die deutschen In-stanzen genau das getan haben, was der Gegner wollte. Ich habe mich immer gefragt: "Was wollte der Feind?" Wenn er einen Landesschuetzen, der Posten steht, erschliessen laesst, ist er sich sicher darueber klar, dass die deutsche Wehrmacht damit keinen entscheidenden Schaden erleidet. Wenn er diesen Primaereffekt also nicht so hoch werten kann, muss er doch die Absicht gehabt haben, einen Sekundaereffekt zu erzielen und das waren unsere scharfen Gegenmassnahmen
73. F. Wo sind die Befehle herausgekommen?
- A. Vom Hauptquartier, Wehrmachtsfuehrungsstab, meistens mit der Unterschrift von KEITEL. Ich kann mich eigentlich nur an Unterschriften von KEITEL in diesem Zusammenhang erinnern.

RESTRICTED

- 17 -

Mit wem sonst verhandelt worden ist, weiss ich nicht. Wahrscheinlich ist mit WAGNER verhandelt worden.

74. F. Wer waren Ihrer Ansicht nach die grossen Gehirnsatletenⁿ im OKW die solche fabelhaften psychologischen Feinfuehligkeiten herausgebracht haben, solche idiotischen Massnahmen vom deutschen militaerischen Standpunkt aus?

A. Sie werden sagen, im Moment lauter Tote - naemlich KEITEL und JODL. Die waren immer bemueht, was HITLER in einer Lagerbesprechung aeusserte promptestens zu vollziehen. Das ist unglaublich gewesen, dass jede Bagatelle - selbst Attentate auf einen hoeheren Offizier sind im besetzten Gebiet letztenendes Bagatellen fuer eine Kriegfuehrende Grossmacht - jeder Einzelfall diesert Art in der Lagebesprechung vorgetragen wurden. Da haben die Maenner, die in der Lagebesprechung solche Dinge vorgetragen haben, eine urspruengliche Schuld an den Entscheidungen. Das durfte man nicht machen.

75. F. Dieselben Methoden hat man dann ja auch in Russland zur Anwendung gebracht...

A. Ich hoerte das.

76. F. und haben dadurch auch den Russen den gewuenschten Erfolg gebracht.

A. Natuerlich, natuerlich, nur das. Das habe ich ja auch in Daenemark miterlebt, wo als Fuehrerbefehl die Weisung kam, man solle die daenische Bevoelkerung an die Telefon- und Telegraphenleitungen stellen zur Bewachung. Mit so etwas hat sich der Staatschef und Oberste Befehlshaber der deutschen Wehrmacht befasst. Es ist fast kaum zu glauben.

77. F. Wer war der militaerische Befehlshaber in Daenemark?

A. In Daenemark war die Organisation in soweit anders, als nur ein Wehrmachtsbefehlshaber da war, der etwa RUNDSTEDT entsprach und keine Militaerverwaltung, die das Land kontrollierte. Die Daenische Regierung hat ihr Land wieterverwaltet und ich hatte als Reichsbevollmaechtigger die Aufgabe, die jeweiligen deutschen

RESTRICTED

00045

RESTRICTED

- 18 -

Wuensche der daenischen Regierung vorzutragen.

78. F. Wer war Wehrmachtsbefehlshaber in Daenemark?

A. Zuerst General von HANNECKEN und dann Generaloberst von LINDEMANN.

79. F. Hatten Sie direkt oder indirekt mit der Evakuierung von Norwegen und Finnland zu tun?

A. Nein, d.h. die Transporte der Truppen gingen ja durch Daenemark. Das gab dann immer eine grosse Aufregung, wenn einmal eine Schiene gesprengt war und der Transport verzoegert wurde. Dadurch bin ich manchmal mit dem Tempo, in dem diese Transporte vor sich gingen, vertraut geworden.

80. F. Haben Sie in irgend einer Weise mit THERBOVEN etwas zu tun gehabt?

A. THERBOVEN war Reichskommissar, der HIMMLER direkt unterstand, ich war Reichsbevollmaechtigter, der dem Auswaertigen Amt unterstand, RIBBENTROP.

Intewy v 28.12.46

25-2041-25

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Vernehmung Nr. 511

des Hr. Werner Best
durch Hr. Wartenberg
am 28. Dezember 1946 von 1000 - 1100 Uhr

F: Wie heißen Sie ?

A: Best.

F: Erheben Sie die rechte Hand und sprechen Sie mir den
Schwur nach:

" Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen, dass ich die
reine und volle Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts
hinzufügen werde, so wahr mir Gott helfe. Amen. "

(Der Zeuge spricht den Schwur nach).

F: Setzen Sie sich.- Wie ist Ihr voller Name ?

A: Karl Rudolf Werner B e s t .

F: Wann sind Sie geboren ?

A: Am 10. Juli 1903 in Darmstadt.

F: Welche Schulen haben Sie besucht ?

A: Das Gymnasium in Mainz.

F: Von wann bis wann ?

A: In Mainz von 1914 bis 1921; vorher zwei Jahre
in Dortmund.

F: Wann haben Sie das Abitur gemacht ?

A: 1921.

F: Was studiert ?

A: Rechtswissenschaft von 1921 bis 1925.

F: Wo ?

A: In Frankfurt/Main, Freiburg und Giessen.

F: Referendar ?

A: 1925 in Giessen.

F: Assessor ?

A: 1928 in Darmstadt.

F: Ihre weitere Berufslaufbahn ?

A: Von 1929 bis 1931 Assessor in der hessischen Justiz, dann bis Anfang 1933 ausser Dienst. Dann von März 1933 bis Ende 1934 hessischer Regierungsrat. Dann von 1935 an preussischer Beamter, und zwar Oberregierungsrat im Preussischen geheimen Staatspolizeiamt; von 1936 an Beamter des Reichsinnenministeriums, und zwar zunächst Ministerialrat, später Ministerialdirigent und 1940 als Ministerialdirektor ausgeschieden.

1940 bis 1942 im Wehrdienst als Militär-Verwaltungsbeamter. 1942 ins Auswärtige Amt übernommen und von November 1942 bis März 1945 deutscher Reichsbevollmächtigter in Dänemark.

F: Ihre Parteinummer ?

A: So um 340 000, genau weisse ich sie nicht mehr.

F: Wann eingetreten ?

A: Im November 1930.

F: Ihre SS-Nummer ?

A: Ungefäher 30 000, genau kann ich mich nicht erinnern.

F: Wann sind Sie in die SS eingetreten ?

A: Im Herbst 1931.

F: Ihr letzter Dienstgrad ?

A: Obergruppenführer.

F: Was koennen Sie mir die ueber die Aktion "Peter" erzuehlen ?

A: Was meinen Sie mit "Aktion Peter" ?

F: Wissen Sie das nicht ? Kennen Sie nicht die Aktion "Peter" in Duenemark ?

A: Ach, diese Sache. Die Formulierung "Peter" ist mir nicht bekannt.

F: Das ist die offizielle Form, wie das Unternehmen "Peter" genannt worden ist.

A: Der Ausgangspunkt dieser ganzen Gegen-Terrorsache war eine Besprechung im Hauptquartier bei Hitler am 30. Dezember 1943.

F: Anwesend waren ?

A: Anwesend waren aus Duenemark der General von Mannecken, der Hoehere SS- und Polizeifuehrer Pancke und ich. Aus dem Hauptquartier: Hitler, Keitel, Jodl, Himmler.

Es waren noch zwei oder drei dabei, darunter ein General, ich glaube, mit Namen Schaefer, der die kriegsgeschichtliche Sache geschrieben hat und Kaltenbrunner. Das war ungefaehr der Kreis.

F: Und ausser den Duenemark-Leuten noch andere ?

A: Nein.

F: Weiter.

A: Hitler hat in einer sehr langen Ausfuehrung dargelegt,

dass er den Eindruck hatte, dass die bisherigen Mittel gegen den Terror und die Sabotage keinen Erfolg hatten und er sei nunmehr der Meinung, dass nun ein Gegenterror ausgeführt werden müsse. Er hielt auch nichts von Gerichtsverfahren. Er war der Ansicht, durch Gerichtsverfahren - die überhaupt sehr langsam und schleppend gingen - würde man ausserdem Märtyrer schaffen. Er sprach von Andreas Hofer, Palm und Schlageter, und dass mit gleichen Mitteln, das heisst mit gleichem Terror solche Dinge gemacht werden sollen, das den gleichen Erfolg hatte und die Leute nicht zu Märtyrern würden. Er wunsche also und befahle, dass in Zukunft in der gleichen Weise geantwortet werden müsse. Das war also seine Ausführung und sein Befehl. Die Details sind offensichtlich mit Himmler und Pancke besprochen worden; da wurde ich nicht mehr weiter herangesogen.

Soweit überhaupt eine Aussprache bei Hitler möglich war, haben wir widersprochen. Ich habe auf die politische Lage und auf die Einstellung des dänischen Volkes hingewiesen, dass das dänische Volk

also die Sache nicht verstehen würde, dass aber andere Massnahmen als rechtlose Willkuer angesehen werden, die Reaktionen hervorrufen könnten, die den deutschen Interessen nachteilig seien.

Auch Pancke widersprach mit rein polizeitechnischen Gesichtspunkten. Er sagte, es sei polizeitechnisch notwendig, die Leute festzunehmen und zu verhören, während ein Toter ja nichts mehr aussagen könnte.

Hitler lehnte das kurz ab; er ging darauf gar nicht ein.

F: Wer wurde nun mit der Durchführung betraut ?

A: Die Polizei, das heisst der Mosbachers Polizeiführer Pancke, der wieder den Befehlshaber der Sicherheitspolizei, den Bovensiepen beauftragte und dem Bovensiepen wurde dann vom Reichssicherheitshauptamt eine Gruppe von Männern zugesandt, die nun die Aktionen durchführen sollten.

F: Wer waren diese Gruppe ?

A: Ich habe nur den Schwerd kennengelernt.

F: Vornamen ?

A: Weiss ich nicht.

F: Peter Otto. - Können Sie mir den Mann beschreiben, den Herrn Schwerd ? Was war sein Dienstgrad ?

A: Wenn ich mich recht entsinne, Obersturmbannführer der Waffen-SS. Er war schmal, mittlere Grösse; vielleicht 1,70 m.

F: Alter ?

A: Um 30 herum.

F: Farbe der Augen ?

A: Kann ich sich nicht erinnern.

F: Haare ?

A: Brunnhett.

F: Wissen Sie, wo er her war ?

A: Oesterreich.

F: Verheiratet ?

A: Nein.

F: Leben seine Eltern noch ?

A: Das weiss ich nicht.

F: War er aktiver SS-Mann ?

A: Ich glaube, ja.

F: Wissen Sie, wo er sich aufhalten konnte ?

A: Ich weiss aus der Presse, dass er in Haft war.

F: Ist er in Haft ? Wo ?

A: Es wurde vor knapp einem halben Jahr in der Presse gemeldet, dass er verhaftet sei. Und jetzt hoerte ich von einem Herrn, der hier in Haft gewesen ist, dass er mit Schwerd zusammen in einem englischen Lager gewesen sei. Auf einem anderen Wege hoerte ich, dass er nach Dänemark gebracht worden sei zu Vernehmungen.

F: Das ist sehr interessant; ich wusste bisher nicht, dass er verhaftet ist.

F: Zu welchem Amt gehoerte unser Freund Schwerd ?

A: Dieser Schwerd gehoerte zu einer Formation die Skorseni unterstand.

F: Nun moechte ich von Ihnen hoeren von gewissen geheimen Aktionen, naemlich, wann wer um die Ecke gebracht worden ist.

A: Das weiss ich nicht.

Die Sache hat sich so abgespielt, dass ich ausgeschaltet war; die Auswahl der Objekte traf Bovenstegen. Ob und wie weit in Einverstaendnis mit Pancke, weiss ich nicht.

F: Wo ist Bovensiepen jetzt ?

A: Er war im Westgefangnis in Kopenhagen und ist offenbar zurueckgebracht worden in die englische Zone.

F: Wie hiesse Pancke mit Vornamen ?

A: Guenther; Obergruppenfuehrer und General der Polizei und der Waffen-SS.

F: Und Bovensiepen ?

A: Otto; Standartenfuehrer und Oberst der Polizei.

F: Mit wieviel Leichen geben Sie dem Schwert Kredit ?

A: Das ist schwer zu sagen, weil ich die Gesamtzahl gar nicht kenne. Die Faelle als solche habe ich jeweils dadurch erfahren, daes sie in den Tagesmeldungen von Bovensiepen mit einer bestimmten Formel angedeutet waren. Bovensiepen hat jeden Tag Meldung nach Berlin erstattet - und die Meldungen wurden in Abdruck auch gleich an uns gegeben - ueber die Ereignisse. Das waren die Faelle, die von seinen Leuten durchgefuehrt worden waren, und zwar immer mit der Formel: "Kein deutsches Interesse".

F: Das heisst, dass einer oder mehrere dieser Leute uns die Ecke gebracht worden waren.

A: Ja, und die Zahl im ganzen

F: ~~20.000~~ ! 20 bis 20000 ?

A: Nein, nein. Sagen wir mal - wenn man die Meldungen beruecksichtigt - ich wuerde sagen vielleicht 150 im ganzen.

F: Nicht mehr ?

A: Ich will mich nicht festlegen; es koennen auch mehr gewesen sein.

F: Koennen Sie mir einige Meldungen, die Sie in Erinnerung haben, wiedergeben ?

Zum Beispiel wie wurde Ihnen irgend ein Fall bekannt und wie ist Ihnen dieser noch in Erinnerung. Vielleicht haben Sie in diesem Fall noch irgendetwas anderes Zusatzliches gehoert von privater oder nicht offixieller Seite ?

Sie sagten eben so schoen, dass "kein deutsches Interesse" bei den Meldungen stand. Was war nun ausserhalb der Formel dieser Meldungen. Mich interessieren einige dieser Meldungen.

A: Der sachliche Inhalt war regelmassig:
Am so und sovielsten wurde der so und so erschossen. Dann war entweder gesagt - sagen wir mal - er war Dolmetscher oder ein Beamter der Sicherheitspolizei oder deutscher Soldat, oder irgend eine andere Berufsangabe und eine Formel: "Kein deutsches Interesse"

F: Das war, wenn die daenische Untergrundbewegung etwas gegen die Deutschen machte ?

A: Ja. In anderen Falle hiess es: Am so und sovielsten wurde der - dann kam ein daenischer Name - da und da erschossen.
(Deutsche Interessen nicht beruehrt).

F: Ist Ihnen nun irgendwie ein Name bekannt ?

A: An Namen kann ich mich nicht mehr erinnern.

An einen Fall erinnere ich mich, da sind - wann weiss ich nicht mehr - in Odensee mehrere Aerzte eines Krankenhauses erschossen worden. Dieser Fall hat grosses Aufsehen erregt. Ich bekam also diese Meldung. Diesen Fall habe ich zum Anlass genommen, um gegenueber dem Auswaertigen Amt zu widersprechen und den Vorschlag zu machen, dieses System zu aendern.

F: Wann war das ?

A: Ich vermute, im Herbst 1944.

Ein anderer Fall hat sich folgendermassen abgespielt.

Im Januar 1945 ist in Aarhus der dortige Kreisleiter der daenischen Nationalsozialisten, der zugleich Angestellter der deutschen Wehrmacht war, erschossen worden. Da kam der Leiter der Daenischen Nationalsozialistischen Partei, Co.Joergensen, zu mir und sagte: das sei nun geschehen und er haette die Befuerchtung, dass evtl. ein Vergeltungsakt stattfinden wuerde, aber das wuensche er nicht, da ginge dann ins Endlose. Ich habe das gleich benutzt und sagte, geben Sie mir Ihre Meinung zu dieser Methode einmal schriftlich. Er nahm dann schriftlich sehr scharf Stellung dagegen. Ich nahm dann in einem Bericht an das Auswaertige Amt dazu Stellung. Diesen Bericht an das Auswaertige Amt habe ich an Bovenziepen geschickt mit der Bitte, so zu verfahren, wie vorgeschlagen und nichts zu machen. Ich habe allerdings nachher gehoert, dass dennoch eine Gegenaktion stattgefunden hat. Wer das war, weiss ich auch nicht mehr.

F: Andere Faelle sind Ihnen nicht bekannt ?

A: Nein; nicht so, dass ich einen Namen nennen koennte.

F: Was wissen Sie sonst ueber andere Aktionen, ausser Unternehmen "Peter" ? Waren noch sonstige Terror-Unternehmen ?

A: Ob, und wie in wie weit Bevensiepen mit Polizeikraeften gleiche Dinge noch gemacht hat, uebersehe ich nicht ganz.

A: Wurde Ihnen das irgendwie gemeldet ?

A: Nein.

F: SD-maessig unterstand Danemark dem Amt III ?

A: Ja.

F: Was hat das Amt III dort getrieben ?

A: Nachrichtendienst. Da war eine Abteilung da, die jedenfalls in der letzten Zeit einem gewissen Pahl unterstand.

F: Gut. Die Verbindung zwischen SD, Amt III, und Gestapo Amt IV ist nicht wegzuleugnen und sehr oft hat das Amt IV die Arbeit fuer Amt III gemacht. Das wissen Sie auch.

A: Was fuer eine Arbeit meinen Sie ? Sie durften das nicht.

F: Das sind so viele Sachen. Herr Schwerd durfte auch die Leute nicht erschliessen. Also, mit einem Argument: sie durften das nicht machen, koennen Sie mich nicht ueberzeugen, dass sie das nicht gemacht haben.

Ich weiss jedenfalls, dass die Leute von Amt IV selber darauf gewacht haben, dass die anderen ihnen keine Konkurrenz machen.

A: Man hoerte, dass SD-Maenner Vollzugs-Handlungen vorgenommen hatten und das Amt IV scharf dagegen protestierte.

F: Schoen; dann erzählen Sie mir was von Amt ~~IV~~
Was haben die dort angestellt ?

A: Was soll ich erzählen ? Also bis 1940, wo ich
noch in Berlin war, war das Amt ~~IV~~ eine normale Exekutiv-Zentrale.
In Danemark war also eine Abteilung ~~IV~~ vorhanden beim Befehlshaber
der Sicherheitspolizei. Die hat eben die Exekutiven durchgeführt,
das heisst Festnahmen und Ermittlungen gemacht, hat versucht, die
Widerstandsorganisation aufzuklären und aufzurollen ...

F: Mich interessiert nur: was hat sie Verbotenes
gemacht ?

A: Meinen Sie den Gegenterror ? Ich sagte schon, mir
ist nicht bewusst, ob Boveniepen das mit eigenen Leuten gemacht hat
oder ob andere Kräfte daran beteiligt waren.

F: Warum war das nicht gekennzeichnet ? Schwerd war
ein sehr ehrgeiziger Mensch. Ich bin anderer Ansicht ueber Schwerd,
als Sie sind. Das Unternehmen Schwerd, das Unternehmen "Peter"
ist eine Angelegenheit, die selbst heute von ihren Urhebern als
kriminell bezeichnet wird und die Urheber moechten es nicht gerne
wahr haben.

Ich bin durchaus nicht Ihrer Ansicht, wie Sie den guten
Freund Peter Otto Schwerd charakterisieren als den Mann, der
innere Hemmungen hatte, wenn er jemand umlegen musste.

F: Ich kann nur festlegen, was er mir selbst gesagt hat.
Es ist durchaus moeglich, dass er sich bei mir so gestellt hat,
denn es war ihm bekannt, dass ich gegen diese Sache war. Es ist

war auch bekannt, dass ich in der Besprechung bei Hitler gegen die Sache Stellung nahm. Ich nehme an, dass Kaltenbrunner ihm das auch gesagt hat.

F: Wer Skorzeni auch dabei ?

K: Nein.

F: War Schellenberg dabei ?

A: Nein.- Darf ich vielleicht bemerken; es ist eine Liste von den Opfern Schworck's vorhanden. Es wurde dort von der Polizei eine solche Liste angefertigt. Das war eine Gruppe von Dänen, die dem sogenannten Schalburg-Korps angehörten und dann von Pancke übernommen wurden als eine Art Hilfs-Polizei. Und, wie ich aus dieser Liste ersah, auch selbständig solche Aktionen gemacht haben.

F: Wer war der Kommandierende dieses Schalburg-Korps ?

A: das war ein ehemaliger dänischer Offizier, Kp. Martinsen, der während des Krieges als Freiwilliger in der Waffen-SS war und den Rang eines Obersturmbannführers hatte. Der hat dieses Korps gegründet im Frühjahr 1943, und zwar auf Veranlassung der Germanischen Leitstelle, Untersturmbannführer Bausen.

F: Nun möchte ich wissen die höhere Befehlsgewalt usw. die nach Berlin führt.

A: Befehlsgewalt kann man schwer sagen. Das Schalburg-Korps war an sich ein dänischer Verein. Es wurde zunächst gegründet fuer den Zweck, Freiwillige zu werben fuer die Waffen-SS.

F: Aber es gab nie eine daenische Waffen-SS-Einheit ?

A: Doch. Es gab zunaechst das Freikorps Danemark, das von dem nachher in Russland gefallenen Schalburg gefuehrt war - daher der Name - und wurde spaeter, als diese sogenannten Legionen aufgeloeset wurden, uebernommen in die Waffen-SS unter General Steiner.-

Die germanische Leitstelle hatte die Aufgabe, fuer den Nachwuchs der Waffen-SS zu sorgen, sollte Ersatz schaffen und als Hilfsmittel fuer diese Werbung wurde Anfang 1943 das Schalburg-Korps gegrundet. Es wurde damals ein Gehoeft erworben und dort fanden Kurse statt; das nannte sich Hoevelte. Und Leute, die an diesen Kursen teilgenommen hatten, sollten dann Angehoerige der Waffen-SS werden.

Martinsen wurde dann Chef des Schalburg-Korps und der entwickelte dann zusammen mit einem Dr. Karl Popp-Matsen den Ehrgeiz, dass sein Schalburg-Korps eine eigene Politik verfolgte. Er suchte der alten daenischen nationalsozialistischen Partei - damals noch unter dem Dr. Klausen - Konkurrenz, wollte also selbst der Fuehrer einer daenischen nationalsozialistischen Bewegung sein. Diese Tendenzen liefen also im Schalburg-Korps nebeneinander her. Einerseits Die Werbung fuer die Waffen-SS einerseits und andererseits eigene Politik der Wehrmacht.

F: Wer war der Chef der Germanischen Leitstelle in Berlin ?

A: Berger, unter ihm Dr. Rietweg und nach ihm Spatzmann.

F: Was hat das Schalburg-Korps an schlimmen Sachen auf dem Gewissen?

A: Soweit ich es überblicken kann, das Schalburg-Korps selbst nicht, denn das Korps hat eigentlich nichts Rechtes getan, sondern es hat versucht zu organisieren und Leute zu werben, und wollte die Leute fuer sich festhalten. Martinson versuchte eigene Politik zu machen und hat zu diesem Zweck einen eigenen Nachrichtendienst aufgezogen, sagen wir mal einen eigenen SD und fuer den interessierte sich nachher die deutsche Polizei und diese ganze Gruppe, die sich Mitternachts-Tjeneste, abgekuerzt "MT" nannte, wurde dann von Facke uebernommen als sogenannte Hilfspolizei, die abgekuerzt "Hipo" genannt wurde. Von dieser Gruppe weiss ich - aus dem Material, das mir von den daenischen Herren vorgelegt wurde - dass eine ganze Serie von Gegen-Terror-Aktionen dieser vorgeworfen wird.

F: Wissen Sie welche?

A: Nein; ich habe nur die Liste vorgezeigt bekommen.

F: Unsere Unterhaltung werden wir in den naechsten Tagen fortsetzen.

Interview v. 21.1.47

14-2010-53

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

1948/56

V e r n e h m u n g

von Dr. Werner B e s t durch Mr. ROSELL

in Nuernberg am 21. Januar 1947, 14.00 - 15.00 Uhr

German court reporter: A. Seefried

F: Was ist Ihr voller Name ?

A: Karl Rudolf Werner Best. Werner ist mein Rufname.

F: Stehen Sie auf, erheben Sie Ihre rechte Hand und wiederholen Sie den Eid: "Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde, so wahr mir Gott helfe."

(Der Zeuge wiederholt den Eid)

Sie wissen, dass Unterlassungen in Ihrer Aussage unter Eid als ebenso schwere Verfehlungen betrachtet werden, wie falsche Aussagen unter Eid ?

A: Ja.

F: Wann sind Sie geboren ?

A: Am 10. Juli 1903 in Darmstadt.

F: Geben Sie mir bitte Ihre Schulen an.

A: Humanistisches Gymnasium von 1912 bis 1921, Universität von 1921 bis 1925 in Frankfurt/Main, Freiburg und Giessen.

F: Wo machten Sie Ihr Staatsexamen ?

A: Das Referendar-Examen in Gießen 1925, das Assessor-Examen in Darmstadt 1928 vor der Hessischen Kommission.

F: Ihre weitere Laufbahn ?

A: Seit 1929 Gerichtsassessor in der hessischen Justiz, seit 1933 Regierungsrat im hessischen Innenministerium, seit 1935 Oberregierungsrat im Geheimen Staatspolizeiamt Berlin, seit 1936 Ministerialrat, seit 1937 Ministerialdirigent im Reichsministerium des Innern, vom Mai 1940 bis 1942 im Wehrdienst als Militäerverwaltungsbeamter, seit 1942 Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt und Reichsbefehlsmächtigter in Danemark.

F: Geben Sie mir bitte Einzelheiten ueber die verschiedenen Positionen, die Sie seit 1933 hatten und ueber Ihre verschiedenen Aufgaben in den bestimmten Ämtern.

A: Zuerst Regierungsrat und Leiter der Polizei-Abteilung im hessischen Innenministerium. Im Geheimen Staatspolizeiamt wurde ich Leiter der Abteilung I (Verwaltungs- und Rechtsangelegenheiten); im Reichsinnenministerium war ich Leiter des sogenannten Amtes I der Sicherheitspolizei, wiederum Verwaltungs- und Rechtsangelegenheiten. Ende Mai 1940 bin ich dann ausgeschieden und zur Wehrmacht eingezogen worden.

Dann wurde ich vom Oberkommando des Heeres in die Militäerverwaltung berufen und ^{war} als Kriegsverwaltungschef, wie die Bezeichnung lautete, beim Militärbefehlshaber in Frankreich tätig. 1942 erfolgte meine Übernahme ins Auswärtige Amt und Entsendung nach

Kopenhagen als Reichsbevollmächtigter in Dänemark.

F: Wann sind Sie in die Partei eingetreten?

A: Im November 1930.

F: Ihre Partei-Nummer?

A: Ich weiss sie nicht genau; etwa um 345 000.

F: Waren Sie Mitglied der SS?

A: Ja.

F: Seit wann?

A: Seit 1931.

F: Welche Nummer?

A: Weiss ich nicht mehr.

F: Was war Ihr Dienstgrad?

A: Der letzte Dienstgrad war Obergruppenführer als Ehren-Dienstgrad. Ich habe niemals eine Funktion in der SS bekleidet.

F: Was war Ihr militärischer Dienstgrad?

A: Mein militärischer Verwaltungstitel war: Kriegsverwaltungs-
Ref.

F: Das entspricht?

A: Einen Generalmajor.

F: Von 1942 bis 1945 waren Sie Reichsbevollmächtigter in Dänemark. Ich möchte genaue Einzelheiten über Ihre dortigen Aufgaben.

A: Ich hatte die Funktion des deutschen Gesandten und gleichzeitig hinsichtlich der Besatzungs-Angelegenheiten, also gegenüber der deutschen Wehrmacht, die Funktion einer zivilen Besatzungsbehörde. Ich hatte also die Reichsinteressen gegenüber dem Lande Dänemark insgesamt zu vertreten und hatte ausserdem die Besatzungs-Interessen zwischen der deutschen Wehrmacht und dem dänischen Staat, der dänischen Regierung zu vermitteln.

F: Wie weit hing Ihr Amt mit dem SS-Hauptamt auf dienstlichem Gebiet zusammen?

A: Einen direkten Kontakt mit dem SS-Hauptamt hatte ich nicht. Ich unterstand dem Auswärtigen Amt und hatte nur ueber das Auswärtige Amt mit den Reichsbehörden zu verkehren.

F: Welches war der indirekte Kontakt?

A: Es bestand in Dänemark eine - sagen wir mal - Ausenstelle, Expositur des SS-Hauptamtes, die Germanische Leitstelle.

F: Die Abteilung D des SS-Hauptamtes, nicht?

A: Ja. Die Zentrale war in Berlin. Sie fuhrte ein Amt oder eine Abteilung D. In Kopenhagen bestand eine örtliche Germanische Leitstelle, die dem SS-Hauptamt unterstand und fuer die ich mich naturlich interessieren musste, weil meine Taetigkeit die Situation im Ausland irgendwie beruehren konnte.

F: Wer war der Leiter dieser Germanischen Leitstelle?

A: Der Leiter der Germanischen Leitstelle in Dänemark war zu-

nächst Sturmbannführer Beyson.

F: Vorname ?

A: Ich glaube Bruno; kann mich auch irren. Nach seiner Ablosung kam ein Oberführer; das war, glaube ich, Dr. Kroeger, und der letzte Leiter dieser Stelle war ein Sturmbannführer Stroehm.

F: Wollen Sie bitte die Daten der Tätigkeit dieser Leute angeben ?

A: Ich kann nur ungefähre ~~Daten~~ ^{Angaben} nach meiner Erinnerung machen: Beyson bis Mitte 1944, Kroeger anschliessend nur kurze Zeit, vielleicht zwei, drei Monate, und Stroehm wohl seit Herbst 1944, welches Monat, weiss ich nicht.

F: Wie war die Organisation dieser Germanischen Leitstelle Danzmark fuer ~~Waffen-SS~~ dienstlich aufgegliedert ?

A: In sich selbst ?

F: Ja.

A: Sie hatte Unterabteilungen, deren Inhalt und Bezeichnung ich nicht weiss, und ihr unterstand ein SS-Ersatzkommando.

F: Unter ?

A: Ich komme im Augenblick nicht auf den Namen. Das Gedächtnis lässt schon etwas nach - und ein Fuersorge-Offizier der Waffen-SS

F: Ist Ihnen der Name Hans Fechner bekannt ?

A: Ja. Den grössten Teil dieser Zeit leitete er dieses Ersatzkommando. Vor ihm war ein anderer, dessen Namen ich nicht mehr weiss.

F: Was hatte Ihr Amt mit dieser Germanischen Leitstelle zu tun ?

A: Unmittelbar nichts, denn die Taetigkeit der Germanischen Leitstelle sollte sein: Werbung von Freiwilligen fuer die Waffen-SS; mittelbar dadurch, dass jede politische Auswirkung einer deutschen Stelle mich natuerlich sehr interessieren und ich eine gewisse Kontrolle ueber die politische Seite all dieser Dinge in Anspruch nehmen musste. Ich habe also den Leiter dieser Dienststelle ersucht, in allen politischen Angelegenheiten mit mir in Verbindung zu bleiben, mich zu unterrichten und moeglicher Weise nichts zu tun, ohne dass ich gehoert worden bin.

F: Wie weit sind Sie ueber diese Werbung fuer die SS unterrichtet worden ?

A: Ich habe periodische Berichte dieser Dienststelle gesehen, zugeleitet bekommen, Abschriften von Berichten, die an die Zentrale nach Berlin gegangen sind.

F: Wie ging diese Werbung vor sich ?

A: Es wurden Werber ins Land geschickt, meistens kriegsverletzte Angehoerige, also Daenen, die schon der Waffen-SS angehört hatten, die vom Krieg verletzt zurueckgekehrt sind. Diese haben in den einzelnen Ortschaften, wo sie Kontakt hatten, wo sie Bekannte hatten, eben geworben, sind umhergereist und haben die Werbung durchgefuehrt. Auch Plakate sind angeschlagen, Flugblaetter verbreitet worden und dergleichen.

F: Herr Zeuge, Sie sagen, es war alles auf absolut freiwilliger Basis ?

A: Ja. Die Werbung war absolut freiwillig; es bestand auch keine Möglichkeit, jemanden zu zwingen, deutscher Soldat zu werden.

F: Wieviele derartige Leute wurden während der ganzen Zeit geworben ?

A: Ich glaube, von 1941 an, wo die Werbung begann, zunächst für das sogenannte Freikorps Danemark und das dauerte an sich bis zum Ende des Krieges. In den letzten Monaten gab es kaum noch Freiwillige. Nach meiner allgemeinen Kenntnis, nach meinem Eindruck, waren es etwa 3000 bis 3500 Mann, die in der ganzen Zeit geworben wurden. Wenn ich nicht irre, sind 1 000 Mann gefallen oder verwundet worden und eine grosse Zahl ist nach Ablauf ihrer zweijährigen Verpflichtung wieder ausgeschieden.

F: Kennen diese Leute von den verschiedenen nationalsozialistischen Gruppen Danemarks ?

A: Im wesentlichen.

F: Zu welchem Prozentsatz wurden Sie sagen ?

A: Ich glaube, zu 80 Prozent aus nationalsozialistischen Gruppen, seit der Grundsatz einer hoherparteilichen militärischen Kriegsteilnahme verlassen worden war. Ich muss zur Erläuterung sagen, dass Freikorps Danemark war in der allerersten Zeit, zwei bis drei Monate vielleicht unpolitisch/ aufgetragen unter einem dänischen Oberstleutnant namens Kryssing, und Kryssing hatte die Absicht, die Auf-

fassung, es sei richtig, dieses Freikorps aus Leuten, die den Kampf gegen Russland als Völkerringungssache betrachteten, aber ohne Bindung an eine Partei, aufzumachen. Da hat aber Dr. Clausen, der Führer oder Leiter der dänischen Nationalsozialistischen Arbeiter-Partei, der DNAP (die hat alles nachgemacht) durchgesetzt, dass das Freikorps nationalsozialistischen Charakter bekam, und damit war die Werbe-Basis natürlich eingeengt auf den Kreis der dänischen Nationalsozialisten.

F: Von wem, unter wessen Leitung wurde dieses Freikorps aufgestellt ?

A: Zunächst unter Leitung von Kryssing.

F: Im Namen der Wehrmacht, im Namen der SS ?

A: Es gehörte noch nicht zur Waffen-SS, sondern war in der Reihe der sogenannten Legionen, die damals fuer den Krieg gegen Russland geworben wurden. Ich weisse heute nicht - ich bin Ende 1942 erst hingekommen, wie die Eingliederung des Freikorps militärisch nachher war; jedenfalls war es noch nicht Waffen-SS, aber auch keine reguläre Wehrmacht-Formation, sondern eine der ausländischen Legionen. Kryssing und wahrscheinlich einige andere dänische Offiziere haben die Leitung zunächst in die Hand genommen und das Freikorps aufgestellt mit Genehmigung des Königs und der Regierung. Dann kam diese Umstellung auf Politik, auf eine politische Festlegung nationalsozialistischer Tendenz, und Kryssing wurde verdrängt beziehungsweise er gab selbst die Leitung ab, weil er anderer Auffassung war, und die Führung ab übernahm Schalburg, ich glaube, G.F. von Schalburg. Der

Vorname ist mir nicht ganz gelaufig. Er war auch ein ehemaliger daenischer Offizier, aber zugleich mit Dr. Clausen Fuehrer der daenischen Nationalsozialistischen Partei.

F: Und wie unterschied sich das Schalburg-Korps von der Joergensen'schen Gruppe ?

A: Jetzt muss ich zunaechst den Unterschied klarstellen. Es sind zwei verschiedene Dinge. Das Freikorps Daenemark war eine militaerische Einheit, die spaeter als "Regiment Daenemark" in die Waffen-SS uebernommen wurde (Wende 1942 auf 43) und von da an ein gewoehnliches Regiment der Waffen-SS war. Im Frueshjahr 1943 wurde von der Germanischen Leitstelle als daenische Vereinigung in Daenemark das Schalburg-Korps gegrueudet als Hilfsorganisation zur Werbung von Freiwilligen.

F: Es wurde von Daenen in Daenemark gegrueudet ?

A: Jawohl.

F: Und von wem finanziert ?

A: Von der Germanischen Leitstelle wurde es finanziert und der Leiter, der eigentliche Gruender, war ein ehemaliger daenischer Offizier, nachher Offizier der Waffen-SS K.B. Martinsen. Also, Martinsen zusammen mit einem Dr. Popp-Madsen und einigen anderen Daenen gruendeten im Einvernehmen oder auf Anregung der Germanischen Leitstelle dieses Schalburg-Korps als eine Werbe-Organisation und in einem gewissen Sinne auch Ausbildungs-Organisation fuer vormilitaeri-

sehen Ausbildung, um Freiwillige fuer die Waffen-SS zu gewinnen.

F: Wer waren die verantwortlichen Leute fuer die Finanzierung innerhalb der Germanischen Leitstelle ?

A: Es gab irgendeine Rassen-Abteilung oder so etwas sehnliches, aber wer das war, weiss ich heute nicht mehr.

F: Kennen Sie die Betraege ?

A: Nein, weiss ich auch nicht mehr auswendig.

F: Ungefuehr ?

A: Das schwankte auch.

F: Die Durchschnittssumme waehrend Ihrer Zeit ? Es kommt auf ein paar Tausend nicht an.

A: Was mag das wohl gewesen sein ? Ich versag es wirklich nicht zu sagen. Es fing vielleicht an mit einigen zehntausend Kronen, ging vielleicht mal bis zu hunderttausend und dann wieder zurueck. Ich weiss es nicht mehr.

F: Jetzt komme ich zu der Joergensen'schen Gruppe.

A: Nun, dieses Schalburg-Korps, das an sich nur diese Aufgabe haben sollte, entwickelte sich unter diesen Fuehrern, die ich nannte. Gleichzeitig oder allmaechlich hatte es den politischen Ehrgeiz oder den Wunsch, eine politische Organisation zu sein mit der Tendenz, alle daenischen Nationalsozialisten in sich zu vereinigen. Dadurch geriet das Schalburg-Korps in starken Gegensatz zur daenischen Nationalsozialistischen Partei (DNSAP), die, ich glaube, vom Mai oder April 1944

an von Kai-Ove Joergensen geleitet wurde.

F: Also, die Nationalsozialistische Daenische Arbeiterpartei und die Joergensen'sche Gruppe waren ein und dasselbe ?

A: Ja. Joergensen war der Nachfolger Dr. Fritz Clausens. Dieser Gruender und langjaehrige Leiter dieser Partei legte Anfang April, glaube ich, die Leitung nieder und das letzte Jahr hat Joergensen die Leitung uebernommen. Zwischen diesen beiden Organisationen gab es scharfe Streitigkeiten, weil das Schalburg-Korps sich bemuehte, die Angehoerigen der Partei zu sich herueber zu ziehen und eine politische Organisation zu werden.

F: Welche dieser beiden Organisationen strebte die Uebernahme der Streitkraefte an?

A: Welcher Streitkraefte ?

F: Der daenischen Armee.

A: Der daenischen Armee ? Das kann man wohl nicht sagen. Der Rest der daenischen Wehrmacht ist bereits am 29. August 1943 aufgeloeset worden.

F: Ich meine die Aufloesung, nie nicht die Uebernahme.

A: Mir ist nicht bekannt geworden, dass eine der beiden Organisationen auf eine Aufloesung hingearbeitet haette. Das Schalburg-Korps war um diese Zeit noch ganz in seinen Anfängen, sodass es schon aus Mangel an fertiger Bedeutung nicht haette auftreten koennen. Und die Clausen'sche Partei hatte nach meiner Erinnerung diesen Wunsch nicht, sondern im Gegenteil die erfolgte Aufloesung bedauert.

woll sie eine negative politische Reaktion in der dänischen Bevölkerung hervorrief. Es ist aber etwas anderes geschehen - vielleicht liegt das Ihrer Frage zugrunde.- In Berlin, das heisst im Hauptquartier, ist, wie wir unterrichtet wurden, von Himmler aus der Wunsch geäussert worden, dass die am 29. August 1943 internierten dänischen Soldaten ins Reich ueberfuehrt werden sollten, damit man sie fuer eine Teilnahme am Russland-Krieg bearbeiten koenne, also fuer eine freiwillige Meldung.

F: Von wem ist dieser Befehl dorthin geleitet worden ? Durch die Germanische Leitstelle ?

A: Nein, das ist auf Antrag Himmlers, der diese Massnahme genehmigt hat, dem Wehrmachtsbefehlshaber in Dänemark vom Wehrmachts-Fuehrungsstab, also vom Oberkommando der Wehrmacht, mitgeteilt worden. Wir haben uns beide, der Wehrmachtsbefehlshaber und ich, gegen diese Massnahme ausgesprochen, und daraufhin ist als Beauftragter von Himmler der Hr. Riedweg, der Leiter der Germanischen Leitstelle - Gruppe D, wie Sie sagten - vom SS-Hauptamt nach Dänemark gekommen und hat mit uns diese Fragen besprochen. Er hat sich sofort ueberzeugt, dass diese Massnahme hoechst ungluecklich waere und hat in meinem Namen ein Telegramm an seinen unmittelbaren Chef Berger.....

F: Gottlob Berger ?

A: Ja,.....diktiert und abgesandt, indem er von dieser Massnahme abriet und darum bat, Himmler in diesem Sinne zu beeinflussen.

F: Was geschah dann darauf ?

A: Ich habe auf meinem Dienstweg ueber das Auswaertige Amt parallel dazu einen starken Druck ausgeuebt, indem ich mit einem Lieferstreik der daenischen Bauern gedroht habe, wenn ihre internierten Soehne nun nicht bald freigelassen werden, und ebenso ablehnend di gegen diese Massnahme hat sich der General der Truppe Hanneken geaussert, und diese drei Stellungnahmen haben eben zusammen bewirkt, dass von den Massnahmen abgesehen wurde und dass Anfang Oktober die Freilassung der internierten Soldaten angeordnet wurde.

F: Ist der Anordnung Folge geleistet worden ?

A: Sofort. Es wurden kategorienmaessig zuerst die einfachen Soldaten, die Unteroffiziere und dann die Offiziere entlassen.

F: Zu welcher Zeit begannen die Deportationen von Daenen nach Deutschland ?

A: Was meinen Sie mit Deportationen ? Also den Transport von Verhafteten oder diese einmalige.....

F: Zuerst den Transport daenischer Staatsangehoeriger nach dem Reich.

A: Die erste Massnahme dieser Art wird wohl die Juden-Deportation vom 1. auf den 2. Oktober gewesen sein.

F: Welches Jahr ?

A: 1943.

F: Wem unterstand diese ?

A: Sie wurde durchgefuehrt von der deutschen Polizei.

F: Wer war das ?

A: Und zwar von einem Beauftragten, der von Berlin geschickt wurde. Die Leitung dieser Aktion uebernahm ein gewissen Guenther.

F: Was war sein Dienstgrad ?

A: Das weiss ich nicht mehr; nehme an, dass es ein Sturmbannfuhrer oder Obersturmbannfuhrer war.

F: Von welcher Stelle kam er ?

A: Von der Dienststelle Hickmann, die ja beim Amt IV attachiert war, und diese Angelegenheit bearbeitete.

F: Wieviele Juden wurden deportiert ?

A: Es wurden ungefaehr 400 bis 450 Juden gefunden und nach Theresienstadt gebracht, waehrend - ich glaube, das ist ja wohl hier bekannt - durch eine Warnung, die ich weitergegeben habe, etwa 6000 sich retten konnten, nach Schweden beziehungsweise zunaechst in die Vorborgenheit gegangen sind. Das hat sich auch auf die Juden in Theresienstadt guenstig ausgewirkt.

Ich habe ueber das Auswaertige Amt staendig darauf gedraengt, dass hoechste Sorgfalt angewandt wird, damit die Reaktion in Daenemark nicht noch staerker werde. Es wurden staendig Pakete geschickt; dazu kam freier Postverkehr, sichtlich umfangreicher Postverkehr, so dass die ganze Sache sich unter den Augen Daenemarks abspielte.

F: Um nochmals auf die Juden-Deportationen zurueckzukommen:

Wieweit hing die Stelle Gottlob Bergers mit dieser Sache zusammen ?

A: Gar nicht; sie hatte mit dieser Sache bestimmt nichts zu tun. Ich habe kein Anzeichen davon bemerkt und sie war auch sachlich in keiner Weise dafür zuständig.

F: Das war die erste Deportation ?

A: Von weiteren Deportationen kann man nur in folgendem Zusammenhang sprechen: Es sind laufend einzelne verhaftete Saboteure in deutsche Lager gebracht worden, während der Rest immer noch im Lager in Dänemark blieb; Und dann gab es noch eine Massendeportation, das war die dänische Polizei, im September 1944. Das sind die drei Gruppen: Jeden als erste, einzelne Häftlinge, die Sabotage oder ähnliche Dinge gemacht hatten, über die ganze Zeit verteilt, und dann als geschlossene Gruppe etwa 2000 Beamte der dänischen Polizei im September; die Auflösung fand am 19. September 1944 statt und am folgenden Tag wurden sie, glaube ich, weggebracht.

F: Und die Stelle Bergers, entweder durch eine andere Stelle, oder die Germanische Leitstelle waren nach Ihrer Aussage mit dieser Sache nicht verbunden ?

A: Bestimmt nicht. Die Juden-Angelegenheit wurde von der Stelle Eichmann Berlin betrieben, wurde durchgeführt mit Hilfe der deutschen Polizei, wie ich es dargestellt habe; aber einzelne Verhaftungen und Deportation oder Verbringung in deutsche Lager waren Sache der deutschen Sicherheitspolizei unter ihrem Befehlshaber Bovensiepen und dem Höheren SS- und Polizeiführer Panke. Das war laufende Arbeit der deutschen Sicherheitspolizei. Die Auflösung der dänischen

Polizei war eine Aktion des SS- und Hohenen Polizeiführers Henke.
Mit allen drei Sachen hat diese Stelle nichts zu tun gehabt.

F: Wir haben bis jetzt nur eine Tätigkeit der Germanischen
Leitstelle besprochen, und zwar die Werbung von Mitgliedern in die
Waffen-SS. Welche andere Funktionen hatte die Germanische Leitstelle
in Dänemark noch?

A: Sie hatte wohl auch den Auftrag, - so habe ich es aufgefasst -
gewisse allgemeine Propaganda in dem von Hitler gewünschten gross-
germanischen Sinne zu betreiben, sagen wir grossgermanische Propaganda.

F: In welcher Weise wurde diese Propaganda durchgeführt und
durch wen?

A: Mit Hilfe des Schalburg-Korps war es wohl beabsichtigt;
praktisch ist nicht viel daraus geworden. Ich habe nicht viel Propa-
ganda-Material gesehen.

F: War dieses Schalburg-Korps völlig von der Germanischen Leit-
stelle finanziert und angeregt?

A: Ja; aber es hat sich allmählich selbstständig gefühlt und
immer wieder betont, es sei ein dänischer Verein, ein dänisches
Korps.

F: Das ist ja natürlich, schon aus Propagandazwecken.

A: Ich will nur sagen, es ergaben sich allmählich auch Gegen-
sätze zwischen der Leitung des Korps und der Germanischen Leitstelle,
und das führte dazu, dass zum Beispiel der erste Leiter dieser Leit-
stelle, Beysen, entfernt wurde. Beysen hat diese Herren Martinsen

usw. etwas an die Kugel nehmen wollen, wollte sie so fahren, wie er es fuer richtig hielt, und diese Leute haben durch irgendwelche Verbindungen, die sie in Berlin hatten erreicht, dass der Heyzen abberufen wurde und dass die anderen nach und nach hinkamen.

F: Welche anderen Aufgaben hatte die Germanische Leitstelle in besetzten Dänemark; nur propagandistische?

A: Werbung und Propaganda. Ich habe keine anderen Aufgaben gesehen. ^{Die} in nachgeordneten Stellen haben das rein Technische bearbeitet: das Bratskocommando u.a. aerztliche Untersuchung usw., der Fuersorge-Offizier hatte die Familien- und Hinterbliebenen-Fuersorge betrieben. Das wurde von Leuten uebernommen und beaufsichtigt, die fuer das rein Technische zustaeendig waren.

F: Zum Beispiel Werbung fuer Arbeiter in das Reich?

A: Nein, das war eine ganz andere Organisation. Das war eine Abteilung in meiner Behoerde. Ich hatte eine Abteilung Arbeit, die schon bestand, als ich kam, wohl seit 1940, wo alle diese Vertraege abgeschlossen wurden, nach denen auch Arbeiter nach Deutschland uebernommen werden sollten, und diese Dienststelle hat mit einem eigenen Apparat Arbeiter-Werbung betrieben, hat Werbestellen in mehreren dänischen Staedten gehabt, hat dort diese Leute angenommen, auch Propaganda dafuer gemacht usw.

F: Wie war Ihre Beziehung zu Berger? Sie kennen Berger persoenlich?

A: Ja, natuerlich, persoenlich. Ich habe ihn waehrend des Krie-

ges, glaube ich, zweimal gesehen, als er Kopenhagen besuchte beziehungsweise auf der Durchfahrt nach Norwegen sich dort befand.

F: Was war seine Aufgabe auf der Durchreise?

A: Er besuchte seine Dienststelle und hat sich ueber die Lage informieren wollen. Bei einem kurzen Aufenthalt in Kopenhagen hat er einen Gedenkstein fuer gefallene Freiwillige eingeweiht und hat sich von seinen Leuten Vortrag ueber die Lage, die Taetigkeit usw. halten lassen.

F: Wie hing Ihre Stelle mit Berger persoenlich zusammen? Oder ging das alles ueber die Germanische Leitstelle?

A: Ja, ich habe mit Berger direkt nichts zu tun gehabt.

F: War die Germanische Leitstelle unabhängig von anderen Stellen soweit sie in Danemark arbeitete?

A: Ja, ich habe selbstverständlich eine gewisse - ich moechte sagen politische Kontrolle in Anspruch genommen; aber sonst arbeitete sie ganz unabhängig und war nur ihrer Zentrale in Berlin unterstellt.

F: Wollen Sie die Namen der Leute anfuehren, die in der Germanischen Leitstelle taetig waren, sowie die verschiedenen Aemter, die sie bekleideten?

A: Das kann ich nicht mehr. Ich habe diese Leute nur hier und da gesehen, aber die Namen ausser den Leitern dieser Dienststelle, mit denen ich persoenlich auch nur hin und wieder gesprochen habe, kann ich nicht. Die anderen habe ich nur ab und zu mal gesehen; es waren alle

nur kleine Leute, Untersturmfuehrer usw.

F: Was ist Ihnen ueber die Taetigkeit Bergers als Leiter des Kriegsgefangenenwesens bekannt ?

A: Nur die Tatsache als solche; Einzelheiten weiss ich nicht. In Daenemark gab es keine Kriegsgefangenen. Ich habe also in Daenemark keine Beobachtungen machen koennen, habe nur allgemein erfahren, dass er diese Funktion einmal bekommen hat.

F: Es sind Ihnen einige Fragen gestellt worden ueber die Arbeitsdienstpflicht in Daenemark. Sie haben angegeben, dass es Freiwillige waren, die sich gemeldet haben.

A: Ja.

F: Bis zu welchem Jahr waren Sie in Daenemark ?

A: Ich war vom 5. November 1942 bis zum Ende des Krieges in Daenemark.

F: Waren Sie ueber die Weise, in welcher die Arbeitsdienstpflicht in anderen besetzten Laendern, Holland, Belgien, organisiert war, informiert ?

A: Nur in grossen Zuegen, nach dem, was man durch die Presse und ueber andere Wege erfuhr.

F: Waren die Richtlinien dieselben ?

A: Das weiss ich nicht, denn in Daenemark war das besondere Verhaeltnis, dass nur freiwillige Arbeitsvertraege abgeschlossen wurden.

F: Welche Organisation haben Sie zur Ausfuehrung dieses Pro-

gramm verwendet ?

A: Fuer die Arbeiterwerbung ? Da hat meine Abteilung eigene Werbestellen gehabt.

F: Haben Sie auch Dänen dazu verwendet ?

A: Ich glaube - halt mal - als Angestellte wohl; Die Leiter der Dienststelle waren Deutsche.

F: Wie hoch ist ungefähr die Gesamtzahl von Dänen, die nach Deutschland dienstverpflichtet wurden ?

A: Verzeihung, eine Dienstpflicht bestand nicht, es war eine Freiwilligen-Werbung. Minimals

F: Wieviele ?

A: Zusammen - das fluktuierte.

F: Ungefähr ?

A: Vielleicht als Gesamtzahl von 1940 bis 1945 - 30 000.

F: Wie erklären Sie dann, dass in anderen Ländern nach 1943 eine tatsächliche Dienstpflicht bestanden hat und dass es in Dänemark anscheinend nur Freiwillige waren ?

A: Weil Dänemark in jeder Hinsicht anders behandelt wurde wie Länder, die kriegerisch besetzt waren. Dänemark war vertraglich besetzt auf Grund von Verträgen, die man 1940 abschloss. Holland, Belgien waren im Kriege besetzt.

F: Trotzdem; die deutsche Armee ist doch eingezogen, war doch nicht vorher da.

A: Aber es ist ein Vertrag ueber die Art der Besetzung geschlossen.

worden und er wurde im wesentlichen auch eingehalten. Deswegen wurde von jeder Zwangsmaßnahme hinsichtlich Arbeit abgesehen..

F: War Berger während ihrer Zeit in Dänemark ?

A: Ich sagte, zweimal, glaube ich.

F: Hat er dort Reden gehalten ?

A: Eine Einweihungsrede fuer ein Denkmal der gefallenen Freiwilligen.

F: Hat er damals auch ueber eventuelle territoriale Aenderungen gesprochen ?

A: Nein. Ich habe diese Rede gehoert; sie hat damit nichts zu tun gehabt.

F: Wer unterzeichnete in dieser Art ? (Es wird ein Zettel ueberreicht)

A: Das war also das Oberkommando der Wehrmacht, der Wehrmachtsfuhrungsstab im Hauptquartier. Welche Abteilung, welcher Mann, weiss ich nicht; aber es war diese Dienststelle.

F: Wer war Befehlshaber Dänemark Ia ?

A: Ja, das war in der letzten Periode ein Oberstleutnant Toepke.

F: 1943 ?

A: Wann er gekommen ist, weiss ich nicht und wer vor ihm diese Stellung hatte weiss ich nicht mehr; an den Namen erinnere ich mich nicht.

F: Da nochmals auf die Juden-Transporte, die von Dänemark aus-

gingen, zurueckzukommen: wieviele, sagten Sie ?

A: Nach meiner Kenntnis etwa 400 bis 450; dazwischen muss es etwa liegen.

F: Ich habe hier eine Zahl von 6 000.

A: 6 000 sind verschwunden; diese konnten weggehen auf Grund der Warnung, die ich ausgegeben habe. Es wurde eine Gesamtzahl von 6 000 errechnet.

F: Ich habe hier ein Fernschreiben, das von 6 000 Deportierten spricht.

A: Das ist ohne weiteres zu klären, denn die daenischen Behoerden in Kopenhagen haben die genaue Zahl; die steht genau fest.

F: Ist Ihnen bekannt gewesen, dass Berger mit der Juden-Deportation beauftragt war ?

A: Nein, ich halte es auch fuer unrichtig, denn ich weiss ja, wer es gemacht hat.

F: Sie ist durch die deutsche Polizei durchgefuehrt worden ?

A: Ja, und zwar von dieser Stelle Eichmann, durch einen gewissen Guenther. Das ist eine Stelle, die mit Berger nichts zu tun hat. Es liegt in Kopenhagen alles genau fest.

F: Wann wurde diese Juden-Aktion durchgefuehrt, sagten Sie ?

A: In der Nacht auf k vom 1. auf 2. Oktober 1943.

F: Ja. - Das ist alles fuer heute.

Intenz. 14242

25-00412006

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Interrogation Nr. 308 A
Auf Veranlassung von
Mr. DRINK - 28 Section

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
1948/56

Vornahme des Dr. Werner BEST
am 14.2.47 durch: Mr. MODERL
von 10.30 - 11.30
Stenografin: Hilse Dittmar.
Anwesend waren: Mr. DE Vries,
Mr. BUNDS

- 1.F. Was ist Ihr voller Name ?
A. Karl, Rudolf, Werner BERT. Werner ist der Rufname.
2.F. Sie sind derselbe Werner BERT, der schon vorher vernommen wurde ?
A. Ja wohl.
3.F. Sie wissen, dass Sie unter Eid stehen ?
A. Ja wohl.
4.F. Sprechen Sie Englisch ?
A. Nein leider nicht.
5.F. Was waren die Beziehungen BERGER'S zur Gestapo in Dänemark ?
A. Die Verbindungen BERGER'S zur Gestapo sind mir nicht bekannt. Ich habe schon ausgeführt, dass Berger in Dänemark eine Dienststelle hatte, die sich "Gemeinnützige Leitstelle" nannte.
6.F. Was waren die Beziehungen der Gemeinnützigen Leitstelle zur Gestapo ?
A. Die Beziehungen der Gemeinnützigen Leitstelle zur Gestapo sind mir nicht bekannt.
7.F. Bekannte Sie den Leiter der Gemeinnützigen Leitstelle, Herr BERGER, persönlich ?
A. Ja, ich habe ihn persönlich kennen gelernt.
8.F. Bekannte Sie auch den Leiter der Gestapo in Dänemark, Herr BERGER, persönlich ?
A. Ja, ich habe ihn persönlich kennen gelernt.
9.F. Was waren die Beziehungen zwischen BERGER und OHLINGHOFF ?

in Dänemark?

A. Diese beiden waren doch in Berlin.

10.F. Die ganze Zeit ueber?

A. Ja. BURGHE ist vielleicht ein oder zweimal nach Dänemark gekommen und OHLENDORF ist in der Zeit wo ich in Dänemark war nicht dort gewesen.

11.F. Ist Ihnen bekannt, dass in der Zeit wo Sie in Dänemark waren, auch OHLENDORF dort war?

A. Ich glaube mich zu erinnern, dass er fruher dort war.

12.F. In welcher Zeit?

A. Es muss schon vor dem November 1942 gewesen sein. Ich bin am 5. November 1942 nach Dänemark gekommen und seit Ende des Krieges war OHLENDORF nicht mehr dort, es muss also schon vorher gewesen sein.

13.F. Was ist Ihnen ueber das Unternehmen PETER bekannt?

A. Damit ist gemeint der Gegenstarref, der auf Anordnung HITLER'S in Dänemark ausgesetzt wurde und zwar zeitweise von einem gewissen SCHWERTT.

14.F. Was ist sein Vorname?

A. Ich glaube PETER, er wurde so bezeichnet.

15.F. Geben Sie diese Leute an, die in diesem Unternehmen eine fuhrernde Stellung hatten?

A. SCHWERTT unterstand dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei RUF EISENBERGER. (GIEREN)

16.F. Fuehren Sie das weiter aus?

A. Ja. Sie fragten mich wen er unterstand?

17.F. Wann wurde dieses Unternehmen durchgefuehrt?

A. Nach dem 30. Dezember 1943 ist dies gewesen. Es fand in dem Hauptquartier bei HITLER eine Besprechung statt, wo HITLER den Befehl dazu gab.

18.F. Waren Sie dabei anwesend?

A. Jawohl.

19.F. Wer waren die anderen die dabei anwesend waren?

A. Wenn ich darauf hinweisen darf, dass dies alles auch ganz ausdrucklich und ausfuhrlich in den Dokumenten steht, die in Dänemark sind. Es war General HANSTEDEN und General und hocherer SS Fuehrer HANKE anwesend, von dem Hauptquartier waren eine ganze Reihe von Leuten

-X-

anwesend wie KRITTEL, JOBEL, HEDLER.

20.F. War WARLMONT dabei ?

A. Ich glaube nicht. KALTENBRUNNER war dabei.

21.F. BERGER ?

A. Nein.

22.F. Wer waren die Vertreter hierzu aus von dem SS Hauptamt ?

A. Es war HEDLER mit ^{BRUNKE} HANKE und KALTENBRUNNER von seiten der Polizei und ich von seiten des Auswärtigen Amtes und im übrigen waren es Gensersale.

23.F. Was wurde da gesprochen?

A. HITLER hat in langer Rede seine Meinung auseinandergesetzt, dass die bisherigen Mittel gegen den Terror in Dänemark nicht ausreichend waren und er gab Befehl, dass mit gleichen Mitteln gegen diesen Terror eingeschritten werden muss, also wurde vorgeloten. Überfälle mit Überfällen, Sprengungen mit Sprengungen. Ich habe ihm hier widersprechen auch HANKE hat Einwendungen gemacht, aber HITLER blieb bei seiner Meinung und er gab den Befehl an HEDLER der dann durch HANKE ausgeführt wurde.

24.F. In welchem Zusammenhang stand SCHULTZ dazu ?

A. Er war der Führer einer Truppe die diese Leute gestellt hatte, also diesen SCHULTZ mit einigen anderen Leuten und diese Truppe wurde nach Dänemark geschickt. Sonst hatte er nichts mit dieser Sache zu tun, da die Regelung in einzelnen bei den Polizei-Leuten lag.

25.F. Wie lange hat dieses Unternehmen gedauert ?

A. Das dauerte bis zum Ende des Krieges, in den letzten Monaten versickerte es, aber grundsätzlich hat es bis zum Ende des Krieges gedauert.

26.F. Wie war die Teilnahme MARTENSINS an diesem Unternehmen ?

A. Er hatte keine Aufträge dazu, ich glaube er hat mal in einem Falle auf eigene Faust eine Suchne massnahme durchgeführt, weil mehrere Männer getestet wurden und nachher wurde er dann von HANKE nach Deutschland geschickt wo er in Berlin festgenommen wurde.

27.F. Ich möchte hierzu nur bemerken, dass Ihre Aussage der Wahrheit nicht

entspricht. Wir wissen dass BARKER in dieser Angelegenheit t2chtig war, und dass auch der Grund hier etwas anderes sein musste. Er hatte einen Schwelpe gehabt und dann sagte er die Leute im Schallhaus hatten es getan, der Grund weil er diese Bemerkung machte, ist der, dass er selbst Teilnehmer war an vielen dieser Sachen, er wollte damit die Schuld von sich abwälzen.

A. Verzeihung, aber ich kann auch nur das sagen was ich selbst geh2rt habe. Die Polizei in D2nnemark unterstand mir ja nicht. Ich weiss, dass BARKER sehr 2rgerlich war, dass MARTINSEN in einer Falle solche Unannehmlichkeiten machte und ich glaube, dass dies der Grund war, warum man MARTINSEN nach Berlin schickte.

28.F. Wer hat MARTINSEN verhaftet ?

A. Die Deutsche Polizei in Berlin.

29.F. Auf Befehl von wem ?

A. Wer den Befehl gab, das weiss ich nicht, auf Veranlassung von BARKER.

30.F. Kam der Befehl vom Reichsf2hrer ?

A. Das ist m2glich, ich weiss es nicht. Ich darf Sie nochmal darauf aufmerksam machen, dass die Dinge in Kopenhagen festliegen, man kann alles feststellen lassen, ich stehe hier unter Eid und ich sage die Wahrheit.

31.F. Wenn Sie sagen, dass MARTINSEN nur in einer Angelegenheit Teilnehmer war an dem Unternehmen PETER, meinen Sie dass MARTINSEN pers2nlicher Teilnehmer war in einer Angelegenheit oder im Zusammenhang mit dem SCHALLING-Korps ?

A. MARTINSEN machte das nicht pers2nlich, sondern er schickte andere Leute von seinem Korps. BARKER hatte eine Gruppe aus dem SCHALLING-Korps in seinen Dienst genommen und mit diesen Leuten wurden Unternehmen durchgef2hrt, es waren Leute von der NIPO-Hilfspolizei.

32. F. Wer hatte die F2hrung dieses Korps ?

A. Es war ein Mann aus der Gruppe selbst der auf Weisung von BARKER handelte. Es war einmal ein gewisser PETERSEN der erschossen worden ist, er war einmal F2hrer dieser Gruppe gewesen, nach ihm war es ein anderer gewesen.

33.F. Wer war MARTINSEN'S Vorgesetzter ?

Von Vorgesetzten ist da kaum zu sprechen, das SCHALLBURG-Korps bezeichnete sich als selbststaendige Daenische Organisation.

34. F. Wer war MARTENSEN'S unmittelbarer Vorgesetzter ?

A. Das Korps wurde gegruendet auf Veranlassung der Germanischen Leitstelle und diese beabsichtigte eine Kontrolle auf das Korps auszufuehren, doch ich weiss nicht in welchem Mass die Kontrolle der Germanischen Leitstelle effektiv wurde. Es wurde auch selbstverstaendlich nicht geduldet wenn sich das Korps in einer Weise gegen die Reichsinteressen verstellen hat. Ich weiss, das lautete in Einzelheiten anders, als es die Germanische Leitstelle haben wollte.

35. F. Doch ich glaube kaum, dass man in Daenemark eine bewaffnete Einheit frei herum laufen lassen wurde ?

A. Soweit man von einer bewaffneten Einheit sprechen kann. Das unterstand dem hoeheren Polizeifuehrer direkt.

36. F. Unterstand dies MARTENSEN ?

A. Ja, nur soweit als die Leute des Bataillons Mitglieder des SCHALLBURG Korps waren. Das Ganze unterstand RINGSTEDT dem hoeheren SS und Polizeifuehrer.

37. F. War das SCHALLBURG Korps Teilnehmer in diesem Unternehmen FETTER ?

A. Nein, ich habe es so aufgefasst, dass ER von seiten der Polizei das Eingreifen MARTENSENS als Konkurrenz ausgelegt wurde. Das SCHALLBURG KORPS fuehrte die Terroristen Aktionen unter DANKE durch.

38. F. War das im Zusammenhang mit dem Unternehmen FETTER oder anderen Aktionen ?

A. Das war parallel, er war nicht dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei unterstellt, dieser hatte meiner Kenntnis nach den Leuten nichts zu befehlen. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass sich MARTENSEN seit 1945 in daenischer Haft befindet und dass der ganze Fall von den daenischen Behoerden aufgeklaert wurde.

Mein Gedächtnis ist nach 2 Jahren Gefangnis nicht mehr gut.

In Daenemark liegt alles exact fest, bis ins kleinste Detail.

39. F. Wo ist TORGEN jetzt ?

A. Das weiss ich nicht, ich erinnere mich nur dem Namen noch.

40. F. Das war doch MARTINSEN'S Adjutant ?

A. Ich erinnere mich nicht gehoert zu haben, dass er in Daenemark war, das haette ich doch sicher in Kopenhagen gehoert.

41. F. Was waren die Beziehungen zwischen KROENKE und BERGER ?

A. Ich habe nur einmal von der Formation des KROENKE gehoert, das war als SCHWARTZ von der Polizei nach Daenemark geschickt wurde.

42. F. Hatte diese Formation als sie nach Daenemark geschickt wurden, ausländische Uniformen oder waren sie civil.

A. In Civil.

43. F. Koennen Sie mir Auskunft geben ueber die Beziehungen BERGER und KROENKE ausserhalb Daenemarks ?

A. Das weiss ich nicht.

44. F. Koennen Sie mir etwas sagen ueber die Beziehungen zwisc der Dienststelle des Kriegsgefangenenwesens und der Dienststelle SS Jagdverbände ?

A. Nein, davon habe ich nichts gehoert.

45. F. 1943 war in Daenemark eine FUL-Regierung ist Ihnen das bekannt ?

A. Ja, die war bis 1942.

46. F. Die waren doch etwas feindlich gegenüber den Deutschen eingestellt ?

A. Das kann man nicht sagen. Der Ruecktritt dieser Regierung FUL erfolgte auf Grund der Forderung HITLER'S, der eine Demonstration gegen den Koenig von Daenemark haben wollte. Diese Veranstaltung 1942 wurde hervorgerufen, dass der Koenig von Daenemark auf ein Geburtstagstelegramm

RESTRICTED

-7-

in einer von HITLERs Meinung sich unbeeinträchtigt dazu geäußert hat HITLER war beleidigt und verlangte als Demonstration gegen diese angebliche Beleidigung unter anderem den Rücktritt der Regierung SUL, dies wurde durch den deutschen Außenminister RIBBENTROP dem dänischen Außenminister SOGAARD in Herbst 1942 eröffnet. Die Regierung trat zurück und dies wurde dann völlig verfassungsmässig von dem dänischen Reichstag bestätigt und eine neue Regierung unter Außenminister SKORVA gebildet, diese Regierung blieb im Amt bis zum 29. August 1943.

47.F. Wie wurde das gemacht, als die Regierung zurücktrat ?

A. Es wurde auf Grund der deutschen Reichsregierung die Forderung des Rücktrittes durch den deutschen Außenminister dem dänischen Außenminister gesagt.

48.F. Hatte der Reichsführer mit dieser Sache zu tun ?

A. Das ist mir nicht bekannt.

49.F. Wer sonst hatte in der Dienststelle vom Reichsführer damit zu tun ? Vielleicht die Germanische Leitstelle ?

A. Das weisse ich nicht, ich glaube nicht, ich war ja im auswärtigen Amt und da hätte ich das sicher erfahren. Mir wäre das sicher bekannt gewesen, wenn eine andere Stelle da mitgewirkt hätte.

50. F. Was war die Aufgabe RIEDWEG's in Dänemark ?

A. Er selbst hatte ja in Dänemark keine Aufgabe zu erfüllen. Dort war die Germanische Leitstelle Dänemark. RIEDWEG war als Chef der Dienststelle in Berlin und Vorgesetzter als Chef in Kopenhagen. Er selbst war einige Male in Kopenhagen um dort Sachen zu besprechen, nur einmal war er zu einem Spezialzwecke dort, das war als HIMMLER die dänischen Soldaten, die bei dem Ausnahme-Zustand 1943, interniert wurden, nach Deutschland bringen wollte, um sie fuer den Russland Krieg zu gewinnen. Hier kam RIEDWEG im auftrage BERGER's nach Kopenhagen um den Auftrag der deutschen Truppen

INTERVIEW

-8-

zu besprechen und er hat sich selbst davon überzeugt, dass diese Maßnahmen die getroffen wurden falsch waren, er hat dann ein Telegramm nach Berlin geschickt, in dem er davon abgeraten hat.

51.F. Was ist Ihnen sonst noch weiter RIEDWEG'S Tätigkeit bekannt?

A. Ich weiss darüber nicht mehr, als ich im Zusammenhang mit Dänemark erfahren habe. Über seine persönlichen Angelegenheiten kann ich nichts sagen, er war als Schweizer sehr verständnisvoll und mir gegenüber sagte er immer, wie sehr er mit meiner Politik einverstanden sei.

52.F. Im Zusammenhang mit dieser Frage weiter RIEDWEG, ist Ihnen etwas von der Aktion S bekannt?

A. Davon habe ich nichts.

53.F. Haben Sie im Zusammenhang dieser Fragen wegen der FUL-Regierung von seiten HINER'S Briefe weiter diese Angelegenheit erhalten?

A. Da konnte ich mich nicht entsinnen. Ich bin nach Dänemark gekommen als die Regierung FUL zurückgetreten war. Ich kam am 5. November 1942 nach dort und einige Tage vorher war schon die Forderung des Austritts durch HIBBERG-TROP an BRONVISTEN ausgesprochen wurde. Ob mir in diesen Fragen geschrieben wurde, weiss ich nicht mehr.

54.F. Ich möchte Ihnen jetzt einige andere Fragen stellen?

In Dänemark gab es die SS- und Polizeigerichte. Wann sind die SS und Polizeigerichte in Dänemark errichtet worden?

A. Das war nach Einrats des SS und höheren Polizeiführers, im Herbst 1942.

55.F. Was war die Gerichtsbarkeit von den SS- und Polizeigerichten?

A. Es war das einzige Gericht in Kopenhagen, die Gerichtsbarkeit erstreckte sich nach 8 Seiten. Einmal fuer die Angehörigen der Polizei und SS und dann als Feldgericht der Polizei, hauptsächlich gegen Partisanen, Leute die sa-

VERHÖR

-9-

betrierten usw.

56.F. Was waren die Repräsentationen oder ähnlichen Maßnahmen?

A. Es war ein normales Gerichtsverfahren, genau wie bei den Wehrmachtengerichten.

57.F. Wem unterstand das SS und Polizeigericht?

A. Der Gerichtsherr war der höhere SS und Polizeiführer.

58.F. Aber wem unterstand das Gericht, oder welcher Dienststelle?

A. Dienststelle kann man nicht sagen, die ^{das} ~~ganze~~ Hauptstadt, ^{Personalangelegenheiten} nicht das SS Gericht bei HIMMLER, das hat die ~~persönlichen~~ in dieser Richtung bearbeitet.

59.F. Wo legten die Leute Revision ein?

A. Das gibt es bei Feldgerichten nicht.

60.F. Sind Sie jemals bei Kriegsverichts-Abteilungen tätig gewesen?

A. Nein.

61.F. Haben Sie den Adjutanten SS Obersturmführer BEST gekannt, der bei einer solchen Abteilung tätig war?

A. Ja, das ist mein Bruder Dr. WALTER BEST.

62.F. Wo ist er jetzt?

A. Er ist interniert in Darmstadt.

63.F. Ich komme auf RIEDNER zurück, war er während der Zeit, wo das Unternehmen PETER lief in Dänemark?

A. Wenn Sie die ganze Zeit meinen von Ende 1943 oder Anfang 1944, bis zum Ende des Krieges?...

64.F. Hat RIEDNER diese Angelegenheit mit Ihnen besprochen?

A. In dem Sinne, dass ich ihm meine Meinung, also die Ablehnung in dieser Angelegenheit sagte und er stimmte mir zu. Ich besprach diese Angelegenheit mit ihm. Ich darf erwähnen, RIEDNER hat nicht die Sache mit mir besprochen, sondern ich mit ihm. Ich sagte ihm von mir aus, dass mich diese Methode in meiner Politik stört und ich bat ihn auch, er wolle das meine Meinung in Berlin vertreten, was er mir auch versprach.

RESTRICTED

-10-

65. F. Wäre RIBBENTROP in der Lage gewesen, dies zu unterbinden?
- A. Nein. Ich muss hierzu berichten, dass RIBBENTROP ja Soldat gewesen ist und er war in letzter Zeit des Krieges nicht mehr in Dänemark. Man müsste feststellen, wann er zur Truppe ging und dann könnte man ersehen, wann er das letzte Mal in Dänemark war.
66. F. Da Sie sagten Sie hatten das alles mit RIBBENTROP besprochen, und er sollte sich gegen die Maßnahmen dafür in Berlin einsetzen, nehme ich an, dass RIBBENTROP Einfluss hatte und er konnte die Sachen unterbreiten.
- A. Ich hab nur um RIBBENTROP'S politische Unterstützung, aber mehr konnte er mir nicht zur Verfügung stellen.
67. F. Wie weit hatte RIBBENTROP Einfluss gehabt diese Angelegenheiten zu unterbinden?
- A. Nur in dem Sinne, dass er RIBBENTROP hat bei HITLER zu intervenieren.
68. F. Haben Sie über die Deportierung von 6.000 Juden aus Dänemark, mit RIBBENTROP gesprochen?
- A. Nein, dies fand Ende September 1943 statt, die Einzelheiten des Vorganges sind ja bekannt und in dieser Zeit war RIBBENTROP nicht in Dänemark.
69. F. Haben Sie Anordnungen vom SS Hauptamt oder der germanischen Leitstelle, betrefte dieser Aktion bekommen?
- A. Nein.
70. F. War das SCHATTBURG KAMP in dieser Angelegenheit tätig?
- A. Nein.
71. F. Wie weit war die Germanische Leitstelle darin verwickelt?
- A. Überhaupt nicht.
72. F. Wie weit war sie darüber unterrichtet?
- A. Ich glaube gar nicht, denn die Polizei hat diese Sache in die Hand genommen und es wurde geheim gehalten, andere die mit dieser Sache nichts zu tun hatten, wussten auch nichts davon.

00092

RESTRICTED

- 11 -

73. F. Von wem ging diese Aktion aus ?

A. Entweder von HITLER und HIMMLER, und von dem Polizeikommando das von Berlin nach Dänemark geschickt wurde, wurde es ausgeführt. Sie sprachen von 6.000 aber dies ist nicht richtig, wie ich es weiss auf Grund meiner Vorschlägen der dänischen Beamten, weiss ich, dass es 450 waren die nach Theresienstadt gebracht wurden, sehr nicht. Es sind 6000, die auf Grund meiner Warnung noch rechtzeitig nach Schweden fliehen konnten?

74. F. Wie haben Sie die gewarnt ?

A. Ich habe meine Mitarbeiter beauftragt, diese Leute von dem Plan zu unterrichten und dies wurde als Warnung weitergegeben, das ging so rasch, dass noch 6.000 nach Schweden gingen.

75. F. 6.000, das war ja die ganze jüdische Bevölkerung ?

A. Richtig, man rechnet mit 6500, 6.000 sind in Sicherheit und 450 kamen nach Theresienstadt. Auf Vorschlag des hohen SS und Polizeiführers ^{PANKE} ~~BRUNNEN~~ hat HIMMLER einen Befehl erlassen, der von HITLER herbeigeführt wurde, dass die dänische Polizei aufgelöst wird und wenigstens ein Teil davon interniert werden sollte. Der Befehl war gleichmässig begleitet mit der Aussage, dass ich hierüber nicht unterrichtet sein sollte. Diese Aktion wurde am 19. September 1944 durchgeführt und dies wurde durch die Polizeibeamten ausgeführt, die gerade an diesem Tag e-Mannst hatten, die Leute wurden per Schiff nach Deutschland gebracht.

76. F. Wo sind sie denn angekommen ?

A. Sie wurden in Lagern untergebracht, die existierten zuerst in Konzentrationslager Buchenwald und dann kamen sie in das Kriegsgefangenenlager.

77. F. Das unterstand der Dienststelle "Chef fuer das Kriegsgefangenenwesen", obgleich sie keine Kriegsgefangenen waren.

A. Ja, es sollte verbessert werden, deswegen habe ich bei dem Anwaertigen

RESTRICTED

-12-

Amt interveniert und ich verlangte, dass die Leute wieder nach Dänemark gebracht werden sollten.

78. F. Wie weit hatte BEHMER oder die Germanische Leitstelle in dieser Angelegenheit zu tun?

A. Mit dem Gegenterror gar nicht, sondern hier habe ich auch nur von mir aus interveniert.

79. F. Ist Ihnen bekannt, dass sich BEHMER oder RIBBECK dafür eingesetzt hatten, d.h. dass sie sich gegen diese Massnahmen ausgesprochen haben?

A. Ich weiss nur, dass mir RIBBECK in der ersuchten Angelegenheit seine Unterstützung ausagte. Es musste aber nichts, weil HITLER nicht von seiner Meinung abging.

80. F. War das SCHALLERBORN KORPS mit tätig bei den Abtransporten?

A. Nein.

81. F. Die Germanische Leitstelle?

A. Nein. Es war eine Aktion die mit der Ordnungspolizei durchgeführt wurde.

82. F. Wie lange blieb die Polizei in diesen Kriegsgefangenenlagern?

A. Ich glaube bis zum Februar 1945, da sind sie auf Grund der Vereinbarung HERRMANN mit dem Grafen BERNADOTTE, wieder nach Dänemark gebracht worden.

83. F. Wann sind diese Leute von Dänemark nach Deutschland gebracht worden?

A. Die Aktion wurde durchgeführt am 19. September 1944.

84. F. Haben sie den Oberst HERRMANN gekannt?

A. Ich sah ihn erst hier zum ersten Male, vorher habe ich ihn nicht gekannt.

Index, Summary v. 17247

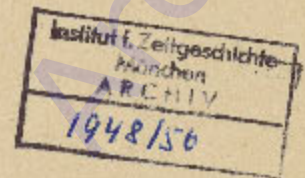
73-2031-57

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

RESTRICTED

OFFICE OF U.S. CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES
APO 696 A
EVIDENCE DIVISION
INTERROGATION BRANCH

INTERROGATION SUMMARY NO. 1273



Interrogation of : Warner BEST, Plenipotentiary in Denmark
Interrogated by : Mr. Beauvais, 17 February 1947, Nuremberg
Division & Att'y : Ministries - Mr. Wooleyhan
Controlled by : DP

PERSONS MENTIONED

RITTER	- (p.1)
SIEBENGRACHT	- Staatssekretär (pp.3,4)
BERGMANN	- (p.6)
v. ERDMANNSDORF	- (p.6)
WIEHL	- (p.8)
MODIUS	- (p.8)
LUTHER	- (pp.11,12)
THODDEN	- (pp.12,16)
✓ SONNLEITHNER	- (p.18)
DUCKWITZ	- Subject's colleague in Denmark (p.14)
✓ PANCKE	- High SS and Police Leader, Denmark, (pp.2,3,4,21)
BOVENSIEPEN	- PANCKE's deputy (pp.16,17,21)
KALTENBRUNNER	- RSHA (pp.3,4)
✓ Dr. WALTER	- Food Ministry (p.7)

SUMMARY

On 22 September 1944 subject went to RIEBENTROP's headquarters in Schwenten, East Prussia, to express his objection to action against the Danish police and tender his resignation. He met Dr. RITTER. After HITLER had refused his request, he turned by air to Berlin, in the company of High SS and Police Leader PANCKE, and attended a conference in the Foreign Office. Present at the conference were: KALTENBRUNNER, PANCKE, Staatssekretär Dr. WALTER of the Food Ministry as presiding officer, the Committee for Trade with Denmark, and Dr. v. GRUNDHEER, a Russian expert of the political division of the Foreign Office.

RESTRICTED

00095

RESTRICTED

During the conference, subject and Dr. WALTER represented the dissenting attitude of the Foreign Office, while PANCKE explained that the dissolving and internment of the Danish police was a precautionary measure in anticipation of an invasion of Denmark. At this meeting KALTENBRUNNER made certain concessions, such as promising to return the Danish officials to Denmark, but he did not keep his word. According to subject, HIMMLER was in a stronger position than REIBENTROP; hence the SS was stronger than the Foreign Office, so that PANCKE did not really have to justify his actions to anyone. But the Foreign Office had invited the "Chief of the German Police" to a discussion of these urgent questions and HIMMLER had directed KALTENBRUNNER and PANCKE to attend. At a later meeting in the SS, KALTENBRUNNER once again promised to accede to subject's wishes.

On 28 December 1944, subject made another visit to the Foreign Office in Berlin but, on this occasion, he discussed only general questions with Drs. v. STENGELMANT, BERGMANN, and V. ERDMANNSDORF.

Subject had numerous conferences with the Military Command in Denmark concerning confiscations by the German army. On occasion he succeeded in dissuading the Wehrmacht from its intentions, as, for example, in the plan to use Danish crowns, which were limited to transactions within Denmark for purchases elsewhere. In Berlin such matters were handled between the OKW and the political division of the Foreign Office, by Ministerialdirektor WISHL or D. OLD DIUS. When it was felt that the Danish government would be agreeable to a particular measure, subject was directed to confer. In the case of coal seizures, however, it was clear that the Danes would not acquiesce and the OKW was authorized to seize the coal yards. Subject states that he was not consulted in the matter until after the coup was completed.

Subject declares that he continually opposed the anti-sabotage policy ordered by HITLER and, on numerous occasions, sent telegrams and reports of protest to the Foreign Office and to HITLER, expressing the purposelessness of and actual harm caused by such methods. HITLER, however, remained to the end convinced of the soundness of his policy. He states that the Foreign Office was likewise opposed to these methods.

Concerning the reprisal actions taken following the killing of a German chauffeur in Denmark, subject denies that the chauffeur or the car was his and does not recall that WALTER protested to him against the police action.

On 31 January 1944, subject was advised of HITLER's order authorizing him to issue decrees in Denmark. Subject states that he exercised this power only to a very limited degree, not wishing to violate the sovereignty of the Danish government. Actions taken against the Danish people were carried out by the police rather than by the embassy and subject was kept informed of SS police order and undertakings concerning Norway by Delegationsrat TRADDEN of the Foreign

RESTRICTED

Office.

Subject states that, on two occasions after his assignment to Denmark, he was asked by LUTHER to give his opinion concerning the Jewish situation in Denmark and whether he thought that anti-Jewish actions might be undertaken there. On both occasions subject prepared lengthy reports, expressing his opposition to such considerations and, contrary to practice, his reports were not acknowledged by the Foreign Office. After the declaration of a state of emergency on 29 August 1943, subject had nothing more to do with the matter and during September of that year he was informed that the order had been given to arrest and evacuate the Jews as soon as sufficient police forces could be sent to Denmark. Subject discussed the matter with his colleague DUCIMITZ, who then conveyed the information to certain Danish Social Democrats. As a result, about 6000 of the 6500 Jews in Denmark managed to escape to Sweden before the German police swooped on 2 October 1943. Subject states that, through his efforts, the lot of the 450 who were seized and transported to Theresienstadt was somewhat improved. Subject relayed to the Foreign Office in Berlin the wish of the Danish Government that at least the elder and sicker of these internees be returned to their homeland. In this request he received the complete cooperation of THADDEUS.

BOVENSLIEPEN was a subordinate of High SS and Police Leader FANCKE. Subject admits having had frequent contact with BOVENSLIEPEN but denies the assertion of the latter that he (subject) formulated the directive for "intensified interrogation" (Verschaerfte Vernehmung).

Subject conferred with HITLER on 30 December 1944 or, more exactly, listened to HITLER's instructions concerning the application of counter-terror methods. SOMMERLIER, representing RIBBENTROP, accompanied him to HITLER's headquarters but did not take part in the meeting. HITLER had decided that accepted methods were not adequate to deal with the resistance movement in the occupied territories.

Subject states that he never heard of the Lorenzen-Group, and was familiar with the Peter-Group, and knew PETER personally. The Schalburg Corps was created as a recruiting agency for the Waffen-SS but developed into something of an independent NS organization. Members of this group were recruited by FANCKE as his Hilfsgesellschaft. Subject states that, after the dissolution of LUTHER's Division, no section of the Foreign Office took particular interest in these NS movements in the occupied lands. However, subject mentioned such activities in his reports to the Political Division and to Dr. v. GRUNDHERR, the Scandinavian expert.

The so-called Sommer-Corps was an organization of Luftwaffe guard units under the direction of Captain SOMMER, Danish volunteer to the German Luftwaffe.

RESTRICTED

DISTRIBUTION:

General Taylor	1
Mr. Ervin	1
Mr. LaFollette	1
Mr. Anspacher	1
Mr. DuBois	1
Mr. Raugust	1
Dr. Kumpner	1
ND, 3-2	1
Mr. Rapp	5
Library (Room 307)	5
Each Division	8
Mr. Sprecher	8
Mr. Lyon	10
Mr. Tayer	10

RESTRICTED

-4-

Intensiv v. 29.4.48

19-303/110

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

1948/56

Vernehmung von Werner Rudolf BEST,
SS Obergruppenführer,
durch Mr. Erik J. ORTMANN,
auf Veranlassung von Mr. HARDY, Pol. Min. Division,
am 29. April 1948 von 14.00 bis 15.00 Uhr,
Stenographin: Gertrud WEBER.

1. F. Geben Sie Ihren vollen Vor- und Zunamen an.

A. Dr. jur. Werner BEST.

2. F. Wann und wo sind Sie geboren?

A. 10.7.1903 in Darmstadt.

3. F. Sie sind hier schon verschiedentlich vernommen und auch vereidigt worden?

A. Jawohl.

4. F. Sie verstehen, dass auch die heutigen Aussagen unter Eid sind?

A. Unter einem frisher bereits geleisteten Eid?

5. F. Ganz recht.

A. Jawohl.

6. F. Sie sind bis zum Sommer 1940 im Reichssicherheitshauptamt gewesen?

A. Bis Ende Mai.

7. F. Sie waren Amtschef von Amt I?

A. Amt I, Verwaltung und Recht.

8. F. Haben Sie ausser dieser Position in Amt I, innerhalb des RSHA noch andere Funktionen ausgeübt?

A. Kommissarisch die Leitung der frusheren Abteilung III des Geheimen Staatspolizeiamtes der Zentrale der Abwehrpolizei.

9. F. Von wann bis wann?

A. Beginn nach meiner Erinnerung etwa Mitte 1935, Abgabe der Abteilung
2. Hälfte, gegen Ende 1939.

10.F. War das dann schon vor Errichtung des RSHA als solches oder darnach?

A. Errichtung des RSHA ist vielleicht nicht ganz der richtige Ausdruck/

11.F. Der Organisation?

A. Die verschiedenen Aemter, die HEYDRICH unterstanden, sind im September 1939, unmittelbar nach Ausbruch des Krieges unter der Bezeichnung RSHA zusammengefasst worden, ohne dass der Charakter der einzelnen Aemter dadurch veraemert wurde.

12.F. An wen haben Sie diesen kommissarischen verwaltete Amt abgegeben?

A. An den damaligen Regierungsrat SCHULLENBERG.

13.F. Welche Bezeichnung erhielt dann dieses Amt III?

A. Diese Abteilung III erhielt dann die Bezeichnung IV B, wenn ich recht erinnere, oder Gruppe IV B.

14.F. Ich bin nicht so ganz sicher, ob Sie sich da vielleicht nicht in dem Datum irren. Ich habe hier einen Organisationsplan vom 1.2.40, in dem Sie noch als kommissarischer Leiter von IV B genannt sind.

A. Anfangs 1940, ich gebe zu, dass ich mich vielleicht irre. Ich hatte den Eindruck, dass es bald nach Beginn des Krieges war. Das war fuer mich der Anhaltspunkt. Es koennen 3 oder auch 5 Monate gewesen sein, es war bevor ich endgueltig weg bin. Es koennte anfangs 1940 als auch Ende 1939 gewesen sein.

15.F. Wie lange war SCHULLENBERG schon Ihr Stellvertreter?

A. Er war zum Minarbeiten eine gewisse Zeit da; das ist durchaus uebrigens moeglich, dass ich deswegen noch in dem Plan gefuehrt wurde, wie lange weiss ich nicht; er ist zumachst als beschlossen worden war, dass er diese Gruppe uebernehmen sollte, zur Information zu einer Stapostelle nach Dortmund geschickt worden, weil er die Beheerden der Polizei noch nicht naecher kannte, war dort einige Wochen, vielleicht 2 Monate. Nachher hat

er noch eine gewisse Zeit unter meiner formellen Fuehrung die Abteilung vertretungsweise zum Einarbeiten geleitet.

16.F. Es kann sich da nur um Monate handeln?

A. Natuerlich, ich weisse bestimmt, dass ich endgueltig abgab, bevor ich ausschied. Nach meiner Erinnerung ein paar Monate.

17.F. Das wuerde uns in den Maerz 1940 bringen?

A. Moeglich. Ich kann mich auf die Zeit nicht festlegen. Es kann Maerz, Febr. oder Januar gewesen sein.

18.F. Sie wuerden am besten sagen Fruehjahr 1940?

A. Ich wuerde von mir aus allgemein sagen, anfangs 1940 habe ich die Abteilung endgueltig abgegeben. Wann, kann ich nicht genau sagen.

19.F. Und SCHULLENBERG kam zu Ihnen sofort als, also formell gesehen, als Ihr Vertreter in der Gruppe IV E?

A. Als signierter Nachfolger und fuer die Zeit seines Einarbeitens Vertreter.

20.F. Er war von vornherein bestimmt worden, das Amt von Ihnen dann zu uebernehmen?

A. Ja.

21.F. Von wem ?

A. HEYDRICH, auf meinen Vorschlag.

22.F. Fragen von Dr. JOHN. Sie haben doch im Jahre 1938 die Vernehmungen von FRITSCH gemacht?

A. Ja.

23.F. Was erinnern Sie dazu?

A. Zunaechst darf ich zur Erlaeuterung, warum gerade ich diesen Auftrag bekam, sagen, dass man den Untersuchungsbeamten im Geheimen Staatspolizeiamt, auch den hoechsten Herrn MUELLER, vor allen Dingen, schlechterdings nicht beschaenken, ^{besaenken} einen Generalobersten zu behandeln. Deshalb habe ich da als Verwaltungsbeamter, frueher war ich allerdings als Richter und hatte eine

gewisse Vernehmungspraxis, deshalb habe ich diesen Auftrag bekommen. Das war der sachliche Grund. Sie wissen, der Tatbestand der geklärt werden sollte, war der Vorwurf der Homosexualität, bestimmter homosexueller Verfehlungen. Die Sache ging aus von Aussagen eines Individuums.

24.F. Wer hat den Auftrag gegeben, die Vernehmungen zu machen?

A. Mein unmittelbarer Vorgesetzter HENRICH.

25.F. Wer hat den Betreffenden, diesen Erpresser vorher vernommen?

A. Das war WEISSINGER.

26.F. Wer hat Veranlasst, dass die Akten wieder ausgegraben wurden?

A. Ausgegraben?

27.F. Die Akten lagen doch bereits seit 1936 verschlossen beim RSMA oder bei der Gestapo.

A. Ich muss sagen an diesen Zusammenhang erinnere ich nicht mehr, da ich nicht laufend mit der Sache befasst war, sondern nur diesen einen Auftrag bekam. Ich bekam die Protokolle dieser Vernehmungen vorgelegt.

28.F. Aus welcher Zeit waren die?

A. Ich habe nie etwas erfahren, dass dieser Mann früher schon vernommen worden wäre. Es kann sein, ich erinnere mich jetzt dunkel, dass wohl ein Verfahren gegen einen FRITSCH, aber mit irgendeiner anderen Schreibweise früher gewesen war und dass solche Unterlagen vorlagen. Dieser Mann, ich weiss seinen Namen nicht mehr, hat er Mueller, Schmidt oder Haier geheissen.

29.F. Erinnern Sie, dass dieser Schmidt verschiedene Leute genannt hat, wo er behauptet hat und sich gerueht hat, er haette mit verschiedenen Leuten homosexuelle Beziehungen gehabt, darunter FRITSCH, Minister FUNK, Rechtsanwalt von , Graf von der GOLTZ, Botschafter von BOESCH?

A. Ich kann mich an Namen nicht erinnern, aber ich weiss, dass Ihre Behauptung richtig ist, dass dieser Mann sich auf verschiedene solche Personenlichkeiten berufen hat und bei FRITSCH hat, ich glaube zu erinnern, dass er ihn nach

einem Bild erkannt hat, das ihm in hoechstunschicklicherweise von WEISSINGER vorgelegt worden ist und dass er sich gleich erinnern konnte, dass es sich um FRITSCH handelt.

30.F. Erinnern Sie sich an die Unterhaltung, die Sie mit von der GOLZ gehabt haben, nachdem das Verfahren abgeschlossen war?

A. Ich erinnere mich an die Tatsache, nicht an den Inhalt.

31.F. Von der GOLZ hat Ihnen 2 Fragen gestellt, erstens verhat den Auftrag gegeben, die Akten auszugraben. Die Akten sind da. Dieser Herr SCHMIDT und Sie haben damals gesagt, dass die Akten auf hoehere Weisung, nicht auf Initiative der Gestapo ausgegraben worden sind?

A. Das ist moeglich, ich habe keine eigene Erinnerung mehr.

32.F. Wer war die hoehere Stelle?

A. Auf dem Dienstweg muss es ueber HIMMLER gekommen sein, ueber HIMMLER an HEYDRICH, von dem dann weiter weiss ich nicht.

33.F. Sie koennen sich nicht mehr erinnern, dass die Akten schon vorhanden gewesen sind. Die Akten auf Grund deren Sie vernommen haben und dass das nur einige Ergaenzungsprotokolle waren?

A. Nach meinem Erinnerungsbild wuerde ich sagen, dass der SCHMIDT erst neu in Erscheinung getreten war, waehrend Akten gegen einen FRITSCH, der aber, wie sich hinterher herausstellte, dass solche Aktenstuecke vorlagen, gar nicht mit diesem SCHMIDT in Zusammenhang stand.

34.F. FRITSCH hat der geheissen. - Ist Ihnen auch nicht in Erinnerung, dass HITLER selbst gesagt hat, die Akten und der Vorgang waeren ihm bekannt seit 1936?

A. Weiss ich nicht mehr.

35.F. Es ist doch immerhin sehr auffallend gewesen, dass im Jahre 1938 diese Akten ausgegraben wurden. Das muss doch besprochen worden sein?

A. Wenn ich kurz sagen darf, wie ich die Sache heute sehe, war es so, dass dieser SCHMIDT zu jener Zeit festgenommen und von WEISSINGER vernommen wurde und bei diesen Vernehmungen eine ganze Anzahl solcher Persönlichkeiten nannte, wobei ich den Eindruck hatte, dass WEISSINGER rein vernehmungstechnisch nicht geschickt gehandelt hatte und es zu leicht gemacht hat, gerade im Personenlichkeiten zu nennen und wenn er Bilder zeigt, hatte er schon solche Stücke zeigen müssen ohne Namen und Unterschrift. Nachdem er den Namen WEISSER genannt hat, ging das auf dem direkten Weg nach oben und es ist durchaus möglich, dass die alten Akten wieder auftauchten, auch vielleicht zur Bestärkung dieses Verdachtes verwendet wurden und dass daraus eine solche Verbindung bestand.

36.F. Haben Sie in der Voruntersuchung, es liefen 2 Verfahren, eines beim Reichskriegsgericht und einen bei der Gestapo, haben Sie bei der Gestapo teilgenommen?

A. Nein, ich habe nur einen konkreten Auftrag gehabt, auf Grund von Unterlagen, die ich bekam, das waren nicht alle Akten, ich erinnere mich nicht, die alten Akten gesehen zu haben, ihn zu vernehmen. Ich habe ihn zwei Mal vernommen.

37.F. Wo war das?

A. Im Gebäude der Gestapo in der Prinz-Albrecht-Straße 6.

38.F. Was war das Ergebnis der Vernehmung?

A. Dass er nach wie vor bestritt mit diesem Mann etwas getan zu haben. Bei dieser Vernehmung wurde ihm dieser Mann vorgeführt. Er hat sich mit diesem Mann zu meinem Erstamen in eine sehr heftige Auseinandersetzung eingelassen, ich habe das nicht verstanden, er hat ihn bis in die letzten Details gefragt, es kam nichts dabei heraus.

39.F. War das das erste Mal, dass er ihn gesehen hat, ich meine dass
WITTSCH diesen SCHMIDT das erste Mal gesehen hat?

A. Nach meiner Erinnerung ja.

40.F. Hat er nicht gesagt, dass er ihn bei HITLER gesehen hatte vorher
schon. Wissen Sie, dass es die erste Gegenüberstellung war?

A. Die Erinnerung kommt mir auch wieder, dass bei HITLER etwas derartiges
vorgegangen ist, ich weiss nicht ob vor oder nachher. Ich habe keine
Erinnerung, dass der Generaloberst das erwähnt hatte.

41.F. Was hat GOERING fuer eine Rolle in diesem Zusammenhang gespielt?

A. Das weiss ich nur von Hoerensagen, weil ich mich selber mit der Sache
nicht befasst habe, hat GOERING sich diesen SCHMIDT vorfuehren lassen
und GOERING hat dann diesem Gericht vorgesessen und er hat ja, wie mir
berichtet wurde, diesen SCHMIDT dazu gebracht, dass er seine Aussagen
widerrufen hat.

42.F. Wie erklaren Sie sich, dass der SCHMIDT seine Aussagen solange aufrecht
erhalten hat?

A. Weil er zweifellos geglaubt hat, durch Nennung dieser hochstehenden
Persoenlichkeiten, sich selbst aus der Affaire ziehen zu koennen.

43.F. Er hat in der Verhandlung selbst zu Goering gesagt, als er gefragt
wurde und ihm gesagt wurde, dass er log " mir ist gesagt worden, wenn
ich nicht bei der Aussage bleibe, fahre ich gen Himmel" . Haben Sie
kein Interesse an dem Verfahren genommen?

A. Ich habe allgemein entgegengenommen, was ich erfahren konnte. Ich habe
mich nicht weiter eingemischt. Das lag zum Teil gewissem Konkurrenz-
und Spannungsverhaeltnis zwischen den verschiedenen Aemtern; wenn ich
mich in ein solches Ermittlungsverfahren eingemischt haette, haette es
dauernd Reibungen gegeben mit anderen Aemtern. Ich habe, nachdem ich
diesen Auftrag erledigt hatte, wobei ich uebrigens erwachen darf,

dass der Generaloberst sich am Ende von mir verabschiedet hat und sich bedankte fuer die Form wie ich die Sache gemacht habe. Dann habe ich mich zurueckgehalten. Ich habe mich unterrichten lassen wie das Ganze ausging. Ob der MEISSINGER vielleicht im Auftrag von HEYDRICH und HIMMLER diesen SCHMIDT einigermaßen in diesem Sinne beeinflusst hat, muss ich dahingestellt sein lassen. Ein Interesse habe ich bemerkt, HIMMLER und HEYDRICH zeigten ein Interesse daran, dass das Verfahren einen positiven Erfolg haben sollte.

44.F. Bevor Sie die Vernehmung bekamen?

A. Waehrend des ganzen Vorganges. Mir wurde gesagt, es wird was an der Sache sein, sie werden schon was raus kriegen.

44.F. Haben Sie gefragt, ob er Ihnen ein Gestaendnis zu machen haette?

A. Das ist moeglich, ich weiss nicht ob ich die Frage so formuliert habe.

45.F. Mit einem besonderen Hinweis auf Ihren Rang und seinen Rang, dass es da angebracht waere, dass wenn er etwas zu sagen haette, er es Ihnen anvertraut.

A. Das hatte eine andere Bedeutung. Als er das erste Mal kam, habe ich ihn am Eingang des Hauses empfangen und auf der Treppe sagte ich ihm, da er mich nicht kannte, wer ich bin, dass ich auch einen Generalerang habe, wenn Sie mir Dinge zu sagen haben, die Sie nicht in Gegenwart anderer Beamten sagen wollen, stehe ich Ihnen zur Verfuegung.

46.F. Wo haben Sie das gesagt?

A. Auf der Treppe.

47.F. Das ist doch aufgenommen worden diese Unterhaltung und im Prozess vorgelegt worden?

A. Wenn es in dem Vernehmungssaal war, wo wir beide nie allein waren, es war zu allermindest ein Protokollfuhrer dabei, vielleicht noch 1 oder 2 Beamte, dann war es eine offizielle und formelle Frage. Ob ich da

nochmals auf die Rangfrage Bezug genommen habe, weiss ich nicht.

48.F. Sie hatten den Eindruck, dass HIMMLER und HEYDRICH ein Interesse daran hatten, dass positives bezweckt wurde?

A. Sie haben alle ^{a)} daran geglaubt, dass es so waere, b) haben sie ein Interesse daran gehabt, dass der Generaloberst aus seinem Amt verschwindet.

49.F. Hat GOERING auch so ein Interesse in irgendeiner Form bekundet?

A. Ich kann mich nicht erinnern.

50.F. Hat GOERING ein Vernehmungsprotokoll bekommen?

A. Zweifellos, ich kann es nicht von mir aus bestaetigen, weil ich es nicht gegeben und nicht gesehen habe. Ich hatte am Ende, nachdem GOERING

51.F. im Gericht praesidiert hatte, den gegenteiligen Eindruck, dass GOERING den Wunsch hatte, dass die Sache negativ geregelt werde.

51.F. Die Veruntersuchung der Gestapo haben Sie nicht weiter verfolgt?

A. Ich habe die Akten eingesehen, die man mir gab.

52.F. Wer hat die Veruntersuchung bei der Gestapo gefuehrt?

A. Das duerfte MEISSINGER gewesen sein.

53.F. Wo ist MEISSINGER?

A. Wie ich gehoert habe, ist er in Warschau hingerichtet worden.

54.F. Haben Sie Ernst von HANAK kennen gelernt?

A. Der ist 1936/1937 mal zu mir gekommen mit irgendeinem Anliegen. Von diesem Augenblick an hat er mich periodisch mal aufgesucht, entweder mit dem Vorwand, dass er mit mir etwas besprechen wollte, spaeter aber geradezu mit dem Wunsch, sich mit mir zu unterhalten. Noch im Kriege habe ich mal mit ihm in einem Restaurant in der Behrenstrasse mit ihm gefruehetueckt, als ich von Paris nach Berlin zurueckgekommen war.

55.F. Woher kannten Sie ihn?

A. Von diesem ersten Besuch an.

56.F. Waren Sie Referendar bei ihm mal?

A. Nein, ich war Referendar in Hessen.

57.F. Er war Landrat in Hessen. Wann haben Sie ihn das letzte Mal gesehen?

A. Wohl in Berlin das letzte Mal, er hat mir noch paar Briefe geschrieben im Krieg. Damals lebte er noch in Tirol. Er hat mir geschrieben, dass sein Sohn das Ritterkreuz bekommen hat. Dann kam die Nachricht, dass er vom Volksgerichtshof verurteilt werde, ob ich etwas tun konnte. Ich habe sofort nach Berlin geschrieben, habe aber keine Antwort mehr bekommen. Ich hatte mich fuer ihn eingesetzt, weil ich ihn fuer einen geraden und von seiner Sache ehrlich ueberzeugten Mann hielt, der mit einer erfreulichen Offenheit, die ich gerade zu schaeetzen wusste, weil er in mir hatte einen Gegenspieler sehen koennen, mir seine Kritik und Gedanken sagte. Ich glaube, dass ich es belohnt habe, nachdem ich mich genau so offen mit ihm unterhielt. Er interessierte sich fuer mein Eintreten fuer HIERENDORF. Vielleicht habe ich dadurch das Vertrauen gestaerkt, denn obwohl HIERENDORF mein Gegner war, habe ich ihn aus dem Konzentrationslager herauageholt.

58.F. Fragen Hr. ORTMANN. Ich moechte nochmals ganz kurz auf das Eingangs erwachte Thema zurueckkommen. Wiese haben Sie ausgerechnet mit ^{fuer} SCHILLINGSTADT/diese Stelle bei HEYDRICH vorgeschlagen als Leiter fuer IV B?

A. Es kamen einige Momente zusammen, erstens wollte ich die Sache los sein, weil ich schon von Anfang des Krieges an die Absicht hatte Soldat zu werden, ich wollte ausschelden, wollte die Kriegssituation benuetzen um wegzukommen und musste sehen, dass ich nach und nach dies los wurde. Diese kleine Abteilung musste als erste weg. Zweitens positiv wollte ich einen Juristen an dieser Stelle haben, dann konnte es nach dem Umfang der ganzen Geschichte kein hoher Beamter sein und

von SCHLLENBERG war mir bekannt, es war mir bekannt, dass er sich fuer dieses Thema interessierte, er hat oeffter ueber Spionagebekämpfung gesprochen, er hatte Interesse fuer die Sache, er war jung, intelligent, zum Hinarbeiten geeignet, da habe ich ihn vorgeschlagen.

59.F. Spielten da nicht auch persoenliche Momente mit? Er war doch bei HEYDRICH schon ganz gut bekannt?

A. HEYDRICH hat ihn positiv eingeschaezt, was mir die Aussicht bot, dass mein Vorschlag Erfolg haben wuerde. Das war fuer mich nicht entscheidend. Wenn der Mann mir nicht gepasst haette, haette ich ihn nicht vorgeschlagen. Aber einen anderen haette ich vielleicht nicht durchgebracht.

60.F. Hat HEYDRICH auch mit Ihnen schon frueher diesen Personalwechsel besprochen bevor Sie selbst diesen Vorschlag unterbreitet haben?

A. An sich war das oeffter besprochen worden, weil niemals die Absicht gewesen war, dass ich dauernd diese Sache machen wollte. Ich bekam sie kommissarisch aufgetragen, weil gewisse Schwierigkeiten mit der Wehrmacht zu bereinigen waren, es war staendig zu verhandeln. HEYDRICH traute mir das eher als einem anderen zu, dass ich mit den Herren, GABARIS vor allen Dingen, einigermaßen vernuenftig verhandeln wuerde. Ich habe mit GABARIS in den 4 - 5 Jahren ausgerechnet gestanden. Zwischen HEYDRICH und GABARIS haben sehr viele Zwistigkeiten bestanden, Ehrgeiz, Konkurrenz, ich konnte da viel ueberbruecken und ausgleichen, dadurch dass ich mit GABARIS ein wirklich gutes Verhaeltnis fand und HEYDRICH die Dinge entsprechend klarer machen konnte.

61.F. Meine Frage bezog sich nicht nur auf das persoenliche Verhaeltnis zwischen HEYDRICH und SCHLLENBERG

A. Ich erinnere mich nicht, dass HEYDRICH den Wunsch geauesert haette, dass SCHLLENBERG diese Abteilung bekommen sollte. Ich hatte von mir

aus das Gefühl gehabt, ich mache ^{gar} keinen Vorschlag, sondern ich tue etwas, was ihm erwünscht ist.

62.F. Sie wussten natürlich, dass HEYDRICH volles Vertrauen in SCHULLENBERG hatte?

A. Ich wusste, dass er in ihm eine wertvolle, frische Nachwuchskraft sah, er hatte sich mal positiv geäußert. Da ich auch an SCHULLENBERG dachte, gab es keine Schwierigkeiten.

63.F. SCHULLENBERG dürfte wohl auch von rein politischen Gesichtspunkt völlig einwandfrei gewesen sein, sonst wäre er überhaupt fuer das Amt nicht in Frage gekommen?

A. Ich verstehe den Sinn Ihrer Frage nicht ganz, meinen Sie, dass er sich irgendwie Verdienste in politischer Art erworben hatte?

64.F. Das moechte ich damit nicht sagen, meine Frage bezog sich auf ganz allgemein auf politische Zuverlaessigkeit eines Gruppenschefs, was sich ja von selbst versteht.

A. Gegen SCHULLENBERG's politische Zuverlaessigkeit bestanden keinerlei Bedenken; er war als ganz junger Mensch, als junger Assessor in irgendeiner dieser staatlichen Dienststellen rein gekommen, oder war er erst beim SD gewesen. Ich glaube er hatte organisationsmaessig juristische Fragen bearbeitet. Da war zweifellos schon geprueft worden, ob gegen ihn etwas vorliegt.

65.F. Seit wann kannten Sie SCHULLENBERG?

A. Das dürfte vielleicht 1937/1938 begonnen haben, da er von diesem Nachbaramt aus, ich weiss nicht mehr wie es sich nannten, was dann spaeter III war, dass von da aus irgendeine Verbindung aufkam oder dass etwas zu besprechen war. Es wird ein bis zwei Jahre vor Uebergabe dieser Abteilung gewesen sein. Im uebrigen darf ich betonen, dass politische Gesichtspunkte fuer diesen Posten gar nicht in Frage

kamen. Das war eine gänzlich unpolitische technische Arbeit.

66.F. Als Sie von RSMA weggingen, haben Sie noch Verbindungen aufrecht erhalten?

A. Einzelne persönliche Verbindungen ja, im Grossen und Ganzen brachen die Verbindungen ab, weil HEYERICH sehr deutlich erkennen liess, dass ich nicht als sein Freund geschieden sei und die meisten Leute Angst hatten, mit mir so ich irgendeine Verbindung zu haben. Ich kann im einzelnen wenig Namen nennen, die den Mut hatten, mit mir noch in Verbindung zu bleiben.

67.F. Haben Sie in der Zeit nach 1940, also nach Ihrem Ausscheiden bis Mai ^{durch} 1945/fortlaufende persönliche Verbindung mit Angehörigen des RSMA einen guten Überblick über die internen Verhältnisse gehabt?

A. Hier und da wenn ich mal einen traf, aber einen wirklichen Überblick hatte ich nicht. Von SCHULLENBERG habe ich mir die Dienstweisung für die Abwehrpolizei, die ich vorbereitet hatte, ausenden lassen, das hat er auch getan. Das war eine persönliche Verbindung, wo ich mal einen Wunsch ausserte.

68.F. Das waren alles an Fragen fuer heute nachmittag. Wasich eingangs erwachte, werde ich kurz aufsetzen lassen und Ihnen zur Unterschrift vorlegen.

69.F. Haben Sie dann von Ihren Freunden, mit denen Sie später noch in Kontakt gestanden nach Ihrem Weggang von RSHA, über die weitere Entwicklung SCHILLERBROS etwas in Erfahrung gebracht, vor allen Dingen im Hinblick auf sein Verhaeltnis zu HEYDRICH und HEIMLER?

A. Ich erfuhr dies natuerlich nach einiger Zeit. Ich weiss nicht wann das war, dass er diesen Amt VI - Auslandsnachrichten-dienst uebernommen hatte.

70.F. Ich weiss noch bevor, in seiner Stellung innerhalb des Amtes IV?

A. Solange er mein Nachfolger war?

71.F. Ja.

A. Ich komme deshalb ein bisschen durcheinander, fuer mich war ^{das} die alte Abteilung III, ich habe nie den Begriff Amt VI gebraucht, weil ich nicht daran dachte, mich MUELLER zu unterstellen. Ich habe nachher erfahren, dass auch SCHILLERBROS sich bemuehte hat, eine gewisse Selbststaendigkeit zu erlangen und dadurch in einen gewissen Gegensatz zu MUELLER geriet.

72.F. Wissen Sie, ob er jemals MUELLER's Stellvertreter war?

A. Das kann er nach meiner Auffassung nicht gewesen sein und MUELLER hat nie einen Stellvertreter gehabt und haette am allerwenigsten SCHILLERBROS dafuer genommen. In HEYDRICH's ganzem Geschäftsbereich galt das Prinzip, dass keine Stellvertreter vorhanden waren und MUELLER selbst hat das auch absolut eingehalten, weil er selbst sehr selbstaerzuechtig und eigenmaechtig war und niemand haben wollte, der etwas in seiner Stelle machte. Er ist auch immer da gewesen.

73.F. Das ist alles fuer heute.

AKT E N N O T I Z .~~Vertraulich~~

Am 13.9.1952 hatte der Referent der Wehrwissenschaftlichen Abteilung des Instituts für Zeitgeschichte, General a.D. Hermann Foertsch, eine Unterredung mit Herrn Ministerialdirektor z.Wv. Dr. Werner Best, Essen, Zweigertstr. 34, Büro Dr. Achenbach, über die Vorgänge der Heirat Blomberg und die Angelegenheit Generaloberst Freiherr v. Britsch im Frühjahr 1938.

Die Unterredung ergibt zusammengefaßt folgende Darstellung durch Dr. Best:

1. In beiden Angelegenheiten hat der Zufall eine viel größere Rolle gespielt, als damals und heute angenommen wird. Es war nicht lange nach der zweiten Heirat Blombergs, als eines Morgens der Kriminalkommissar Christian Scholz, der den Nachtdienst im Dienstgebäude Prinz-Albrecht-Str. 8 gehabt hatte, Dr. Best berichtete, ein Beamter des Außendienstes habe in dieser Nacht aus der Stadt folgende Neuigkeit mitgebracht:

In Halbweltkreisen werde erzählt, daß die jetzige Frau von Blomberg aus diesen Kreisen stamme und sogar unter Kontrolle gestanden habe; dies werde übrigens durchaus positiv in dem Sinne erörtert, daß man sich freue, daß auch ein Mädchen dieser Art eine solche Karriere machen könne. Dr. Best reagierte spontan mit der Äußerung, es müsse unbedingt verhindert werden, daß aus dieser Sache ein Skandal erwachse. Damit niemand die polizeilichen Unterlagen in die Hand bekäme, beauftragte er den Kriminalkommissar Scholz, beim Polizeipräsidium Berlin die Karteikarte der Eva Gruhn zu erheben, und zwar zur Vermeidung von Aufsehen in der Weise, daß er eine Reihe von Karten mit dem Anfangsbuchstaben G mitnehme. Diese Karteikarte wurde dann mit einem entsprechenden Bericht dem Chef der Sicherheitspolizei Heydrich vorgelegt, wie die Sache dann weiterbehandelt worden ist, weiß Dr. Best nicht. Auch über die Rolle

des Grafen Helldorf in dieser Angelegenheit ist er nicht authentisch unterrichtet.

Dr. Best ist auf Grund dieses eigenen Erlebnisses überzeugt, daß vor der Heirat Blombergs niemand unter den Beteiligten über die Vergangenheit der Ewa Grubn Bescheid wußte und daß die Auffassung falsch ist, irgend jemand habe Blomberg absichtlich in diese Heirat "hereinschlittern" lassen.

2. Auch in dem Aufgreifen des Falles Fritsch hat nach der Auffassung Dr. Best's der Zufall eine größere Rolle gespielt, als in allen Veröffentlichungen darüber anerkannt wird. Dr. Best erinnert sich, daß seinerzeit unter den leitenden Beamten des Reichssicherheitshauptamtes folgendes über die Entstehung des Falles Fritsch erzählt wurde:
- Der damalige Kriminalrat Meisinger, in dessen Referat die Bekämpfung der Homosexualität bearbeitet wurde, stieß bei der Vernehmung des wegen homosexueller Handlungen und Erpressungen festgenommene Schmidt auf dessen Aussage, daß er mit einem Offizier namens Fritsch oder so ähnlich zu tun gehabt habe. Meisinger, der ein ziemlich primitiver Mann mit plumpen Methoden war, stützte bei diesem Namen und legte - um Klarheit zu gewinnen - dem Schmidt ein Bild oder mehrere Bilder des Generalobersten Freiherrn von Fritsch in Uniform und mit Aufdruck des Namens vor. Schmidt, der - auch im weiteren Verfahren - seinen Vorteil darin zu finden glaubte, daß er behauptete, er habe es mit allen möglichen prominenten Persönlichkeiten zutun gehabt, sagte, Freiherr von Fritsch sei der Offizier, den er erpresst habe. Man hat sich damals im Reichssicherheitshauptamt darüber mokiert, daß Meisinger dem Schmidt dieses Uniformbild mit Namensaufdruck vorgelegt hat, und hat dieses Verfahren als einen ausgesprochenen Kunstfehler betrachtet. Meisinger, der überhaupt etwas "angeberisch" war, hat dieses Ergebnis seiner Vernehmung sofort dem Chef der Sicher-

heitspolizei Heydrich gemeldet, - und die Sache ging nun weiter bis zur höchsten Stelle. Von dieser wurde zunächst befohlen, daß nichts weiter veranlasst werden sollte. Der von dem ehemaligen General der Waffen-SS Wolff angegebene Zeitpunkt dieses Vorganges - etwa Dezember 1937 - entspricht auch der Erinnerung Dr. Best's.

Auf Grund dieser Erinnerung ist Dr. Best überzeugt, daß der Vorwurf gegen den Generalobersten Freiherrn von Fritsch nicht im Wege vorsätzlicher Fälschung konstruiert, sondern in dieser zufälligen Weise zustande gekommen ist. Anderenfalls wäre nach seiner Auffassung nicht im Reichssicherheitshauptamt in der dargestellten Weise über die Sache gesprochen worden, und es wäre auch nicht zu verstehen, daß eine ad hoc konstruierte Sache dann noch längere Zeit "auf Eis gelegt" wurde.

Da Hitler angeordnet hatte, daß der Generaloberst v. Fritsch in der Prinz-Albrecht-Str. 8 zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen vernommen werden sollte, erhielt Dr. Best - weil man den Generalobersten nicht von einem Kriminalbeamten vernommen lassen wollte - als ranghöchster Beamter den Auftrag, die Vernehmung durchzuführen. Entgegen anderslautenden Darstellungen haben nur zwei Vernehmungen stattgefunden.

Zu den bekannten Darstellungen über den Verlauf dieser Vernehmungen bemerkt Dr. Best folgendes: Um seine Absicht zu zeigen, die Vernehmung in anständiger und verständnisvoller Form durchzuführen, empfing Dr. Best den Generalobersten am Portal des Dienstgebäudes und geleitete ihn zu dem Vernehmungsraum. Auf der Treppe sagte er ihm, daß er wegen seines Dienstgrades als Ministerialdirigent, der also im Generalsrang stehe, mit der Vernehmung beauftragt worden sei. Da bei der Vernehmung andere Beamte zugegen sein würden, wolle er dem Generalobersten vorher sagen, daß er ihm auf Wunsch auch gern zu einer Besprechung unter vier Augen zur Verfügung stehe. Es ist möglich, daß Dr. Best

Krim-Kanal(?)
Fritsch hat
nachher
für sich
Fritsch
vernommen

Hillmann
11.

auch später während der Vernehmung in dem gleichen Sinne die Frage wiederholt hat, ob der Generaloberst mit ihm allein sprechen wolle. Es handelte sich hier also nicht um einen "plumpen" Versuch, dem Generalobersten irgend etwas zu entlocken, sondern um die beste Absicht, die geinliche Vernehmung möglichst gentleman-like zu gestalten.

In einer dieser Vernehmungen - es war wohl die zweite, die zum Zwecke dieser Gegenüberstellung angesetzt wurde, - hat der Generaloberst von Fritsch sich mindestens eine Stunde lang mit dem Expremierer Schmidt über Einzelheiten der von diesem behaupteten Vorgänge lebhaft auseinandergesetzt. Dr. Best empfand diese Auseinandersetzung als peinlich; er hatte eigentlich erwartet, daß der Generaloberst es schroff ablehnen würde, in Gegenwart des Berufsverbrechers überhaupt sich zu äußern.

Die Vernehmung v. Fritsch's in der Wannsee-Villa ist durch Meisinger erfolgt. Dr. Best weiß hierüber nichts.

Die mit den Ermittlungen beauftragten Beamten sind - wie Dr. Best aus Gesprächen über die Untersuchung erfuhr - erst im Laufe der Ermittlungen auf die Spur des Rittmeisters s.D. Frisch in Idchterfelde gestossen. Diese Spur wurde jedoch irgendwie vernachlässigt, sodaß die militärische Abwehr der Geheimen Staatspolizei bei dem Rittmeister s.D. Frisch zuvorkam. Dies wurde als eine Blamage empfunden, und der Kriminalkommissar Fehling ist gemäßregelt worden, weil er nicht - nach Dr. Best's Erinnerung spielte dabei ein Bankkonto eine Rolle - durch folgerichtige Fortführung der Ermittlung auf Frisch gestoßen war.

Die Frage des Reichsjustizministers Gürtner, ob in das vorgesehene Kriegsgericht nicht auch Dr. Best aufgenommen sei, kann nur der Initiative Dr. Gürtner's entsprungen sein. An sich wäre neben den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtsteile nur Himmler oder höchstens Heydrich in Frage gekommen. Dr. Best

vermutet nun, daß Dr. Gartner, der ihn kannte und schätzte, Dr. Best vorschlug, um die Beteiligung Himmler's oder Heydorich's in dem Kriegsgericht zu verhindern.

Nach den beiden Vernehmungen hat Dr. Best seinen Vorgesetzten Heydorich und Himmler eindeutig seine Meinung dahin gesagt, daß an der Sache, die der Expresser Schmidt behauptete, wie auch an der von v. Fritsch selbst erwähnten Sache mit den beiden Hitlerjungen bestimmt nichts sei. Dr. Best erinnert sich, mit Himmler einen ganzen Abend über diese Frage diskutiert zu haben, wobei Himmler an seiner Auffassung, daß v. Fritsch belastet sei, festhielt und u.a. von der "Gangoven-Ehre" des Berufsverbrechens sprach, den Dr. Best schlechthin als Lügner bezeichnete.

Auch mit Göring konnte Dr. Best über seine Eindrücke sprechen und fand bei ihm volles Verständnis. Dr. Best ist der Auffassung, daß Göring in dieser Angelegenheit den festen Willen gehabt hat, die Wahrheit festzustellen und v. Fritsch zu entlasten. Er hat nach dem Freispruch Dr. Best mit dem Stolz eines Nicht-Juristen gefragt, ob er - Göring - die Sache nicht gut gemacht habe, als er den Schmidt "aufs Kreuz legte".

Die in den Buch des Grafen Kielmannsegg wiedergegebene Äußerung zu den Senatspräsidenten Neuroth hat Dr. Best nicht gemacht. Hier muß irgendein Irrtum vorliegen.

Die Äußerung des ehemaligen Generals der Waffen-SS Wolff sieht Dr. Best als im allgemeinen zutreffend an. Er hält es nach seinen eigenen Erfahrungen mit Hitler für durchaus bezeichnend, daß dieser eine solche Methode anwandte, um v. Fritsch loszuwerden. Hitler sei nach Dr. Best's Erfahrung stets gern unmittelbaren Auseinandersetzungen ausgewichen und habe deshalb auch ihn - Dr. Best - mehrfach nicht empfangen, als er begründete Widersprüche von ihm erwarten mußte. Dem entsprach es, wenn Hitler auch im Fall v. Fritsch die offene

Auseinandersetzung vermied.

Himmler und Heydrich hätten jeden Wunsch Hitler's als Befehl aufgefasst und stur durchgeführt, wozu im Falle v. Fritsch kam, daß sie aus ihrer Gegnerschaft gegen ihn und seinesgleichen heraus nur zu gern unterstellten, daß er schuldig sei.

Dr. Best erinnert sich, erfahren zu haben, daß v. Fritsch auf seiner Reise nach Ägypten auf Befehl Hitler's überwacht worden sei. Der Grund für diesen Befehl war ein allgemeines politisches Mißtrauen gegen v. Fritsch, dem zugetraut wurde, daß er im Ausland vielleicht politische Verbindungen aufnehmen könnte.

Zum besseren Verständnis des Vorstehenden wird angefügt, daß Dr. Best - bis zu seinem Ausscheiden aus dieser Stellung - der Chef des Amtes I (Verwaltung und Recht) des "Hauptamtes Sicherheitspolizei im Reichsministerium des Innern" (das erst vom September 1939 ab "Reichssicherheitshauptamt" genannt wurde) gewesen ist und daß er mit der polizeilichen Bearbeitung einzelner Fälle, für die das Amt IV (Politische Polizei) und das Amt V (Kriminalpolizei) zuständig waren, nichts zu tun hatte. Er wurde sogar von dem Amtschef IV Heinrich Müller wie auch von Heydrich sorgfältig von allen politisch-polizeilichen Fällen ferngehalten und uninformatiert gelassen. Nur in einem Ausnahmefall wie dem des Generalobersten von Fritsch erhielt Dr. Best - weil man hier den Juristen und Ministerialdirigenten herausstellen wollte - einen eng umrissenen Vernehmungsauftrag.

So erklärt es sich, daß Dr. Best's Wissen über die polizeiliche Bearbeitung des Falles v. Fritsch im wesentlichen auf zufälligen Informationen durch Gespräche innerhalb des Amtes, nicht auf dienstlichem Vortrag der bearbeitenden Beamten und auf Aktenkenntnis beruhte.

Finanzamtstande.

Offen, den 20. 10. 52.

Dr. Hermann Best.

00000

Stellungnahme
Best zum 30.6.34

75-20711-1115

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Der Bundesminister der Justiz

Bonn, den 26. September 1951

Postfach

Telefon 12/3642

Herrn
Dr. Ernst Achenbach, M.d.L.
Essen

Graf Bernadotte Str. 33



Sehr geehrter Herr Dr. Achenbach!

In der Sache Best habe ich den Eindruck, daß die Möglichkeit einer Einstellung des Verfahrens aus Rechtsgründen, insbesondere unter Annahme eines Nötigungsnotstandes nach § 52 des Strafgesetzbuches gegeben ist. Unter diesen Umständen erscheint es mir richtig zu erwägen, daß Herr Dr. Best sich einvernehmen läßt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

(gez.) Dehler

Beantwortung des Fragebogens des Generalstaatsanwalts in München

vom 18. Juni 1951 (1 Js Gen 1 ff/49').

Zur Person:

Karl Rudolf Werner Best, geb. 10. 7. 1903 in Darmstadt, Dr. jur., bis 1945 Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt und Deutscher Reichsbevollmächtigter in Dänemark mit Amtssitz in Kopenhagen, verheiratet, 5 Kinder, jetziger Wohnsitz: Rumeln, Kreis Moers, Burgweg 7.

Berufsweg: 1928 juristisches Staatsexamen, 1929 - 1931 in der hessischen Justiz beschäftigt, 1931 - 1933 aus politischen Gründen ausser Verwendung, 1933 Regierungsrat und Leiter der Polizeiabteilung im Hessischen Innenministerium, September 1933 wegen Konflikts mit dem Reichstatthalter Sprenger zwangsbeurlaubt, November 1933 bis Ende 1934 informatorisch im SD beschäftigt, Januar 1935 preussischer Oberregierungsrat und Leiter der Abteilung I (Verwaltung und Recht) des Geheimen Staatspolizeiamts in Berlin, 1936 Ministerialrat und Chef des Amtes I (Verwaltung und Recht) des Hauptamtes Sicherheitspolizei im Reichsministerium des Innern, 1937 Ministerialdirigent, 1940 Ministerialdirektor, Mai 1940 aus dem Reichsministerium des Innern ausgeschieden, Juni und Juli 1940 Rekrut im Ersatzbataillon 36 in Friedberg (Hessen), August 1940 bis Juli 1942 Kriegsverwaltungschef beim Militärbefehlshaber in Frankreich, August 1942 in den Auswärtigen Dienst berufen, November 1942 bis Mai 1945 Deutscher Reichsbevollmächtigter in Dänemark.

Politischer Weg: Durch den Soldatentod des Vaters 1914, den Zusammenbruch von 1918 und die 11jährige französische Besetzung der rheinischen Heimat (Mainz) Nationalist, Gründer des ersten Nationalen Jugendbundes im besetzten Rheinland, Teilnahme am "Ruhrkampf" (November 1923 zu 25 Tagen Gefängnis, Juli 1924 zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt), als Student 1921 - 1925 Mitglied der Führung des Deutschen Hochschulrings, 1919 - 1929 Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, 1925 - 1930 mit Graf Georg Friedrich zu Solms-Laubach Führer eines überparteilichen "Nationalblocks in Hessen", November 1930 unter dem Eindruck der progressiven Arbeitslosigkeit, des zunehmenden Bürgerkriegs und der Wahl vom September 1930 in die NSDAP eingetreten, Leiter der Rechtsabteilung der Gauleitung Hessen-Darmstadt, 1931 Abgeordneter im Hessischen Landtag, nach Aufhebung der Verwendung in der Justiz von Dezember 1931 bis März 1933 (unbesoldeter) Kreisleiter der NSDAP in Mainz, seit 1931 Angehöriger der SS (nie eine Stunde SS-Dienst mitgemacht, vielmehr mit den staatlichen Dienststrängen und -stellungen bis zum SS-Obergruppenführer befördert), vom Wiedereintritt in den Staatsdienst an keine politische Funktion mehr ausgeübt.

00008

Vorstrafen:

November 1923 vom französischen Militärpolizeigericht in Mainz zu 25 Tagen Gefängnis verurteilt wegen "verbotener Versammlung".

9. 7. 1924 vom französischen Kriegsgericht in Mainz zu 3 Jahren Gefängnis und 1000 Goldmark Geldstrafe verurteilt wegen "Waffenbesitzes und Zugehörigkeit zu einer verbotenen Organisation".

20.9.1948 vom Stadtgericht in Kopenhagen zum Tode verurteilt; 18.7.1949 vom Landgericht in Kopenhagen zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt; 13.3.1950 vom dänischen Höchstgericht zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt; hierzu wird auf die beigefügte Darstellung meiner Tätigkeit in Dänemark Bezug genommen.

Zur Sache:

Vor der Beantwortung der gestellten Fragen halte ich es für angebracht, zum besseren Verständnis meiner Stellung und Betätigung in München im Jahre 1934 kurz zu schildern, wie ich dorthin gekommen bin.

Nach der Wahl am 5. 3. 1933 war ich - nachdem das Hessische Justizministerium in Dezember 1931 meine Verwendung als Gerichtsassessor aus politischen Gründen aufgehoben hatte - wieder in den Staatsdienst eingestellt und als Regierungsrat mit der Leitung der Polizeibehörde des Hessischen Innenministeriums in Darmstadt beauftragt worden. Nach etwa einem halben Jahre geriet ich in Konflikte mit dem Reichstatthalter Sprenger, der mir vorwarf, dass ich in vieler Hinsicht nicht so "scharf durchgriff", wie er es wünschte. Am 9. 9. 1933 wurde ich zwangsbeurlaubt, ohne dass weitere Massnahmen folgten. In der Folgezeit erreichte mich ein Angebot Himmler's, mich als Verwaltungsbeamter für den Aufbau einer einheitlichen Reichspolizei zur Verfügung zu stellen, das ich annahm. Da die für mich geplante Verwendung in diesem Zeitpunkt noch nicht möglich war, erhielt ich den Auftrag, mich zu meiner Information zunächst in SD (Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS) zu betätigen und dabei die Politischen Polizeien der betreffenden Bereiche kennen zu lernen. Ich wurde zunächst nach Stuttgart kommandiert, wo vom SD praktisch noch gar nichts vorhanden war. Ich richtete die Dienststelle des "SD-Oberabschnitts Süd-West" ein und bemühte mich, in den Ländern Württemberg und Baden einige Stützpunkte für die SD-Arbeit zu schaffen. Dabei informierte ich mich gründlich über die Politischen Polizeien in Stuttgart und in Karlsruhe. Ausserdem betrieb ich auftragsgemäss bei den Reichstatthaltern dieser Länder die Ernennung Himmler's zum "Politischen Polizeikommandeur" in Württemberg und Baden; die Ernennung Himmler's zum "Politischen Polizeikommandeur" aller deutschen Länder war ja der erste Schritt zur "Vereinlichung" der Länderpolizeien.

Anfang 1934 erhielt ich plötzlich den Auftrag, die Leitung des

"SD-Oberabschnitt Süd" in München zu übernehmen, dessen bisheriger Leiter aus mir nicht mehr erinnerlichen Gründen abgelöst werden sollte. Wenn ich mich recht erinnere, übernahm ich im März 1934 die Dienststelle des Oberabschnitts, die sich damals in Geiselgasteig befand. Sie bestand aus weniger als einem Dutzend meist sehr junger Menschen, die eigentlich nicht recht wussten, was sie tun sollten. Im Lande Bayern bestanden auch kaum Stützpunkte des SD. Da für den "SD-Oberabschnitt Süd-West" in Stuttgart kein neuer Leiter ~~gefunden~~ gefunden war, musste ich auch seine Leitung beibehalten. Ich fuhr deshalb in den folgenden Monaten jede Woche einmal nach Stuttgart (wo die Dienststelle des "Oberabschnitts" aus etwa 6 Mann bestand, wozu 3 "Abschnittsführer" in Württemberg, Baden und der Rheinpfalz mit je einer Hilfskraft kamen!). Die übrige Zeit war ich meist in Bayern unterwegs, um die Organisation des SD ein wenig auszubauen. Mich interessierte auch an dieser Einrichtung in erster Linie die organisatorische Seite, während ich den sachlichen Ergebnissen dieses embryonalen Nachrichtendienstes kein Interesse entgegenbrachte. Zudem rückte - nachdem im Mai 1934 Himmler und Heydrich in Berlin die Leitung der Preussischen Geheimen Staatspolizei übernommen hatten - meine vereinbarte Beschäftigung in der Reichszentrale immer näher; tatsächlich habe ich schon von etwa September 1934 ab die Hälfte meiner Zeit in Berlin verbracht, um mich in die Verwaltung der Geheimen Staatspolizei einzuarbeiten, die ich dann Anfang Januar 1935 endgültig übernahm.

Diese Tatsachen, die erforderlichenfalls durch Zeugen belegt werden können, berichte ich, um meine Erklärung glaubhaft zu machen, dass ich in der kurzen Zeit, in der ich in München tätig war, so gut wie keine Kenntnis der politischen Verhältnisse in München und Bayern und der persönlichen Beziehungen - Freundschaften und Feindschaften - der dortigen politischen Persönlichkeiten erwarb und dass mir die Namen und die früheren Betätigungen der Opfer des 30. Juni 1934 durchweg - mit Ausnahme des Herrn von Kahr - unbekannt waren.

A. Vorgänge vor dem 30. Juni 1934.

Zu Frage 1: Ich erinnere mich nicht, dass schon Anfang Juni 1934 Alarmbereitschaft befohlen war. Nach meiner Erinnerung begann die Alarmbereitschaft mit der zu Frage 4 zu erwähnenden Besprechung in Berlin.

Zu Frage 2: Deshalb erinnere ich mich auch nicht an irgendwelche Modalitäten einer Alarmbereitschaft von Anfang Juni.

Zu Frage 3: Der SS-Motorsturm wurde in den Tagen um den 30. Juni 1934 benötigt, um die in Berlin erteilten Aufträge zur Beobachtung der Münchener SA durchzuführen. Der SD-Oberabschnitt Süd hatte wie schon erwähnt - kaum ein Dutzend Menschen; ich glaube auch nicht, dass ausser meinem Dienstkraftwagen noch ein zweiter Wagen zur Verfügung stand.

Zu Frage 3a: Über Alarmmassnahmen im Kz.L. Dachau weiss ich nichts, deshalb auch nichts über den Weg der Befehle.

Zu Frage 3b: In dem Hause Leopold-Strasse 10 in München waren in der fraglichen Zeit zwei Dienststellen des SD untergebracht: das "SD-Amt", die unter der Leitung Heydrich's stehende Zentrale des SD, in zwei oder drei Stockwerken, und der unter meiner Leitung stehende "SD-Oberabschnitt Süd" in einem Stockwerk. Der ehemalige Major Franz Walter Ilges war Referent im SD-Amt. Mit seiner Arbeit hatte ich nichts zu tun und weiss auch nichts von einer von ihm angefertigten Liste.

Zu Frage 4: Ganz kurz vor dem 30. Juni 1934 war ich von Heydrich nach Berlin befohlen worden, wo im "Geheimen Staatspolizeiamt" (Prinz Albrecht-Str. 8) alle Leiter der SD-Oberabschnitte zusammentrafen. Heydrich - Himmler war nicht anwesend - teilte uns mit, dass nach sicheren Nachrichten eine Revolte der SA unter Röhm geplant sei. Er sprach auch von ~~seiner~~ Beziehungen Röhm's nach Frankreich und von der Mitwirkung weiterer staatsfeindlicher Kräfte, der in grosser Menge in die SA eingeströmten Kommunisten und "reaktionärer" Kreise. Der einzige Schutz des Staates und der Regierung des Führers seien die SS und die Reichswehr. Der Führer werde die erforderlichen Massnahmen zur Abwehr des Umsturzes befehlen. Zunächst seien alle verfügbaren Kräfte zu Beobachtung der SA einzusetzen. Selbstverständlich müssten wir und unsere Männer Tag und Nacht erreichbar und bereit sein, um zur Durchführung der Abwehrmassnahmen eingesetzt zu werden. Zur Ergänzung unserer geringen Kräfte sollte die allgemeine SS herangezogen werden, soweit sie nicht vom Reichsführer besondere Einsatzbefehle erhalte.

Ausser an diese Mitteilungen und Weisungen kann ich mich noch an die Einzelheit erinnern, dass ich mit Heydrich über die Person des SA-Obergruppenführers Schneidhuber stritt. Ich erklärte, dass ich Schneidhuber, den ich schon in der "Kampfzeit" kennen gelernt hatte, für anständig und treu hielt, während Heydrich ihn für "gefährlich" hielt. Da ich mich an diese Kontroverse erinnere, weiss ich auch, dass in diesem Augenblick noch keine konkrete Massnahme gegen Schneidhuber befohlen wurde.

Zu Frage 5: An die Besprechung in der Reichsführung-SS habe ich keine Erinnerung mehr. Es ist aber durchaus möglich, dass die Frage des Einsatzes der allgemeinen SS diese Besprechung notwendig machte. Ihr Verlauf und Inhalt hat sich aber meinem Gedächtnis nicht eingeprägt.

Ich kann mich auch nicht erinnern, den SS-Gruppenführer Prützmann zu jenem Zeitpunkt oder überhaupt in München gesehen zu haben. Er führte den SS-Oberabschnitt Süd-West in Stuttgart, wo ich ihn öfter aufgesucht hatte.

Zu Frage 6: Zweifellos habe ich sofort die in Berlin befohlenen Aufträge zur Beobachtung der SA erteilt. Dafür war in erster Linie der örtliche SD-Abschnitt - Leiter: Walter Kurreck - zuständig. Da dieser mit seinen 3 oder 4 Köpfen der Aufgabe kaum gewachsen war, habe ich sicher

auch noch Männern von der Dienststelle des SD-Oberabschnitts entsprechende Aufträge erteilt. An Einzelheiten erinnere ich mich nicht, halte es aber für wahrscheinlich, dass der Aufenthalt und das Verhalten der wichtigsten SA-Führer in München dabei eine Rolle spielte.

Zu Frage 7: Die Beobachtungsaufträge wurden durchgeführt. Von den Ergebnissen ist mir in der Erinnerung geblieben, dass eine ganze SA-Standarte an dem fraglichen Tage - es dürfte der 29. Juni 1934 gewesen sein - sich versammelte und in geschlossener Marschkolonne aus der Stadt marschierte. Auch wurden irgendwelche Waffentransporte der SA gemeldet. Alle Beobachtungen wurden befehlsgemäss sofort nach Berlin an Heydrich berichtet (durch Fernschreiber).

Zu Frage 8: An die erwähnte Meldung Kurreck's bei Oberg erinnere ich mich nicht, aber sie ist aus den folgenden Gründen gut möglich.

Zu Frage 9: Oberg war Abteilungsleiter im SD-Amt und vertrat in diesem Amt den abwesenden Chef des SD Heydrich. Er repräsentierte also insoweit die mir vorgesetzte Zentralinstanz des SD. Heydrich hat in jenen Tagen seine Befehle abwechselnd an Oberg und an mich gegeben, je nach dem, wer gerade beim Fernschreiber oder am Fernsprecher erreichbar war. Soweit Oberg Befehle auszuführen hatte, stand ihm auch das Personal des SD-Oberabschnitts zur Verfügung. Deshalb ist es durchaus möglich, dass Kurreck als der örtlich zuständige SD-Abschnittsleiter auch von Oberg Befehle erhielt.

Von einem "Leiter der Aktion" kann deshalb nicht gesprochen werden, weil sich erst durch die nach und nach erteilten Befehle und ihre Durchführung eine "Aktion" entwickelte. Da ausserdem jede einzelne Massnahme und die Art ihrer Durchführung von Berlin aus genau befohlen wurde und in München keinerlei selbständige Entschlüsse zu treffen waren, genügte jeweils ein Befehlsempfänger, der die Berliner Befehle an die ausführenden Organe weiter erteilte. Wer anwesend war und an den Fernschreiber gerufen wurde, erfüllte diese Aufgabe, einmal Oberg und einmal ich.

Zu Frage 10: In der Nacht vom 29. auf 30. Juni 1934 erhielt ich von Berlin den Befehl, nach dem Lechfeld zu fahren und die "Leibstandarte Adolf Hitler" auf einem genau vorgeschriebenen Wege nach München zu führen. Ich fuhr zu dem angegebenen Bahnhof - möglicherweise Landsberg (mir schwebt in der Erinnerung ein sehr kleiner Bahnhof vor) -, wo die Truppe ausgeladen wurde, und meldete dem Kommandeur Sepp Dietrich meinen Befehl. Dann setzte ich mich mit meinem Wagen an die Spitze der Kolonne. Die Fahrt führte im langsamen Tempo einer solchen Transportkolonne in einem weiten Umweg über Bad Tölz von Süden her nach München. Wir waren den ganzen Vormittag des 30. Juni 1934 unterwegs.

Ich hatte nur diesen Befehl von Heydrich, der sich auf Himmeler bezog, erhalten; eine Abänderung meines Befehls erfolgte nicht mehr. Dieser Befehl änderte die ursprünglichen Transportdispositionen der Leibstandarte ab, die ich nicht kannte oder jedenfalls vergessen habe.

Auch an den Grund dieser Dispositionsänderung erinnere ich mich nicht, wenn ich ihn überhaupt damals erfahren habe.

Ich glaube nicht, dass Einheiten der Reichswehr mit der Leibstandarte ausgeladen wurden und an der Kolonnenfahrt nach München teilnahmen.

An der Fahrt Hitler's nach Wiessee habe ich nicht teilgenommen.

Zu Frage 11: Dietrich erzählte mir nichts über seine Befehle. Er war nicht mit mir von München zum Lechfeld gefahren, sondern ich traf ihn dort. Warum der dortige Bahnhof zum Ausladen der Truppe gewählt worden war, wusste ich nicht, nahm aber an, dass in München kein Aufsehen erregt werden sollte und dass deshalb dieser Umweg bestimmt worden war.

Zu Frage 12: Die Leibstandarte fuhr über Bad Tölz nach München. Ich erinnere mich nicht, dass sie irgendwo "aufgehalten" worden wäre.

Zu Frage 13: Ich trennte mich kurz vor München von der Leibstandarte. Wo diese dann untergebracht wurde, weiss ich nicht. Ich fuhr nicht im Wagen von Dietrich sondern in meinem Dienstwagen mit meinem Fahrer Karl Schuster; ob noch ein weiterer Mann von meiner Dienststelle mit mir fuhr, erinnere ich mich nicht.

Zu Frage 14: Ich erinnere mich an keine Reichswehr-Einheit.

Zu Frage 15: Ich erinnere mich nur an die bereits erwähnte SA-Standarte, die am 29. Juni 1934 geschlossen aus München herausmarschierte, ohne dass der Zweck dieses Unternehmens zu erkennen war. Wer diesen Marsch befohlen hatte, habe ich nie erfahren. Von 2 "neutradier SA" auf dem Königsplatz weiss ich nichts. Ich weiss auch nichts über Gerüchte dieser Art und über einen "vorher verabredeten Plan", dadurch Handhaben gegen die SA zu gewinnen.

B. Vorgänge am 30. Juni 1934 im Wittelsbacher Palais in München.

Zu Frage 1: In der Nacht zum 30. Juni 1934 oder in den frühen Morgenstunden dieses Tages erhielten Oberg und ich von Heydrich den Befehl, uns ständig im Wittelsbacher Palais aufzuhalten, um jederzeit zum Fernschreiber kommen zu können. (In den SD-Diensträumen in der Leopold-Str. 10 war kein Fernschreiber-Anschluss.) Wir benutzten Heydrich's Dienstraum, der ja frei war, zum Aufenthalt und sein Vorzimmer - besetzt mit Josef Strohmeyer - zur Vermittlung von Ferngesprächen und dergleichen.

Von da ab wurden Oberg oder ich - wir waren nicht ständig zugleich anwesend(s. meine Fahrt zum Lechfeld!)- mit steigender Häufigkeit zum Fernschreiber geholt, um entweder persönlich Fernschreiben entgegenzunehmen oder mit Heydrich oder einem von ihm Beauftragten sogen. Fernschreibgespräche zu führen. Auf diese Weise wurde uns von Fall zu Fall ganz genau befohlen, welche Massnahmen wir veranlassen sollten und wie diese auszuführen seien.

Dass die in München zu treffenden Massnahmen in dieser Form von Berlin aus gesteuert worden sind, ist wie folgt zu erklären: 00013

Hissler und Heydrich, die erst seit etwa 6 Wochen in Berlin tätig waren, fühlten sich noch durchaus im Münchener Milieu zu Hause und disponierten für München, als ob sie selbst dort anwesend wären. Aus der Bayrischen Politischen Polizei hatten sie die ihnen vertrauenswürdigsten Beamten - wie Müller, Huber, Meisinger und eine Anzahl weiterer Vollzugsbeamter - mit nach Berlin genommen, sodass in diesem Kreise jede in München zu treffende Massnahme bis in die kleinsten Einzelheiten festgelegt werden konnte. Da der in München zurückgebliebene Teil der Bayrischen Politischen Polizei vielleicht nicht so ganz das Vertrauen der abwesenden Chefs genoss und mindestens der Geheimhaltung angesichts der engen lokalen Bindungen dieser Beamten nicht ganz getraut wurde, verfuhr man so, dass man die beiden in München Fremden - den Hamburger Oberg und den Hessen Best - als Befehlsempfänger und -übermittler benützte, denen man in allen Details vorschrieb, was getan und mit welchen Kräften es ausgeführt werden sollte.

Zu Frage 2: Selbstverständlich brauchten Oberg und ich zur Durchführung der uns erteilten Befehle Hilfskräfte und benützten als solche in erster Linie unsere wenigen SD-Männer. Strohmeier versah nach meiner Erinnerung nur seinen Vorzimmerdienst. Was Kurreck und Andere im Einzelnen auszuführen hatten, erinnere ich mich nicht mehr.

Zu Frage 3: Von den leitenden Beamten der Bayrischen Politischen Polizei sind nach meiner Erinnerung am 30. Juni 1934 nur die Regierungsräte Beck und Brunner anwesend gewesen. Dr. Stepp hat nach meiner Erinnerung erst viel später die Leitung der Behörde übernommen. An Klein erinnere ich mich für diesen Tag nicht.

Soweit für die Durchführung der von Berlin befohlenen Massnahmen irgendeine Mitwirkung der Bayrischen Politischen Polizei erforderlich war - und sei es nur die Feststellung einer Adresse gewesen - , wurde der Befehl einem der leitenden Beamten mitgeteilt, damit er den auf ihn entfallenden Ausführungsanteil erfülle. Kameradschaftlich wurden die leitenden Beamten unterrichtet, was im Gange war.

Zu Frage 4: Auf Befehl von Berlin wurden Männer von der Truppe des SS-Gruppenführers Rodenbücher zum Wittelsbacher Palais kommandiert, um zur Durchführung der befohlenen Massnahmen verwendet zu werden.

Zu Frage 5: Wie diese Männer zum Wittelsbacher Palais gebracht wurden, weiss ich nicht mehr. Ihr Einsatz erfolgte auf Befehl von Berlin.

Zu Frage 6: Die Fernschreiben von Berlin mussten zum grossen Teile von Oberg oder mir am Fernschreiber persönlich abgenommen werden. Soweit dies nicht von Berlin verlangt wurde, dürften Meissner und Strohmeier die Fernschreiben in Heydrichs Dienstzimmer gebracht haben.

Auf die Frage nach den erteilten Weisungen kann ich nur antworten, dass alles, was in diesen Stunden ausgeführt worden ist, genau so von Berlin befohlen worden war. Was im Einzelnen in jenen Stunden höchster Erregung und grösster Überanstrengung durch meine Hände gegangen ist,

00014

kann ich mich nicht mehr erinnern.

Am Berliner Fernschreiber meldete sich jeweils entweder Heydrich oder einer seiner nächsten Mitarbeiter wie Müller, gelegentlich auch ein Adjutant.

Zu Frage 7: Ja.

Zu Frage 8: Die einzelnen Massnahmen wurden nach und nach in einer ganzen Reihe von Fernschreiben befohlen, was den Eindruck machte, als ob man in Berlin erst nach und nach über die Belastung der betreffenden Personen informiert worden wäre.

Auf Grund einer vorweg gegebenen Mitteilung aus Berlin wurden die zu treffenden Massnahmen dadurch befohlen, dass zu den Namen Kreuze gesetzt wurden. Ich meine, mich zu erinnern, dass ein Kreuz, zwei Kreuze und drei Kreuze verwendet wurden, weiss aber nicht mehr, was diese Zeichen im einzelnen bedeuteten. Vermutlich bedeuteten die drei Kreuze Erschiessung, aber die Unterscheidung der beiden anderen Zeichen weiss ich nicht mehr.

Die Kreuze waren Bestandteile der Originalfernschreiben.

Zu Frage 9: Ich war bei der Vorführung Schneidhuber's und Schmidt's nicht zugegen und weiss nichts über ihren Transport nach Stadelheim und über den Zeitpunkt, zu dem ihre Erschiessung befohlen wurde.

Zu Frage 10: Ich erinnere mich an den Vorgang nicht. Wenn Kurreck diese Massnahmen durchführte, waren sie ihm von mir oder von Oberg auf Grund von Berliner Befehlen befohlen worden.

Zu Frage 11: Ich erinnere mich nicht an den fraglichen Vorgang.

Ich habe - wie schon in meinen einleitenden Bemerkungen ausgeführt - keinerlei eigenes Wissen über die Personen, gegen die am 30. Juni 1934 vorgegangen wurde in München vorgegangen wurde, gehabt. Ich konnte deshalb gegen die befohlenen Massnahmen nicht zugunsten bestimmter Personen vorstellig werden sondern musste hinnehmen, dass meine Vorgesetzten, die die Münchener Verhältnisse und die fraglichen Personen genauestens kannten, diese Personen für schuldig hielten.

In einem Falle, der allerdings nicht von Berlin befohlen war, habe ich mein Wissen erfolgreich geltend gemacht. Am 30. Juni 1934 brachten Darmstädter Kriminalbeamte die hessischen SA-Brigadeführer Dr. Ivers und Lucke verhaftet nach München und übergaben sie der Bayerischen Politischen Polizei mit einer Mitteilung des Reichstatthalters Sprenger, die beiden seien Rebellen gegen den Führer und sollten wie die anderen behandelt werden. Ich setzte mich sofort am Fernschreiber mit Heydrich in Verbindung und verbürgte mich dafür, dass diese beiden mir bekannten SA-Führer "in Ordnung" seien. Darauf ordnete Heydrich ihre Freilassung an. Über diesen Fall weiss Bescheid der Oberst a.D. Otto Wagner, Säckingen (17b), Schliessfach 18.

00015

Zu Frage 12: Ich kenne die Darstellung Düsterberg's aus seinem Buche und habe ihn noch vor seinem Tode überzeugen können, dass er einem

Irrtum hinsichtlich meiner Person unterlag. Er sagte mir zu, dass er im Falle einer 2. Auflage seines Buches eine Berichtigung dieser Darstellung vornehmen wolle. Das Schreiben befindet sich in der Hand des Rechtsanwalts Dr. Erich Jung in Mainz-Gonsenheim, Kapellen-Str. 18.

Düsterberg will meinen Namen dadurch erfahren haben, dass ich ihn später in Berlin vernommen hätte. Dies trifft nicht zu, weil ich in Berlin als Verwaltungschef der Geheimen Staatspolizei bzw. Sicherheitspolizei keine Vernehmungen gemacht habe (mit der einzigen Ausnahme der aus besonderen Gründen mir aufgetragenen Vernehmung des Generalobersten von Fritsch).

Es ist und war auch nicht meine Art, einen Mann wie Düsterberg mit Du anzureden und solchen Unsinn zu sagen wie: "Dein Leben ist verwirkt". Schliesslich behauptete Düsterberg, ich hätte ihm eine Zigarette und Feuer gegeben, während ich damals strikter Nichtraucher gewesen bin.

Ich habe keine eigene Erinnerung daran, dass ich am 30. Juni 1934 mit Düsterberg zu tun gehabt hätte. Da mir seine Bedeutung wohl bekannt war, hätte sich mir sicher eingeprägt, wenn seine Erschiessung befohlen gewesen wäre und wenn ich eine Abänderung dieses Befehls erwirkt hätte. Ich nehme deshalb an, dass nur die Festnahme Düsterberg's befohlen war und dass ihre Durchführung von mir oder von Oberg veranlasst wurde. Alles Andere muss ein bedauerliches, dummes Benehmen untergeordneter Kräfte gewesen sein. Schon dass "4 SS-Führer" bei mir gewesen sein sollen, ist unmöglich, da um mich und Oberg keine SS-Führer sondern nur kleine Unterführer - der SS-Abschnittsleiter Kurreck war Scharführer! - gewesen sind, die ständig hin- und hergejagt würden. Ob von diesen zufällig einmal 5 zusammen waren und dieses dumme Theater mit Düsterberg spielten, muss ich dahingestellt sein lassen. Auf meinen Namen kam er zweifellos dadurch, dass ich ihn in der Folgezeit im Zusammenhang mit den Vorgängen des 30. Juni 1934 in München genannt worden bin.

Zu Frage 13: Ich habe an der erwähnten Versammlung nicht teilgenommen.

C. Er mordungen.

I. Allgemeines.

Zu Frage 1: Ich war am 30. Juni 1934 überzeugt, dass die Gefahr eines gewaltsamen Umsturzes der bestehenden Staatsordnung gegeben war. Das Verhalten zahlreicher hoher und anderer SA-Führer und die gewaltige Aufblähung der SA durch die Aufnahme von Millionen bisheriger "Marxisten", die unklare Preklamation "sozialistischer" Ziele, die Phrase von der "zweiten Revolution" und die Ungeduld der unbeschäftigten, meist erwerbslosen SA-Männer liess es als möglich erscheinen, dass diese Tendenzen - von catilinarischen Führern angestützt - in einen "braunen Bolschewismus" ausarten würden. Ob aktuelle Absichten dieser Art bestanden, konnte nur die verantwortliche Führung

das waren für mich Hitler, Himmler und Heydrich - wissen und beurteilen; mir fehlten die tatsächlichen Voraussetzungen hierfür. Wenn aber eine SA-Revolution bevorstand und die SA-Führung - wie Heydrich behauptet hatte - mit anderen Gegnern der bestehenden Staatsordnung und gar mit dem Ausland konspirierte, dann war tatsächlich der Staat und die von der Führung gewollte und auch von mir als notwendig angesehene ruhige Evolution aufs höchste gefährdet. Denn was bedeuteten die 100 000 Mann Reichswehr und die noch schwächere SS gegen die Millionen der SA und der mit ihr mindestens im Negativen zusammen gehenden Kreise? Wenn also die von Heydrich behaupteten Voraussetzungen gegeben waren, bestand tatsächlich höchster Staatennotstand, und die Zukunft Deutschlands konnte von den Abwehrmassnahmen, die uns befohlen wurden, abhängen. Zu prüfen, ob die behaupteten Voraussetzungen gegeben waren, war ich nicht in der Lage und fühlte mich deshalb auch nicht berechtigt, daran zu zweifeln.

Ebenso fühlte ich mich nicht berechtigt, zu bezweifeln, dass die befohlenen Abwehrmassnahmen auf Grund der bestehenden Situation notwendig waren. Denn die Notwendigkeit konnte nur die höhere Führung beurteilen, die wusste, welcher Art die Gefahr war, die abgewehrt werden musste.

Bestand aber der Staatennotstand und waren bestimmte Abwehrmassnahmen wirklich notwendig, so zweifelte ich nicht an ihrer Rechtmässigkeit. Nach meiner Auffassung war das Volk und die ihm nützlichste Staatsordnung - und dafür hielt ich aufrichtig die damals bestehende - der höchste Wert, den zu erhalten alle anderen Werte - Menschen und Gesetze - geopfert werden durften und mussten. Wenn z. B. die sofortige, verfahrenslöse Exekution von Auftrüherern und Verschwörern durch die Abschreckungswirkung ihrer Publikation die Gefahr für Volk und Staat bannen konnte und wenn sie hierfür wirklich notwendig war, so war sie nach meiner Auffassung durch den Staatennotstand gerechtfertigt, der - wie die erfolgreiche Revolution - bestehendes Recht bricht und dadurch neues Recht schafft.

Zur Formulierung der Frage I 1 bemerke ich noch, dass es am 30. Juni 1934 für mich unter den Opfern dieses Tages keine "völlig Unbeteiligten" gegeben hat. Ich musste, da ich von den vielfältigen Überschneidungen politischer und persönlicher Feindschaften in dem Münchener Milieu fast nichts wusste, voll und ganz glauben, dass alle Personen, gegen die sich die von Berlin befohlenen Massnahmen richteten, nach sicherer Kenntnis der höheren Führung aktiv an der Verschwörung und Revolte der SA-Führer, an die ich glaubte, beteiligt seien.

Zu Frage 2: Mindestens ebenso stark wie die vorstehenden rechtlichen Erwägungen, die ich im Drange jener aufregenden und anstrengenden Tage nur in allgemeinsten Form anstellen konnte, beeinflusste mich das Bewusstsein, dass ich einfach gar nichts Anderes tun konnte, als alle mir erteilten Befehle auszuführen. Denn ich war mir darüber klar, dass in dieser Situation eine Befehlsverweigerung die sofortige Exekution des Ungehorsamen zur

Folge haben würde, was ich auch grundsätzlich billigte; kein Staat kann Krieg führen oder Umsturz abwehren, wenn er nicht auf den absoluten Gehorsam seiner Organe rechnen kann.

Da ich einerseits kein eigenes Wissen über die Voraussetzungen der Massnahmen vom 30. Juni 1934 hatte und auf ihre Gestaltung nicht den geringsten Einfluss nehmen konnte und da ich andererseits wusste, dass ich den erteilten Befehlen gehorchen oder selbst sterben musste, fühlte ich mich als Befehlsausführer und identifizierte mich nicht mit den befohlenen Massnahmen.

Die Frage, ob ich die befohlenen Massnahmen "billigte", kann ich nicht mit ja oder nein beantworten. Theoretisch stand ich auf dem Standpunkt, dass im Staatsnotstand jede wirklich notwendige Massnahme rechtmässig sei; und ich zweifelte - wie schon dargelegt - weder an dem Bestehen des Staatsnotstandes noch an der von meinen Vorgesetzten behaupteten Notwendigkeit der befohlenen Massnahmen. Tatsächlich aber widersprachen diese Massnahmen so sehr meinem Gefühl und meiner Auffassung vom richtigen staatlichen Handeln, dass ich - wenn ich in diesem Staatsnotstand die Abwehrmassnahmen zu bestimmen gehabt hätte - auf keinen Fall diese Form der Abwehr gewählt hätte. Dass diese Erklärung keine Phrase ist, habe ich 10 Jahre nach dem unglücklichen 30. Juni 1934 bewiesen, indem ich in einer parallelen Situation - in der ich zum Unterschied von 1934 mehr Zeit und grössere Handlungsfreiheit hatte - den Versuch gemacht habe, die von Hitler befohlenen Abwehrmassnahmen gegen den feindlichen Terror in Dänemark durch die von mir für richtig gehaltene Abwehrform - eine wirksame Gerichtsbarkeit - zu ersetzen. Ich verweise hierfür auf den beigefügten Bericht.

Dass meine Gewissheit, dass jede Befehlverweigerung am 30. Juni 1934 mit dem Tode geahndet worden wäre, richtig gewesen war, hat mir ein Ereignis dieses Tages, das ich kurz darauf erfuhr, bewiesen: Himmler hat am 30. Juni 1934 in Stuttgart den früheren Leiter der Württembergischen Politischen Polizei Dr. Mattheis erschiessen lassen, weil dieser vorher durch Widerstand gegen Himmler's Ernennung zum Politischen Polizeikommandeur in Württemberg sich als SS-Führer nach Himmler's Auffassung des Ungehorsams und Treubruchs schuldig gemacht hatte. Danach kann kein Zweifel bestehen, dass "Ungehorsam und Treubruch" am 30. Juni 1934 zur sofortigen Erschiessung des Ungehorsamen geführt hätte.

Zu Frage 3: Ich musste die von meinen Vorgesetzten behaupteten Tatsachen der Verschwörung und geplanten Revolte als gegeben hinnehmen, da mir die Möglichkeit einer Nachprüfung fehlte. Übrigens widersprachen die von mir in München festgestellten Tatsachen - das Ausrücken der SA-Standarte, die Waffentransporte, die uns bekannte Führerversammlung in Wiessee - auch keineswegs den Behauptungen meiner Vorgesetzten, sondern passten in das von ihnen gezeichnete Bild.

00018

Zu Frage 4: Ob Röhm und die radikalen SA-Führer einen gewaltsamen Umsturz

planten oder nicht, ist für mich noch heute eine offene Frage. Die Tendenz zur "zweiten Revolution" hat jedenfalls - wie ich aus eigener Kenntnis jener Tage weiss - in der SA bestanden. Ob in Wiessee irgendwelche Aktionen beraten und beschlossen werden sollten, ist - da die möglichen Träger solcher Gedanken ohne Vernehmung erschossen wurden - ebenso wenig mehr zu klären wie die Frage, ob ohne den 30. Juni 1934 die gefährlichen Tendenzen in der SA weiter gewachsen wären und sich noch irgendwie zum Schaden des Staates ausgewirkt hätten.

Hingegen ist mir seit dem 30. Juni 1934 nach und nach klar geworden, dass die nicht der SA angehörigen Opfer dieses Tages zum grössten Teile nicht in dem behaupteten konspirativen Verhältnis mit den verdächtigen SA-Führern gestanden haben, dass also hinsichtlich dieser Personen die Tatsachen, die Abwehrmassnahmen gegen sie rechtfertigen konnten, nicht gegeben waren. Diese Erkenntnis erwuchs mir nach und nach aus Gesprächen mit Menschen, denen die lokalen und persönlichen Umstände der einzelnen Fälle irgendwie bekannt waren.

II. Die Ermordung der 6 SA-Führer im Strafvollstreckungsgefängnis Stadelheim am 30. Juni 1934 abends.

Ich habe das von Adolf Wagner unterschriebene Schriftstück nicht gesehen. Mir ist auch nichts von einer Häftlingsliste des Gefängnisses Stadelheim bekannt, ebenso nicht, wie Adolf Wagner zu dieser Liste kam. Ich habe Adolf Wagner am 30. Juni 1934 nicht gesehen. Ich weiss nicht, wie es zu Hitler's Erschiessungsbefehl kam und habe keine Vollzugsmeldung über seine Ausführung erstattet.

An allem, was mit Hitler's Erscheinen in München und dem von ihm oder seiner Umgebung Veranlassten zusammenhing, sind wir "kleinen Leute" vom SD unbeteiligt gewesen. Wir waren an den Fernschreiber im Wittelsbacher Palais gefesselt und hatten die von Berlin erteilten Befehle entgegenzunehmen und auszuführen.

III. Die Ermordung Ernst Röhm's am 1. Juli 1934 im Strafvollstreckungsgefängnis Stadelheim durch die SS-Führer Theodor Eicke, Michael Lippert und Schnauser.

Zu Frage 1: Ich habe die Erschiessung Röhm's erst nach ihrem Vollzuge erfahren. Ich erinnere mich, dass Oberg und ich uns wunderten, dass die anderen SA-Führer auf Befehl Hitler's erschossen worden waren, das Haupt der geplanten Revolte aber nicht.

Zu Frage 2: Nach der Erschiessung Röhm's wurde erzählt, man habe ihn auf Wunsch Hitler's veranlassen wollen, sich selbst zu erschiessen, was Röhm abgelehnt habe. Hiermit und mit den dadurch veranlassten Rückfragen bei Hitler habe ich mir erklärt nachträglich die Verzögerung erklärt.

Zu Frage 3: Ich erinnere mich nicht, dass vor der Erschiessung Röhm's Fernschreiben wegen seiner Person im Wittelsbacher Palais eingegangen

60019

Gären. Die Beteiligung des SS-Gruppenführers Schmauser, der den SS-Oberabschnitt Süd führte, lässt darauf schliessen, dass der Befehlsweg über ihn führte. Der SS-Oberabschnitt hatte nach meiner Kenntnis eigenen Fernschreiber-Anschluss.

Zu Frage 4: Da nach meiner Erinnerung Dr. Stepp am 30. Juni 1934 noch nicht der Leiter der Bayrischen Politischen Polizei und nicht in München anwesend war, kann ich die Behauptung, er habe den Erschiessungsbefehl bestätigt, nur als irrig bezeichnen. Da ich selbst von dem Befehl keine Kenntnis hatte und da nach meiner Erinnerung Dr. Stepp nicht anwesend war, kann ich ihm nicht von dem Befehl Kenntnis gegeben haben.

Zu Frage 5: Ich habe nicht die Erschiessung Röhm's nach Berlin gemeldet. Ich erinnere mich auch nicht, den SS-Gruppenführer Karl Wolff an jenem Tage gesehen und Zeuge eines von ihm geführten Blitzgespräches gewesen zu sein. Nach meiner Auffassung war Wolff damals als Adjutant Himmler's bei diesen.

Zu Frage 6: Von der erwähnten Absicht ist mir nichts bekannt gewesen.

Zu Frage 7: Ich habe die Wohnung Röhm's nicht durchsuchen lassen. Ich erinnere mich aber, dass mir am 1. oder 2. 7. 1934 Oberg im Wittelsbacher Palais das Gepäck Röhm's zeigte, das dieser bei seiner Festnahme in Wiessee bei sich gehabt hatte. Wenn Gegenstände, die in der Wohnung Röhm's beschlagnahmt worden wären, vorgelegt hätten, würde ich mich wohl auch noch daran erinnern.

Ich bin am 1. 7. 1934 nicht mehr den ganzen Tag im Wittelsbacher Palais gewesen, sondern habe auch meine Wohnung in Harlaching, über der Klausse 12, und meine Dienststelle in der Leopold-Strasse 10 aufgesucht. So kam es, dass Oberg mir das Röhm-Gepäck als etwas Neues zeigte und dass sich diese Einzelheit mir eingeprägt hat.

Zu Frage 8: Ich habe keine Erhebungen der erwähnten Art durchführen lassen.

IV. Ermordungen im Kz.L. Dachau.

Da mir die Namen und Personen der hier genannten Erschossenen unbekannt waren, verbindet sich mit ihnen für mich keine Erinnerung.

Mit den aus Stadelheim Abgeholtten hatten wir im Wittelsbacher Palais nichts zu tun. Wir hatten keinen Festgenommenen nach Stadelheim bringen lassen. Diese Personen müssen in Wiessee oder sonst im Zusammenhang mit den hohen SA-Führern festgenommen worden sein. Auch die Erschiessungsbefehle müssen in ähnlicher Weise wie die betr. Röhm und die hohen SA-Führer - also ohne Einschaltung des Wittelsbacher Palais - erteilt worden sein.

Soweit die Festnahmen vom Wittelsbacher Palais aus erfolgten und die Festgenommenen nach Dachau gebracht wurden, entsprach alles, was mit ihnen geschah, genau den von Berlin erteilten Befehlen.

V. Sonstige im wesentlichen aufgeklärte Morde inner- und ausserhalb des Kz.L. Dachau.

Zur Vorbemerkung: Oberg ist weder rangmässig noch funktionell mein Untergebener gewesen. Wir hatten beide in gleicher Weise von Heydrich den Befehl erhalten, am Fernschreiber des Wittelsbacher Palais seine weiteren Befehle entgegenzunehmen und sie an die ausführenden Personen weiter zu erteilen.

An die wiedergegebenen Worte Oberg's erinnere ich mich nicht, aber sie entsprachen den uns erteilten Befehlen und der Art, wie wir diese Befehle weiter erteilten. Wie wir selbst wussten, dass diese Befehle unbedingt ausgeführt werden mussten, haben wir uns bemüht, sie den ausführenden Organen so einkleidend zu machen, dass sie sie richtig - d.h. ohne Versagen und ohne Exzess - ausführten.

Nach meiner Erinnerung hat am 30. Juni 1934 kein SD-Angehöriger geschossen. Dies sollten nur die Truppenangehörigen vom Kz.L. Dachau und von der Truppe Rodebücher's tun. Die SD-Angehörigen sollten bei den Festnahmen die Wohnung finden und für die richtige Identifizierung des Festzunehmenden sorgen.

a. Er mordung des Rechtsanwalts Dr. Alexander Glaser.

Zu Frage 1: Der Name des Dr. Glaser war mir am 30. Juni 1934 gänzlich unbekannt.

Zu Frage 2: Ich weiss es nicht.

Zu Frage 3: Ich weiss es nicht. Ilges war nicht mein Mitarbeiter sondern Referent im SD-Amt.

Zu Frage 4: Keine Kenntnis. Wenn die Verhaftung Huber's versucht wurde, war dies von Berlin befohlen.

Zu Frage 5: Keine Erinnerung.

Zu Frage 6: Keine Kenntnis.

Zu Frage 7: Keine Kenntnis. Liegt vor meinem Dienstantritt in München.

Zu Frage 8: Befehl von Berlin, wie in allen Fällen. Keine Einzelerinnerung.

Zu Frage 9: Keine Erinnerung.

Zu Frage 10: Keine Erinnerung. Zweifelloes wurde Vollzugsmeldung nach Berlin gegeben.

Zu Frage 11: Ich halte es für fraglich, ob Heydrich vor dem 30. Juni 1934 erst andere Leute wie Amann gefragt hat, wen er erschiessen lassen solle, oder dass Amann Gelegenheit gehabt hat, von sich aus einen solchen Vorschlag anzubringen. Genügt nicht die Tatsache, dass Heydrich, der noch im März den Dr. Glaser hatte verhaften lassen und gegen seinen Willen hatte freilassen müssen (dies nach dem Fragebogen zitiert), mit seinen Münchener Spezialisten Müller usw., die jene Verhaftung durchgeführt hatten, in Berlin die Opfer des 30. Juni 1934 bestimmte ?

Ilges war nicht mein Mitarbeiter und hat mir nichts erzählt.

Zu Frage 12: Keine Erinnerung.

Zu Frage 13: Keine Kenntnis. Ich bin bei der späteren Versorgung usw. der Hinterbliebenen der Opfer des 30. Juni 1934 nicht beteiligt, nicht einmal um irgendein Faktum befragt worden.

b. Ermordung des Schriftstellers Bernhard Rudolf Stempfle.

Zu Frage 1: Befehl von Berlin.

Zu Frage 2: Keine Kenntnis.

Zu Frage 3: Nein. Ilges - schon damals ein schwerfälliger alter Mann - war nicht bei den Festnahmen eingesetzt.

Zu Frage 4: Nein.

c. Ermordung des Karl Zehner, Wirt.

Zu Frage 1: Da mir der Name des Karl Zehner am 30. Juni 1934 gänzlich unbekannt war und der Fall mir nicht im Gedächtnis geblieben ist, kann ich aus unmittelbarem Wissen nichts dazu sagen.

Ich erinnere mich nicht, am 30. Juni 1934 mit dem SS-Oberführer Frhr. von Malsen-Ponickau zu tun gehabt zu haben.

Sollte von Malsen-Ponickau den Befehl über das Wittelsbacher Palais erhalten haben, so war dieser Befehl wie alle anderen von Berlin erteilt.

Andernfalls müsste der Befehl auf dem Befehlsweg der allgemeinen SS - Himmler an Schmauser, dieser an von Malsen-Ponickau - gelaufen sein.

Zu Frage 2: Keine Kenntnis.

Zu Frage 3: Keine.

d. Ermordung des ehemaligen Staatskommissars Gustav von Kahr.

Der Name von Kahr war mir selbstverständlich ein Begriff. Deshalb und wegen der folgenden Besonderheiten ist mir der Fall gut erinnerlich.

Zu Frage 1: Die Festnahme von Kahr's war von Berlin befohlen worden und wurde von mir oder von Oberg veranlasst.

Zu Frage 2: Es war ausdrücklich nur die Festnahme und Unterbringung in Kz.L. Dachau befohlen. Mit dieser Massgabe lieferte das Festnahmekommando von Kahr in Kz.L. Dachau ab. Die Erschiessung erfolgte, ohne dass ein Befehl hierzu an das Wittelsbacher Palais gelangt oder von dort aus weitergegeben worden war.

Zu Frage 3: Es ist mir trotz sofortiger Bemühung nicht gelungen, zu klären, wie es zu der Erschiessung gekommen ist. Von irgendjemand wurde behauptet, die Ankunft des "Verräters vom 9. 11. 1923" habe die SS-Mannschaft im Lager so erregt, dass sie ihn spontan erschossen hätte. Ich halte es aber auch für möglich, dass Eicke auf anderem Wege einen Befehl erhalten hat.

Heydrich schien mir auf die Meldung von der Erschiessung von Kahr's aufrichtig verärgert, sodass ich annehme, dass sie von ihm wirklich nicht gewollt war.

e. Ermordung des Schriftleiters Dr. Fritz Gerlich.

Die Namen Gerlich und Röhrbein sind mir gänzlich unbekannt gewesen. Ich erinnere mich auch nicht und glaube nicht, dass ich dem Polizeipräsidenten München eine schriftliche Weisung erteilt habe, da ich gegenüber dieser Behörde nicht dazu legitimiert war. Wenn eine solche Weisung gegeben wurde, dürfte die Bayrische Politische Polizei als anweisende Stelle aufgetreten sein.

Zu Frage 1: Wenn ich in diesem Falle eingeschaltet war und tätig geworden bin, war der Befehl hierzu von Berlin erteilt.

Zu Frage 2: Keine Erinnerung.

Zu Frage 3: Keine Erinnerung.

Zu Frage 4: Keine Erinnerung. Aber der Befehl muss von Berlin gekommen sein wie alle anderen.

Zu Frage 5: Keine Kenntnis.

Zu Frage 6: Keine Kenntnis.

f. Ermordung des Dipl.Ing. Otto Ballerstedt.

Der Name des Otto Ballerstedt war mir unbekannt. Ich habe deshalb keine Erinnerung an den Fall.

Zu Frage 1: Der Befehl muss - wie alle anderen - von Berlin gekommen sein.

Zu Frage 2: Keine Kenntnis.

Zu Frage 3: Keine Erinnerung.

g. Ermordung des Direktors des Studentenwerks München, Friedrich Beck.

Der Name des Friedrich Beck war mir unbekannt. Ich habe deshalb keine Erinnerung an den Fall.

Zu Frage 1: Keine Kenntnis.

Zu Frage 2: Der Befehl muss - wie alle anderen - von Berlin gekommen sein.

Zu Frage 3: Keine Erinnerung.

Zu Frage 4: Keine Erinnerung.

Zu Frage 5: Keine Erinnerung. Die SD-Angehörigen trugen keine Stahlhelme.

h. Ermordung des Musikkritikers Dr. Wilhelm Schmid:

Dieser Fall ist mir wegen seiner tragischen Umstände gut erinnerlich.

Zu Frage 1: An eine vor dem 30. Juni 1934 gestellte Anfrage nach einem Dr. Schmid erinnere ich mich nicht. Sie hat - wenn sie stattfand - mit dem Fall vom 30. Juni 1934 nichts zu tun gehabt.

Zu Frage 2: Keine Erinnerung.

Zu Frage 3: Keine Kenntnis.

Zu Frage 4: Am 30. Juni 1934 wurde von Berlin die Festnahme eines Schmid oder Schmidt und seine Unterbringung im Kz.L. Dachau befohlen. An die näheren Personalien erinnere ich mich nicht mehr.

00023

An Hand der von Berlin gegebenen Personaldaten wurde die Bayrische

Politische Polizei um die Feststellung der Wohnung des Betreffenden ersucht.

In der angegebenen Wohnung wurde Dr. Wilhelm Schmidt verhaftet und nach Dachau gebracht. Dort wurde er abgeliefert mit der Massgabe, dass er bis auf weiteres in Schutzhaft verbleibe.

Zu Frage 5: Ein Befehl, den Festgenommenen zu erschliessen, ist überhaupt nicht erteilt worden. Vielmehr meldete das Lager nach einiger Zeit, dass der "Gruppenführer Schmidt" erschossen worden sei. Da ein solcher vom Wittelsbacher Palais aus nicht festgenommen und nach Dachau verbracht worden war, wurde die Sache überprüft und dabei festgestellt, dass ein doppelter Irrtum vorlag: der Festgenommene war nicht der von Berlin bezeichnete Schmidt, und auch der von Berlin Bezeichnete hatte nicht erschossen werden sollen.

Wie es kam, dass der Festgenommene für den SA-Gruppenführer Wilhelm Schmidt gehalten wurde und woher der Befehl stammte, diesen zu erschliessen, ist nach meiner Erinnerung nicht geklärt worden, da Eicke über Vorgänge in seinem Lager kaum Auskünfte gab. (Parallele: der Fall von Kahr!)

Zur Vermeidung von Irrtum wird festgestellt, dass der von Berlin zur Festnahme Abgegebene nicht der SA-Gruppenführer Wilhelm Schmidt gewesen ist sondern ein anderer Schmidt oder Schmid, von dem ich nichts mehr weiss als den Namen.

Zu Frage 6: S. die vorstehende Antwort!

Zu Frage 7: Ich habe keine Erinnerung an ein solches Ferngespräch.

Zu Frage 8: Die irrtümliche Festnahme des Dr. Wilhelm Schmid mit der tragischen Folge seines Todes war Heydrich sichtlich sehr unangenehm.

1. Ermordung der Frau Ernestine Zoref, geb. Zenker, aus Wien.

Der Name der Frau Zoref war mir unbekannt. Ich habe deshalb keine Erinnerung an den Fall.

Wenn von einem Auftrag "des SD" an die BPP auf Ermittlung des Aufenthalts der Frau Zoref die Rede ist, so ist erstens zu fragen, ob das SD-Amt oder der SD-Oberabschnitt Süd den Auftrag gegeben hat, und zweitens festzustellen, dass dieser Auftrag mit den Vorgängen des 30. Juni 1934 nichts zu tun haben konnte, da die Einzelbefehle alle erst an diesem Tage durch den Fernschreiber erteilt wurden.

Zu Frage 1: Ich habe keine Erinnerung. Dass die Erschiessung erst am Tage nach der Festnahme erfolgte, lässt die Möglichkeit offen, dass zunächst nur die Festnahme befohlen war. Das würde erklären, dass der Fall sich meinem Gedächtnis nicht einprägte.

Zu Frage 2: Ich habe Heydrich, der schon in Berlin tätig war, nach dem 30. Juni 1934 nur selten und kurz gesehen. Als ich später in Berlin bei ihm arbeitete, lag kein Anstoss mehr vor, über diese Fälle zu sprechen.

D. Vorgänge nach dem 30. Juni - 2. Juli 1934.

Zu Frage 1: In München fiel am 30.6. - 2.7.1934 kein Aktenmaterial an.

Die an Oberg und mich gelangten Fernschreiben aus Berlin hat Oberg - wie er mir in jenen Tagen sagte - vernichtet. Ich nehme an, dass dies auf Befehl Heydrichs geschah.

Später hörte ich im Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin, dass dort Akten betr. den 30. Juni 1934 vorhanden wären. Sie wurden von der Abteilung II (später Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes - Leiter: Heinrich Müller) verwaltet.

Zu Frage 2: Die Versorgung der Angehörigen der Opfer des 30. Juni 1934 soll - wie ich seiner Zeit hörte - auf Anordnung Hitler's geschehen sein.

Ich habe damit nichts zu tun gehabt und bin - wie schon gesagt - in diesem Zusammenhang auch nie wegen irgendeiner Einzelheit befragt worden.

Ich kann niemand nennen, der über diese Angelegenheit Bescheid weiss.

Zu Frage 3: Nein.

Zu Frage 4: Ich kann nicht sagen, dass sich eine bestimmte Auffassung über die Vorgänge vom 30. Juni 1934 "durchgesetzt" hätte.

Ich selbst stand noch lange Zeit unter dem mich erschütternden Eindruck der Rede, die Hitler kurz nach dem 30. Juni 1934 in der Berliner Staatsoper vor Vertretern des Staates, der Wehrmacht und der Partei gehalten hat. Ich war zufällig in Berlin und erhielt eine Einlasskarte. Hitler hat damals in einer von mir noch nicht erlebten Erregung über jene Vorgänge gesprochen und u. a. ausgerufen, er werde sich eine Kugel durch den Kopf schießen, wenn durch Verrat und Uneinigkeit sein Werk, Deutschland zu retten, gefährdet werde. Seine hemmungslose Erregung und seine ungehobelt weitgehenden Äusserungen festigten damals in mir die Überzeugung, dass eine grosse Gefahr bestanden habe und gerade noch überwunden worden sei. Später allerdings erkannte ich nach und nach durch Gespräche mit Sachkundigen, dass jedenfalls die nicht der SA angehörenden Opfer des 30. Juni 1934 zum grössten Teile, ohne durch eigenes Handeln dazu Anlass gegeben zu haben, aus sehr verschiedenen politischen und anderen Motiven beseitigt worden waren. Dass ich hierzu als ebenso gezwungenes wie gutgläubiges Werkzeug habe dienen müssen, ächmerzt mich aufrichtig. Aber ich muss feststellen, dass ich auch heute nicht sehe, wie ich anders hätte handeln können. Denn ich bin der Ansicht, dass ich nicht verpflichtet war, mein Leben zu opfern, um gegen Befehle zu meutern, deren Zweck ich gutgläubig für richtig hielt, wenn auch ihr Inhalt meinem Gefühl und meiner Auffassung vom staatlichen Handeln zuwiderlief. Und dass ich in München völlig fremd war, beraubte mich auch der Möglichkeit, in den Einzelfällen sachliche Einwendungen zu erheben, wie ich es in dem peripheren (P. 12) der beiden hessischen SA-Führer tun konnte und wie ich es später in ähnlichen Situationen noch oft getan habe. (S. den anliegenden Dänemark-Bericht!)

Zu Frage 5: Heute halte ich vom staatsmännischen Standpunkt aus die am 30. Juni 1934 getroffenen Massnahmen für "plus qu' un crime: une faute". Denn ich bin heute überzeugt, dass diese Massnahmen nicht wirklich notwendig gewesen sind, - wie leider alle Massnahmen, die das nationalsozialistische Regime belasten. Sie sind wie die anderen verhängnisvollen Fehler letzten Endes aus der Eigenart Hitler's zu erklären, den ich auf Grund meiner persönlichen Erlebnisse mit ihm und auf Grund der politischen Ereignisse als den Typ eines "Propheten" - im Gegensatz zu dem Typ des Staatsmannes - bezeichne. Als solcher neigte er zu aussergewöhnlichen, drastisch-exemplarischen Massnahmen mit abschreckungspädagogischer Tendenz - wie die jüdischen und die islamischen Propheten und die Inquisitoren, während der Staatsmann seine Ziele auf dem Wege des geringsten Aufwandes und Aufschusses zu erreichen sucht. Als "Prophet" hasste Hitler im Innersten den nüchtern-automatisch arbeitenden Staat und seine Beamten, besonders die Juristen, wie ich selbst öfter zu fühlen bekam; er hätte am liebsten kraft seines Charisma in allen öffentlichen Angelegenheiten ^{sollte} die allein richtige Entscheidung getroffen. So spielte er am 30. Juni 1934 den "Gerichtsherrn Deutschlands", statt - was nach heutiger retrospektiver Betrachtung möglich gewesen wäre - durch unauffällige personalpolitische Massnahmen oder allenfalls durch Straf- und Disziplinarverfahren die Herde bedenklicher Tendenzen auszuräumen. Indem er ohne die kasserate Notwendigkeit ~~seiner~~ Massnahmen traf, die allenfalls im eklatanten Staatsnotstand anwendbar - und selbst dann nicht immer klug und ratsam - wären, hat er eine relative Erleichterung seiner Evolutions- und Aufrüstungspolitik mit einer schweren politisch-moralischen Belastung seines Regimes bezahlt, die noch dadurch vermehrt wurde, dass er Massnahmen zulies, die über den Zweck der "Aktion" hinaus oder an ihm vorbei gingen. So ist - historisch betrachtet - der 30. Juni 1934 das erste grosse Versagen des "Propheten" Hitler vor den von ihm am 30. Januar 1933 übernommenen staatsmännischen Aufgaben gewesen. (Es folgten der 9. 11. 1938, der 15. 3. 1939, der 1. 9. 1939 und der 22. 6. 1941)

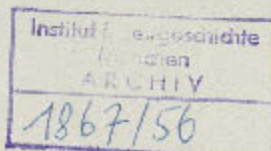
Zu Frage 6: Ich bin einige Zeit nach dem 30. Juni 1934 um einen SS-Dienstgrad - ich glaube: vom Hauptsturmführer zum Sturmbannführer - befördert worden. Für mich bedeutete dies nicht viel, da ich meine Beamtenlaufbahn fortsetzen wollte, in der ich dann ohnehin jeweils den meinem Beamtenrang entsprechenden SS-Dienstgrad erhielt.

Die vorstehenden Erklärungen entsprechen meiner heutigen Erinnerung. Dass diese lückenhaft ist und Irrtümer enthalten kann, dürfte nach meinem Erleben bis 1945 (vgl. den beigelegten Dänemark-Bericht!) und nach 6 1/4 Jahren Lebensbegräbnisse in Gefängnissen - davon über 5 Jahre in zerrüttender Einzelhaft - nicht verwunderlich sein.

Essen, den 1. 10. 1951.

00026

Immunus Rest.

**Vertraulich**

NIEDERSCHRIFT EINER UNTERREDUNG MIT HERRN DR. WERNER BEST,
RUMELN, KREIS MOERS, BURGWEG 7, AM 3. JULI 1955.

Dr. Bests politischer Weg wurde von den tiefen Eindrücken mitbestimmt, die ihm als Kind und Jugendlichen der Soldatentod seines Vaters, der Krieg, der Zusammenbruch von 1918 und die 11-jährige Besetzung seiner Heimatstadt Mainz durch die Franzosen machten. Als 16jähriger trat er der 1919 gegründeten Deutschnationalen Volkspartei und dem Deutschnationalen Jugendbund bei. Später wurde er Mitglied des Jungnationalen Bundes und, als Student, obwohl nicht korporiert, des Deutschen Hochschulrings. Er gehörte auch dem Skaldenorden an. Seine politische Linie war völkisch im Sinne von Fichtes achter Rede an die Deutsche Nation, war aristokratisch, autoritär, konservativ; seine politische Idealvorstellung war die einer "Revolution von oben" mit Hilfe des Reichspräsidenten, der Reichswehr und der nationalen Intelligenz. Diese Einstellung brachte ihn zum Juniclub des Freiherrn von Gleichen und zum Bissingenkreis, bis er im Herbst 1930 zu der Überzeugung kam, dass eine Revolution nur mit den Mitteln und Methoden einer Massenpartei, wie der NSDAP möglich sei.

Nachdem am Abend des 6. März 1933 Dr. Heinz Müller (später Präsident des Rechnungshofes des Deutschen Reiches) zum Reichskommissar für Hessen ernannt worden war, holte er noch in der Nacht Best heran und ernannte ihn zum Sonderkommissar für das Polizeiwesen. Am 13. März wurde Best als Staatskommissar für das Polizeiwesen eingesetzt, am 10. Juli erhielt er vom Reichsstatthalter den persönlichen Titel eines Landespolizeipräsidenten und wurde mit der Leitung der Polizeiabteilung im Innenministerium beauftragt. Noch als Staatskommissar richtete er mit Verfügung vom 28. März eine selbständige Politische Polizei und das "Hessische Staatspolizeiamt" ein. Nachdem die politischen Gegensätze in den Monaten vor der Machtergreifung sehr scharf gewesen waren, betrachtete es Best als vordringliche Aufgabe, jetzt die eigenen Leute an die Leine zu nehmen und Ausschreitungen

zu verhindern. Das beste Mittel dazu schien ihm zu sein, die Leute für die Polizei in Dienst zu nehmen und so selbst für die Sicherung der Ordnung verantwortlich zu machen. Zu diesem Zweck arbeitete er eine Anordnung für die Aufstellung einer Hilfspolizei aus, die aus den 3 Wehrverbänden (SA, SS, Stahlhelm) gebildet und dem Sonderkommissar für das Polizeiwesen unterstellt wurde. Um der Unterstellung Nachdruck zu verleihen, fuhr Best durch ganz Hessen, um jeden einzelnen der Hilfspolizeibeamten mit Handschlag zu verpflichten; so hatte er innerhalb weniger Tage 10-20000 Händedrucke durchzustehen. Sein Experiment gelang: die Leute fühlten sich als Schützer des Staates und als verantwortlich für die Ordnung; es gab in Hessen keine Verluste an Personen und Sachen. Best hielt eisern auf Ordnung. Als in Auerbach an der Bergstrasse einige SA-Männer Fensterscheiben eingeworfen hatten, fuhr er sofort hin, nahm eine Hundertschaft grüner Polizei mit und löste den betreffenden SA-Sturm auf. Die vernünftigen SA-Führer schlossen sich gern seinem rigorosen Kurs an. Bei den 4 Polizeidirektionen des Landes stationierte Best je ein Sonderkommando Hilfspolizei von ca. 10 Mann, die eingreifen mussten, wenn sich die Polizei nicht durchsetzen konnte. Diese Leute wurden Staatsangestellte und mit den Polizeibeamten zusammen eingesetzt. Einige Unterführer der Hilfspolizei gingen später zur Polizei über. Am 9. September bestand die Hilfspolizei zwar formell noch, aber es machte niemand mehr davon Gebrauch.

Best bekam bald Schwierigkeiten mit seinem Gauleiter Sprenger, dem er "nicht scharf genug" durchgriff, und wurde im September 1933 entlassen. Er stellte sich Himmler zum Aufbau einer einheitlichen Reichspolizei zur Verfügung und wurde daraufhin zunächst einmal beim Aufbau des SD eingesetzt. Vom November 1933 bis März 1934 leitete er in Stuttgart den SD-Oberabschnitt Südwest, den er aus dem Nichts aufbaute. Seine Tätigkeit dort bestand im wesentlichen darin, dass er im Lande umherfuhr, um wenigstens in jedem Kreis einen Mitarbeiter zu finden. Im März 1934 übernahm er den SD-Oberabschnitt Süd

in München, wo es nicht viel besser stand. Er blieb dort bis Herbst 1934 und ging dann nach Berlin, wo er im Januar 1935 die Verwaltung des Geheimen Staatspolizeiamtes übernahm.

Während in die Stellen der Polizeipräsidenten 1933 vorzugsweise SA-Führer eingesetzt wurden, waren die neu ernannten Leiter der Politischen Polizeien der Länder zum kleineren Teil Mitglieder der SA, dagegen kamen eine ganze Reihe aus der Verwaltung. Es waren geeignete Leute, von denen die meisten bis zuletzt blieben:

Baden	Bergmüller (vom Reichsstatthalter ernannt, ging später zur SS).
Württemberg	Stahlecker (ging aus der Landesverwaltung hervor; später SS-Führer).
Hamburg	Bruno Streckenbach (vom Reichsstatthalter ernannt; später wurde er Bests Nachfolger bei Heydrich als Chef des Amtes I des RSHA).
Sachsen	Schlegel (Polizeioffizier, von Mutschmann eingesetzt, allerdings ein alter sächsischer SS-Führer).
Bremen	Erwin Schulz (Polizeihauptmann).
Anhalt	Gentz (von der Landesregierung eingesetzt, später SS-Führer).
Mecklenburg	Oldach (vom Reichsstatthalter eingesetzt, später SS-Führer).

Himmlers Interesse war zunächst nicht auf die ganze, sondern nur auf die Politische Polizei gerichtet, und Heydrich war ursprünglich nicht so sehr an der Polizei als vielmehr am SD interessiert, aus dem er gern eine persönliche Hausmacht gebildet hätte. Ohne Zweifel hegte er den Gedanken, in Parallele zu dem Prinzip "Die Partei befiehlt dem Staat" den SD zu einem Generalstab der Polizei zu machen, die nur noch als Büttel die ihr erteilten Weisungen befolgen sollte. Er hatte vor 1933 den Gedanken aufgegriffen, aus der Io-Abteilung der Reichsführung SS einen selbständigen Apparat unter Himmler zu machen, und hatte praktisch damit begonnen, sich in München eine kleine, wirklich sehr kleine Zentrale auszubauen. Aber wie er vor 1933 noch nicht mit besonderem Effekt zu arbeiten

vermochte, so gelang es ihm auch nach der Machtergreifung nicht, gestützt auf die paar SD-Referenten, die er hatte, der Polizei gegenüber die Stellung zu gewinnen, die er sich wünschte. Der Hauptgrund dafür war, dass Himmler nicht in Parallele zu dem Grundsatz "Die Partei befiehlt dem Staat" handelte, sondern sich selbst zum Herrn der staatlichen Institutionen machte, hier zunächst einmal der Politischen Polizei. Diese bekam dadurch gegenüber allen Gängelungsversuchen gegenüber der SD den Rücken gestärkt und parierte dem SD nicht, sondern tat, was sie selbst für richtig hielt, wobei sie sich immer darauf berief, dass ihr Chef Himmler war. Darüber hinaus machte Heydrich es sich wegen seiner Fremdheit gegenüber der Natur und Arbeitsweise einer Behörde noch besonders schwer. Nur einmal konnte sich der SD der Generalstabsfunktion erfreuen, die er sich wünschte: am 30. Juni 1934. Damals wurde er als Befehlsübermittler exekutiv eingesetzt, während die Polizei etwas zurücktrat. In München wurde der SD mit etwa 2 Dutzend Leuten tätig auf die Weisungen hin, die von Berlin kamen. Immerhin währte der Kampf zwischen SD und Polizei jahrlang, und es gab zwischen den lokalen Chefs der beiden Einrichtungen viele schwere Konflikte. Die Streitigkeiten wurden meist auf höchster Ebene entschieden, und beide Kampfhähne wurden versetzt. 1933 hat Best über das schlechte Verhältnis zwischen SD und Polizei eigene Erfahrungen sammeln können. In Stuttgart war der Leiter der Politischen Polizei der dann im Zusammenhang mit dem 30. Juni 1934 umgekommene Dr. Mattheis, der, sich an Murr anlehnend, ganz selbständig handelte, kaum dass Best einmal eine Auskunft bekam! In München war die Politische Polizei nur ein klein wenig entgegenkommender, obgleich doch dort Heydrich von Anfang an ihr unmittelbarer Chef war. Best hatte hier mit den Regierungsräten Beck und Brunner zu tun. Es gelang ihm, die Polizei, die ja einen eigenen Gegnernachrichtendienst hatte, zu einem gewissen Nachrichtenaustausch zu gewinnen, während etwa in Preussen der SD von der Gegnerbeobachtung ganz auf die allgemeine Nachrichtentätigkeit abgedrängt wurde. Heydrich beugte sich schliesslich dem Schwergewicht der Tatsachen und bog in

den Weg ein, den Himmler von Anfang an gegangen war, der erst die Politische und später die ganze Polizei von oben her in die Zügel nahm. Die Konsequenz war, dass der SD sich schliesslich auf die "Deutschen Lebensgebiete" spezialisierte; daneben erwarb er sich nicht geringe Verdienste durch die Beobachtung der Vorgänge in der NSDAP. So hat er zum Beispiel entscheidenden Anteil an der Absetzung von Kube und Streicher. Auch im SD bekehrte sich Heydrich trotz anfänglichen heftigen Widerstrebens und nach einer Zeit des Experimentierens endlich zum Fachleutenprinzip, das auch in der Polizei die Regel blieb. Heydrich und Himmler hatten einsehen müssen, dass die Auswahl der Mitarbeiter nur nach deren Gesinnung kein brauchbares Instrument schaffen konnte. So sassen an den leitenden Stellen von Polizei und SD zwischen 1940 und 1945 fast nur Leute mit der Qualifikation zum höheren Beamten, darunter auch Volljuristen, die aus dem SD hervorgegangen waren, wie etwa Dr. Sandberger. Die Politische Polizei hatte Himmler bereits 1934 als Instrument in der Hand. Sein Berliner Büro hiess amtlich "Zentralbüro des Politischen Polizeikommandeurs der Länder" - praktisch war es das Gestapo, in dem die politischen Polizeien der Länder allmählich verschmolzen.

Bemerkenswert ist, dass es Heydrich schon im Sommer 1933 gelang, seine kleine Organisation aus der SS (die damals noch der SA unterstand!) herauszulösen: der SD hatte bereits im Herbst 1933 eigene Oberabschnitte, die den Oberabschnitten der SS nicht mehr unterstellt waren.

Nachdem 1936 das Hauptamt Sicherheitspolizei gegründet worden war, bestand das Gestapo zwar dem Namen nach weiter, praktisch aber verschwand es. Es besass keine Verwaltungsplanstellen mehr und seine exekutiven Planstellen gehörten bis auf 3 oder 4 Ministerialplanstellen dem Amt PP im HA Sipo. Das HA Sipo seinerseits bestand aus drei Ämtern:

- I Verwaltung und Recht (V)
- II Politische Polizei (PP)
- III Kripo (KR)

I und II gehörten enger zusammen, während III mit den beiden anderen nur lose Verbindung hatte. Das RSHA existierte nach seiner Gründung nur auf dem Papier. Es setzte sich zusammen aus dem HA Sipo und dem SS-Sicherheitshauptamt, wobei ein Referat für SD-Personalien einfach dem Amt I des HA Sipo angegliedert wurde, während als Amt II ursprünglich firmierte, was später Amt VII wurde. Nach Bests Weggang wurde dann Amt I in Amt I und II aufgeteilt. Heydrich war bestrebt, der zunächst mehr theoretischen Vereinigung der Ämter im RSHA eine tatsächliche Verschmelzung folgen zu lassen, und die Einheit des Amtes wurde deshalb entgegen den Tatsachen immer betont und auch gefördert. Andererseits wurde die organische Verschmelzung erschwert, weil der Begriff RSHA ja nur intern gebraucht werden und vor allem die ins RSHA einbezogenen staatlichen Dienststellen nicht als solches firmieren durften. Sie erschienen vielmehr weiter unter den Bezeichnungen "Gestapa", "HA Sipo" und "RKPA". Das Amt IV des RSHA firmierte also nach aussen als "HA Sipo", dies aber nur, soweit es als Ministerialinstanz handelte. Wenn es dagegen als Exekutivinstanz tätig wurde (etwa bei der Ausstellung von Schutzhaftbefehlen), so geschah das weiter unter dem Titel "Gestapa"; denn eine Ministerialinstanz durfte keine Exekutive ausüben.

Die für Spionage- und Sabotageangelegenheiten zuständige Abteilung III des Gestapa wurde zuerst von Oberregierungsrat Patschowski geleitet. Dessen Nachfolger war Dr. Best, der als kommissarischer Leiter zwischen 1936 und 1939 die Abwehrpolizei aufbaute. Best nahm seine Tätigkeit auf diesem Gebiet zur gleichen Zeit auf, als Canaris Chef der militärischen Abwehr wurde. Die Abwehrpolizei, die also aus der Abteilung III des Gestapa hervorgegangen war, firmierte als solche auch nach der Einrichtung des HA Sipo, hing aber praktisch-organisatorisch in der Luft, bis sie nach der Schaffung des RSHA 1940 als Gruppe IV E dem Amt IV des RSHA unterstellt wurde. Damit kam die Führung der Abwehrpolizei, nachdem sie nach Bests Ausscheiden 1940 kurze Zeit unter Schellenbergs Leitung gestanden hatte, unter die Verantwortung von Müller. Der

letzte Leiter der Gruppe IV E war Huppenkothen. Nie kam die Abwehrpolizei zum Amt VI des RSHA, wohin sie eigentlich der Sache nach gehört hätte. Das Amt VI hat übrigens seine Aufgabe, den Auslandsnachrichtendienst, sehr dilettantisch begonnen; man hat aber dazugelernt. Der Ausbau der Abwehrpolizei seit 1936 war natürlich im Wiederaufbau der Wehrmacht begründet, der einen wesentlich verstärkten Schutz gegen Spionage und Sabotage erforderlich machte. Anlass für die Aufstellung der Grenzpolizei war das Verlangen der militärischen Abwehr nach einer besseren Sicherung der Reichsgrenzen. Himmler wollte die Grenzsicherung an sich nicht der Polizei überlassen, sondern hätte dieses Aufgabengebiet gern der Verfügungstruppe übertragen und so einen Vorwand gewonnen, diese Truppe zu vergrössern. Er stiess aber auf Widerstand, einerseits der Wehrmacht aus politischen Gründen, andererseits Bests und des Finanzministers aus sachlichen und finanziellen Gründen. In den Rahmen dieser Auseinandersetzungen gehört wohl die Tagebuchnotiz Jodls vom 22. 3. 1937 (PS-1780):

"Sitzung bei Göring.

Anspruch der SS auf erhöhte Grenzsicherung durch SS begründet mit dem Eindringen von Kommunisten, Saboteuren u. Attentätern.

Verstärkung der Außenstellen der Gestapo um 4000 Mann wird zugestanden
Grenzschutzkorps abgelehnt."

1939 erfuhren die Abwehrpolizei und die Politische Polizei eine empfindliche "Verdünnung", weil sie viele gute Leute an die "Geheime Feldpolizei" abgeben mussten.

Das Führerschuttkommando unter Rattenhuber war ursprünglich nur für den Schutz Hitlers zuständig gewesen, wurde jedoch später, zum Reichssicherheitsdienst erweitert, allen Prominenten zur Verfügung gestellt. Dieser Reichssicherheitsdienst war für die eigentliche Sicherung zuständig, während die Leibstandarte lediglich Posten stellte. Er stand in keiner organisatorischen Verbindung mit dem Amt IV RSHA, sondern unterstand mit einer eigenen kleinen Verwaltung Himmler unmittelbar.

Die Sabotagekommissionen wurden nach dem Muster von Mordkommissionen zusammengestellt und wurden wohl genau wie diese zunächst jeweils ad hoc gebildet, später aber zu ständigen Einrichtungen.

Über die Zentralstelle für Völkerrechtsverletzungen kann vielleicht Regierungsrat Dr. Karlheinz Hoffmann Auskunft geben, der das Länderreferat hatte.

Bezüglich der Higa-Einheiten kann Dr. Best über den Higa-Sturmbann des SS-OA Süd (Bayern) berichten. Dort bestand der Sturmbann in der Mehrzahl aus geflohenen österreichischen Nationalsozialisten und wurde von einem Sachsen namens Dr. Hans Trummler geleitet. Die Mannschaften wurden von der Stapoleitstelle München zur Unterstützung der Bayerischen Grenzpolizei beim Posten- und Patrouillendienst und bei der Grenzkontrolle eingesetzt. Dagegen war die Grenzpolizei selbst nach Art der Kriminalpolizei tätig und besorgte also nicht den einfachen Aussendienst. Trummler wurde später Leiter der Grenzpolizeischule in Pretsch, in der auf grenzpolizeiliche Tätigkeit spezialisierte Kriminalpolizei ausgebildet wurde. Die Grenz- und Wacheinheiten waren illegale Grenzschutz-bataillone.

Die Anregung, Polizeiattachés zu entsenden, gewann man auf der Internationalen Polizeitagung im Herbst 1937, an der Polizeivertreter aus 15 Ländern teilnahmen. Mit Sicherheit weiss Best, dass es in Madrid schon 1939 einen Polizeiattaché gab; denn eine seiner Sekretärinnen wurde dorthin versetzt. Dr. Fest wurde in Kopenhagen Polizeiattaché sogleich nach der Besetzung; mindestens übernahm er sogleich die typischen Attachéaufgaben, auch wenn er vielleicht anfangs nicht die Dienstbezeichnung trug. Eine Zeitlang gab es auch einen jugoslawischen Polizeiattaché in Deutschland.

Die Höheren SS- und Polizeiführer waren die Wehrkreiskommandeure des RFSS, den sie in ihrem Bereich repräsentierten. Es war nicht so, dass die HSSPF in den besetzten Gebieten wesentlich mehr zu sagen hatten als im Reichsgebiet; denn die ihnen unterstellten BdS erhielten ihre Weisungen aus Berlin und

waren, mit dem RSHA im Rücken, die in Wirklichkeit mächtigen Leute auch in den besetzten Gebieten. Auch Krüger, der HSSPF in Krakau, hatte, obgleich er Staatssekretär für das Sicherheitswesen war, nicht sehr viel zu sagen; Krüger war zudem keine sonderlich aktive Persönlichkeit. Rediess war ein vernünftiger, guter und ruhiger Mann, jedoch ebenfalls ein inaktiver Typ, der sich von Terboven ins Schlepptau nehmen liess. Er war sauber und anständig und hat nie eine Schweinerei begangen. Eine Ausnahme unter den HSSPF bildete Oberg, insofern er in Frankreich die Zügel wirklich in der Hand hatte. Das hatte seinen Grund zum Teil darin, dass Knochen eine ziemlich schwache Figur war; vor allem aber war Oberg ein alter Mitarbeiter Heydrichs und gehörte als solcher zu den wenigen Leuten, die das RSHA respektierte. Eine stärkere Stellung hatte auch Rauter in Holland, weil er mit Seyss-Inquart befreundet war. In Belgien dagegen war wieder der BdS mächtig: Constantin Canaris, ein Neffe des Admirals. Seyss-Inquart seinerseits hatte es übrigens nicht leicht, weil ihm viel direkt hineingeredet wurde und er nicht die Natur hatte, zu widersprechen. Besonders hatte er unter den Querschüssen von Schmidt zu leiden. Das, was man Seyss-Inquart im Prozess vorwarf, hat er gegen seinen Willen geschehen lassen müssen.

Die Dienstgradangleichung zwischen SS und Polizei hatte Best betrieben, und zwar aus folgenden Gründen: Himmler und Heydrich hatten von Anfang an starke Abneigung gegen die Fachbeamten der Polizei. Heydrich hätte sie anfangs am liebsten alle entlassen und stattdessen fachlich zwar gar nicht oder nur wenig ausgebildete, dafür aber politisch sichere SS-Männer eingesetzt. Himmler dachte nicht an eine Massenentlassung, war aber doch sehr in seinen Prinzipien und Lieblingsideen befangen, so dass er die Forderungen der Praxis oft zu wenig berücksichtigte. Best dagegen war gegen eine Übertreibung des Gesinnungsprinzips und vertrat die Überzeugung, dass die Polizei nur mit gut ausgebildeten und alterfahrenen Fachbeamten ein brauchbares Instrument der Staatsführung sein könne, während die politische Einstellung der einzelnen Leute keine so grosse Rolle spiele.

So lange keine neue Generation gut ausgebildeter Fachbeamten herangewachsen sei, könne man nicht idealen Vorstellungen zuliebe auf die alten Leute leichtfertig verzichten. Da Best das Schwergewicht der Tatsachen auf seiner Seite hatte, konnte er sich bis zu einem gewissen Grade durchsetzen und es kam die Dienstgradangleichung als Kompromiss zustande. Himmler kam damit der Verwirklichung seiner Lieblingsvorstellungen etwas näher, wenn auch nicht gerade auf ideale Weise. Ihm, sowohl als Heydrich, als auch vielen alten SS-Führern blieb es immer ein Greuel, die dickbäuchigen alten Polizeikommissare in SS-Uniform herumlaufen zu sehen. Best andererseits konnte nicht nur die alten Beamten halten, sondern ihnen auch mehr Respekt verschaffen und auf diese Weise die Durchschlagskraft der Polizei erhöhen. Die Dienstgradangleichenen mussten alle ordnungsgemäße Anträge stellen und die erforderlichen Papiere ausfüllen. Automatische Aufnahmen in die SS, womöglich ohne Kenntnis der Betroffenen, gab es auch hier nicht.

Es war die Tendenz der SS, die Sachfunktionen des Staates mit eigenen Menschen zu erfüllen. Insofern gehört auch noch die Übernahme des Reichsinnenministeriums durch den RFSS in die innere Logik der Entwicklung der SS.

Initiator und Motor der Herstellung der "Festgabe" zu Himmlers 40. Geburtstag war Reinhard Höhn gewesen; er hatte auch die Initiative zur Gründung der Zeitschrift "Reich - Volksordnung - Lebensraum" ergriffen, die er als Publikationsorgan seines "Instituts für Staatsforschung" benutzte. Unter den Mitarbeitern der Zeitschrift waren Stuckart und Klopfer alte Freunde Bests; Dr. Rudolf Lehmann, der später in Nürnberg verurteilte Leiter der Wehrmachtrechtsabteilung, wurde von Höhn beigebracht. Dr. Karl Kernert ist jetzt Rechtsanwalt in München. Unter den Mitarbeitern an der "Festgabe" waren Falk W. Zipperer, Helmut Seydel und Karl August Eckhardt Schüler und Freunde Höhns. Best selbst hat in seinem Aufsatz nicht die herrschende, sondern eine korrigierende Ansicht

vertreten. Höhn gehörte zu den Leuten mit eigenen Auffassungen, er war dabei allerdings politisch beweglicher als die anderen. Doch gelang es ihm kaum, an Himmler heranzukommen, der mit Juristen nichts im Sinne hatte. Ohlendorf und anderen ging das ebenso, sie richteten sich jedoch besser danach als Höhn. Entsprechend ging es mit der "Festschrift", für die sich Himmler bedankte, ohne sonderlich bewegt zu sein. Die Dinge, die in dem genannten Kreis gleich oder verwandt Gesinnter erörtert wurden, hatte Klopfer am meisten Gelegenheit, in seinem Arbeitsbereich sich auch auswirken zu lassen. Er hat viel Gutes von der Parteikanzlei aus gewirkt. So leitete er zum Beispiel eine Denkschrift über Geislerschiessungen an Bormann weiter mit dem Erfolg, dass die Exekutionen 1942 eingestellt wurden. Stuckardt, dessen leitenden Beamten alle auf seiner Linie lagen, hatte weniger Gelegenheit zu wirken, da die Möglichkeiten seines Ministeriums immer weiter eingeschränkt wurden.

Gesandter von Renthe-Fink, der Bevollmächtigte des Reiches in Dänemark (später einfach "Reichsbevollmächtigter" genannt) repräsentierte auch die Wehrmacht. Unter den Beamten der Gesandtschaft war Pahl der SD-Mann, der den Auftrag hatte, SD-mässig zu arbeiten. Das AA hat wohl nicht zugelassen, dass er von der Partei bezahlt wurde. Boysen hatte die Werbestelle für die Waffen-SS, Langosch war als SS-Untersuchungsführer vom SS- und Polizeigericht Hamburg detachiert, dem die SS in Dänemark gerichtlich unterstand. Fest hatte, wie erwähnt, die Stellung eines Polizeiatattachés. Bis zur Einsetzung eines HSSPF in Dänemark unterstanden Fest und Pahl so wie die anderen Beamten eindeutig dem Reichsbevollmächtigten. Die Zentrale, das heisst: das RSHA, hatte zwar sachliches Weisungsrecht, konnte dies aber nicht gegen den Willen des Reichsbevollmächtigten geltend machen. Allerdings gingen Sollen und Sein oft auseinander; das bekam der Reichsbevollmächtigte ebenso wie später auch der HSSPF zu spüren. Schwerdt, der Leiter der "Petergruppe" war Untersturmführer der Waffen-SS und kam von Skorzeny. Skorzeny hat diesen Mann aber nur

abgeordnet und war nicht verantwortlich für dessen Einsatz. Die Verantwortung für den Gegenterror trug vielmehr Standartenführer Bovensiepen (seit 6. 1. 1944 BdS), der die Objekte auswählte; Schwerdt war ihm unterstellt. Eine ähnliche Aktion war die Aktion "Silbertanne" in Holland, mit der unter der Regie von Rauter Morde an Mussertleute vergolten wurden. Best war gegen solche Unternehmungen in erster Linie aus politischen Gründen; denn er war überzeugt, dass die Engländer die deutsche Regierung zu solchen Terrormassnahmen bewusst provozierten. Wäre Hitler darauf nicht hereingefallen, dann hätte es in Dänemark und Frankreich genau so ruhig sein können, wie auf den beiden von Deutschland besetzten englischen Kanalinseln, wo die Engländer ihren eigenen Landsleuten den Widerstand erspart haben, den sie anderen Völkern zumuteten. Übrigens hat es auch Heydrich vermieden, im Protektorat sich provozieren und von einer positiven Politik abbringen zu lassen. Heydrich war kein Doktrinär.

Die Verbindung mit der dänischen Opposition und mit der schwedischen Regierung hielt für Best Baron Duckwitz.

Seit Beginn des Russlandkrieges war den Dänen der freiwillige Dienst in der Wehrmacht und der Waffen-SS erlaubt. Es kam zur Aufstellung des "Frikorps Danmark" zunächst unter Kryssing, später unter Schalburg. Das Frikorps stand von Anfang an unter der Betreuung der Waffen-SS. Als Heimatorganisation für die dänischen Freiwilligen (auch für die bei Wehrmachtstruppenteilen dienenden) wurde das Schalburgkorps gegründet. Es sollte Interessenvertretung und Werbung übernehmen. Sein Führer Martinsen aber versuchte damit Politik zu machen und stellte aus dem Korps eine eigene Truppe auf. Dieses Schalburgkorps wurde seinerseits mit von der Germanischen Leistelle (Boysen) betreut. Neben ihm hat es sonst keine Allgemeine SS in Dänemark gegeben; jedenfalls ist Best nichts davon bekannt.

Mitte April 1945 fasste Best zusammen mit Kaufmann und Lohse in Flensburg den Entschluss, dass im ganzen nördlichen Raum nicht weiter gekämpft werden sollte, und Best erhielt von den beiden anderen den Auftrag nach Oslo zu fliegen und auch Terboven für die Abmachung zu gewinnen. Es gelang Neumann,

der in Oslo einen Betreuungsstab für Quisling-Leute leitete, es Best zu ermöglichen, am 20. April die Rede zum Geburtstag des Führers vor der deutschen Kolonie in Oslo zu halten. Am Tage vorher flog Best in Terbovens Flugzeug nach Norwegen und bemerkte, dass auch Gaupropagandaleiter Wächter als Beauftragter von Goebbels mitflog. Terboven lehnte Bests Ansinnen ab und äusserte die Absicht, die deutschen Truppen in Norwegen sich selbst zu unterstellen, da er den Offizieren nicht traue, ob sie zu kämpfen bereit seien. Am Abend war Best mit Quisling allein ohne Terboven zusammen. Quisling wollte sich seinerseits die deutschen Truppen unterstellen, um Kämpfe zu verhüten; er hoffte, von den Alliierten einen Waffenstillstand zu erreichen, wenn die deutschen Truppen unter norwegische Flagge träten. Obgleich Quisling die Möglichkeit gehabt hätte, mit Best zurückzufliegen und zu fliehen, lehnte er das ab, und an seiner Stelle flog Degrelle mit. Einen letzten Zusammenstoss mit Terboven hatte Best am 3. Mai 1945 in Dönitz' Hauptquartier. Diesmal stimmten alle Anwesenden dafür, in Dänemark und Norwegen weiterzukämpfen, um möglichst vielen Deutschen aus Ostdeutschland die Möglichkeit zu geben, vor den Russen zu fliehen. Terboven forderte den Kampf bis auf's Messer. Best allein widersprach und fand nur die Unterstützung Schwerin-Krosigks. Die beiden konnten Dönitz schliesslich davon überzeugen, dass in Dänemark nicht gekämpft werden könne, da sich dort bereits 300.000 Ostflüchtlinge befänden, da ein Aufstand der Dänen ausbrechen und schliesslich mit Sicherheit Schweden eingreifen würde. Auf diese Argumente hin entschloss sich Dönitz, Unterhändler an die Alliierten zu schicken.

Terboven war bedeutender und klüger als der Durchschnitt der Gauleiter; ein intelligenter Mensch, der aber auf Grund schwerer Magen- und Gallenleiden Misanthrop war. Er hatte grosse Willenskraft, aber auch bemerkenswertes Geschick, Porzellan zu zerschlagen.

Die Wewelsburg lag bei Paderborn; Burgkommandant war der alte Taubert (Siegfried T., zuletzt Obergruppenführer). Heute wird die Burg für die Gewerkschaften verwendet.

Heissmeyer avancierte, weil er ein alter SS-Führer war; er ist lieb und gut, anständig und sauber - aber auch nicht mehr. Er ist alter Völkischer und gehörte zum Skaldenorden. Berger ist ein bisschen Psychopath. Dr. Brandt, der Arzt, war ein Kerl von grossartiger Haltung; er gehörte zu den Menschen, die wissen, lachend zu sterben. Dr. Patin wurde Best zugeteilt, als dieser den SD-Oberabschnitt Süd in München hatte; er war damals schon ein wackeliger, alter Mann.

Best hatte seinerzeit Gelegenheit, die Akten des Falles Elser einzusehen. Elser war ein Sonderling und Bastler, der die Idee hatte, wenn Hitler nicht da wäre, gäbe es Frieden; deshalb konstruierte er die Höllemaschine und baute sie ein. Dass er das bewerkstelligen konnte, ohne entdeckt zu werden, verdankt er der Tatsache, dass sich Weber bei der Vorbereitung und Organisation des Bürgerbräutreffens von niemandem hineinreden liess. Weber pochte darauf, dass die alten Kämpfer genügend um die Sicherheit des Führers besorgt seien, und verbat sich die Mitwirkung der Polizei bei den Vorbereitungen des 9. November. Die Venlo-Geschichte lief bei Best an, dem sie Heydrich später aus der Hand nahm. Es war ein normaler Gegenspionagefall; es konnte gemeldet werden: wir haben Kontakt zu zwei Leuten, was sollen wir mit ihnen machen. Dann begann ein sogenanntes "Nachrichtenspiel". Wegen Captain Best und Stevens war Best auch einmal zu Hitler bestellt, der im Laufe des Gespräches sagte, der Fall zeige, dass die Holländer auf der anderen Seite stehen. In Verbindung mit Elsers Attentat wurden Captain Best und Stevens nur zu propagandistischen Zwecken gebracht. Weil also die Geschichte, der Secret Service stecke hinter dem Attentat, nicht stimmte, konnte kein Prozess gegen Elser stattfinden, da der Schwindel sonst herausgekommen wäre.

Einzelheiten

Zu Jüngers "Krieg und Krieger" lieferte Best den Beitrag "Der Krieg und das Recht".

Der Leiter der Judenvernichtung war ein Mann aus der Stuttgarter Kripo.

Heydrich liess jeden SD-Führer soweit kommen, wie es ihm gelang.

Das erste Kapitel in Hoettls Buch ist schlecht und offenbar darauf berechnet, einen breiteren Leserkreis für das Buch zu gewinnen. Die übrigen Kapitel, die sich mit einer ziemlich speziellen Materie befassen, sind gut.

Die Ausbildungsgrundsätze und -pläne für die Laufbahn des höheren Dienstes der Sicherheitspolizei und des SD sind nie verwirklicht worden und verdienen wohl eine skeptische Beurteilung.

Das "Preussische Polizeinstitut" wurde "Schule der Sicherheitspolizei" und diente der Ausbildung der Kommissare, Assistenten und Sekretäre, also die Leute des mittleren Dienstes, wurden an der Schule der Sicherheitspolizei in Fürstenberg ausgebildet.

Adressen

Dr. Anton Fest, Rheydt, Freiheitsstrasse 22, bei Grünewald.
August Finke, Varel/Oldenburg, Elisabethstr. 3.

Karl Mumentey (WVHA), Kaen-Marienborn/Siegerland, Firma Wilhelm Thomas, Blechwaren.

Dr. Constantin Canaris, Düsseldorf, Rochusstr. 7,
Tel. 2021 (Henkelwerke, Rechtsabteilung).

Dr. Wilhelm Albert (Org.- und Verwaltungsabt. SD),
Düsseldorf, Neanderstr. 15, Tel. 682563, Büro: Düsseldorf
Tel. 12951.

Heinz Jost (erster Chef Amt VI), Düsseldorf, Bleichstr. 14,
bei Bock, Tel. 16767.

München, am 9. 11. 1955

Dr. Hans Brückner